



# Monatsbericht des BMF

Januar 2014

# Monatsbericht des BMF

Januar 2014

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Haushaltsabschluss 2013	6
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013	19
Perspektive zur Steuervereinfachung im Wandel?	24
Überwachung der öffentlichen Haushalte	34
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	43
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	43
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2013	50
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013	53
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013	58
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	60
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	65
Termine, Publikationen	67
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

# **Editorial**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt die 150. Ausgabe des Monatsberichts des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Aus diesem Anlass präsentiert sich der Monatsbericht mit Beginn dieses Jahres in neuem Gewand. Der Anspruch, den das BMF mit diesem Produkt verbindet, besteht dagegen unverändert fort. "Transparenz erleichtert die Meinungsbildung für die interessierten Bürger", hieß es in der ersten Ausgabe des Monatsberichts im August 2001. Diese Leitlinie wird auch die zukünftigen Monatsberichte prägen.

Kernthema aller Monatsberichte war und bleibt die Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen. Auf diesem Weg ist der Bund im vergangenen Jahr weiter vorangekommen, wie der jetzt vorliegende Haushaltsabschluss 2013 verdeutlicht: Mit einer Nettokreditaufnahme von 22.1 Mrd. € wurde der Sollwert von 25,1 Mrd. € um 3 Mrd. € unterschritten, trotz Sonderbelastung durch die Finanzierung des Fluthilfefonds. Das Ausgabevolumen konnte mit 307,8 Mrd. € nahezu auf dem Niveau des Jahres 2012 gehalten werden. Die für die Schuldenregel relevante strukturelle Nettokreditaufnahme betrug im Bundeshaushalt 2013 lediglich 0,23% des Bruttoinlandsprodukts. Damit hat der Bund die erst ab 2016 gültige Obergrenze für die strukturelle Nettokreditaufnahme von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts - wie schon in den Jahren zuvor – deutlich unterschritten.



In den folgenden Monaten geht es darum, die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele für die Haushaltspläne 2014 und 2015 sowie für den Finanzplan bis 2018 stringent umzusetzen. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellen. Diese Ziele sind Verpflichtung und Ansporn zugleich. Seit vielen Jahrzehnten war ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden nicht so greifbar wie jetzt. Mit der Verpflichtung auf ausgeglichene Haushalte leistet die Bundesregierung entscheidende Vorsorge zur Sicherung des Wohlstandes auch in der Zukunft.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im Jahr 2013 um 0,4% moderat zu. Der BIP-Anstieg resultierte aus positiven Wachstumsimpulsen der Inlandsnachfrage, während der Beitrag der Nettoexporte negativ war.
- Im Jahresdurchschnitt 2013 erwies sich der Arbeitsmarkt als stabil. Die Erwerbstätigenzahl stieg deutlich um 0,6 % auf 41,84 Millionen Personen an. Die Arbeitslosenzahl nahm im Jahresdurchschnitt jedoch leicht zu.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex fiel im Jahresdurchschnitt 2013 mit 1,5 % merklich geringer aus als im Jahr 2012 (+ 2,0 %). Dämpfend wirkten vor allem der Rückgang der Preise für Mineralölprodukte und die Abschaffung der Praxisgebühr.

#### Finanzen

- Die Steuereinnahmen von Bund und L\u00e4ndern (ohne reine Gemeindesteuern) sind kumuliert von Januar bis Dezember 2013 im Vorjahresvergleich um 3,3 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern \u00fcberschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 0,8 %. Die Bundessteuern stiegen um 1,7 %, w\u00e4hrend die L\u00e4ndersteuern einen Zuwachs um 10,4 % verzeichnen.
- Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2013 ergibt sich für das vergangene Jahr eine Neuverschuldung von 22,1 Mrd. €; damit wurden 3,0 Mrd. € weniger neue Schulden aufgenommen als geplant. Die Ausgaben des Bundes lagen bei 307,8 Mrd. € und damit 2,2 Mrd. € niedriger als veranschlagt. Die Einnahmen addierten sich 2013 auf 285,5 Mrd. € und lagen somit um 0,9 Mrd. € über den Planungen.
- Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende November weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 8,5 Mrd. € um rund 3,3 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Dezember 1,95 % (1,69 % Ende November).

#### Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 17. Dezember 2013 in Brüssel standen die Backstop-Regelungen für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Im Hinblick auf eine möglichst breit abgestimmte Position für die anschließenden Beratungen im ECOFIN-Rat wurden einzelne Aspekte hierzu erörtert.
- Am Rande der Eurogruppe trafen sich auch das Direktorium und der Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Das Direktorium stimmte der Auszahlung von 100 Mio. € an Zypern zu, nachdem die zweite Programmüberprüfung positiv ausgefallen war und der Gouverneursrat dem aktualisierten Memorandum of Understanding zugestimmt hatte.
- Kernthema des ECOFIN-Rats am 18. Dezember 2013 war der Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

# Haushaltsabschluss 2013

### Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2013

- Wichtige Kennziffern zur Haushaltsentwicklung zeigen am aktuellen Rand wie auch in der langfristigen Betrachtung eine weitere Gesundung der Bundesfinanzen an.
- Der Bundeshaushalt 2013 schloss trotz der Maßnahmen aus der langfristigen Stabilisierung des Euroraums (Aufbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM) und der Befüllung des Aufbauhilfefonds für die Beseitigung von Hochwasserschäden mit einer Nettokreditaufnahme (NKA) von nur 22,1 Mrd. € ab. Damit wurde der Ansatz des Nachtragshaushalts um 3 Mrd. € unterschritten.
- Relevanter für die Ausrichtung der Finanzpolitik des Bundes ist die auch für die Schuldenregel wichtige strukturelle NKA. Sie lag auf Basis der vorläufigen Daten mit einem Wert von 0,23 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vergangenen Jahr deutlich unter der dauerhaft geltenden Obergrenze von 0,35 % des BIP. Damit ist die Bundesregierung auf einem guten Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2014 sowie zum Haushalt ohne Nettokreditaufnahme im Jahr 2015, wie im Koalitionsvertrag vereinbart.

Ausgangslage	6
Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel	9
Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben	13
Konsumtive Ausgaben	13
Investive Ausgaben	13
	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

### 1 Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit real + 0,4% im Jahre 2013 moderat angestiegen. In den beiden vorangegangenen Jahren war ein höherer Anstieg des BIP zu verzeichnen (2012: + 0,7% und 2011: + 3,3%). Das schwache Winterhalbjahr 2012/2013 belastete die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Jahresdurchschnitt. Ab dem 2. Quartal 2013 setzte jedoch eine konjunkturelle Erholung ein.

Das Wirtschaftswachstum wurde im Jahr 2013 von der Binnennachfrage getragen. Dabei

profitierten die privaten Konsumausgaben von einem weiteren Beschäftigungsaufbau, damit einhergehenden Einkommensverbesserungen sowie von Tariflohnsteigerungen. Hinsichtlich der Investitionen in Ausrüstungen und Bauten konnte der Rückgang aus dem Jahr 2012 und dem 1. Quartal 2013 nicht aufgeholt werden. Auf der außenwirtschaftlichen Seite schlug deutlich dämpfend zu Buche, dass die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld belastet wurde. Der Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2013 in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosigkeit war zwar leicht angestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 jedoch mit 41,8 Millionen Personen das siebte Jahr in Folge einen neuen Höchststand, wenngleich sich der Beschäftigungsaufbau mit + 0,6 % im Vergleich zu 2012 (+1,1%) deutlich verlangsamte.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete das Jahr nach noch vorläufigen Berechnungen mit einem geringfügigen Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Mrd. €. Dabei reduzierten sowohl der Bund als auch die Länder ihre Defizite im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich, während sowohl die Gemeinden als auch die Sozialversicherungen wieder einen kräftigen Überschuss erwirtschafteten. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von - 0,1%. Damit kann der Staat für 2013 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Kalenderjahr 2013 insgesamt um 3,3 %. Einkommensabhängige Steuerarten dominieren das gute Gesamtergebnis. Einzelheiten hierzu können dem nachfolgenden Artikel "Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013" entnommen werden. Abweichungen zu den in Tabelle 1 und Tabelle 2 aufgeführten Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

Der vorliegende Haushaltsabschluss 2013 bietet eine gute Basis für zukünftige haushaltspolitische Vorhaben. Das Erreichen der strukturellen Null im Bundeshaushalt 2014 sowie der Budgetausgleich im Haushalt 2015 seien hier zuvorderst genannt. Um dies zu erreichen, sind trotz der insgesamt positiven Prognosen Konsolidierungsanstrengungen im Bundeshaushalt zur Sicherung tragfähiger Staatsfinanzen unbedingt notwendig.

#### Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2013 wurde am 23. November 2012 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 20. Dezember 2012 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2757). Das Nachtragshaushaltsgesetz 2013

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist 2013	Ist 2012	Veränderung geg	genüber Vorjahr		
		in M	io.€	in %			
	Ermittlung o	des Finanzierungssal	dos				
1. Ausgaben zusammen	310 000	307 843	306 775	1 068	0,3		
2. Einnahmen zusammen	284 590	285 452	283 956	1 496	0,5		
Steuereinnahmen	260 611	259 807	256 086	3 721	1,5		
Sonstige Einnahmen	23 979	25 645	27 870	- 2 225	-8,0		
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-25 410	-22 348	-22 774	426	-1,9		
	Deckung de	es Finanzierungssald	os				
Nettokreditaufnahme	25 100	22 072	22 481	- 409	-1,8		
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	310	276	293	- 17	-5,8		
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben							
(Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen, Kapitaleinzahlungen an ESM und ähnliches)	34 804	33 477	36 324	-2 847	-7,8		

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

wurde am 28. Juni 2013 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 15. Juli 2013 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2404).

Tabelle 1 zeigt neben dem Haushaltssoll inklusive Nachtragshaushalt 2013 wesentliche Eckwerte des Haushaltsabschlusses 2013 im Vergleich zum Haushaltsabschluss 2012.

### Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushaltsjahr 2013 auf 307,8 Mrd. €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 mit Gesamtausgaben in Höhe von 306,8 Mrd. € stiegen die Ausgaben somit insgesamt nur leicht um 1,1 Mrd. € beziehungsweise 0,3 %.

Die Verwaltungs- und Steuereinnahmen des Bundes addierten sich im Haushaltsjahr 2013 auf 285,5 Mrd. € und lagen somit in der Summe um 1,5 Mrd. € oder 0,5 % über dem Ergebnis von 2012 mit 284,0 Mrd. €. Die Einnahmensteigerung ist im Wesentlichen auf das gute Ergebnis bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen 2013 um 3,7 Mrd. € oder 1,5 % auf 259,8 Mrd. € gegenüber Steuereinnahmen von 256,1 Mrd. € im Jahr 2012. Im Gegensatz dazu konnten die Verwaltungseinnahmen mit 25,6 Mrd. € nicht das Vorjahresniveau von 27,9 Mrd. € erreichen und reduzierten sich um 2,2 Mrd. € oder 8,0 %.

### Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich im Haushaltsjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von 22,3 Mrd. €.

Dem stehen Einnahmen aus einer NKA in Höhe von 22,1 Mrd. € sowie aus Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) in Höhe von 0,3 Mrd. € gegenüber. Damit konnte die NKA 2013 mit 22,1 Mrd. € im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 mit einer Neuverschuldung von 22,5 Mrd. € um knapp 0,4 Mrd. € oder 1,8 % reduziert werden.

# Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Wichtige Kennziffern des Bundeshaushalts 2013 zeigen, dass der Bund erhebliche Fortschritte bei der Konsolidierung seiner Finanzen macht. Besonders bei langfristiger Betrachtung werden die Konsolidierungsfortschritte deutlich. Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die aus der Schuldenregel erwachsenden Ziele dauerhaft zu sichern.

- Ausgabenquote zum nominalen BIP: Die Ausgabenquote zum nominalen BIP (erste Berechnung für 2013: 2 735,8 Mrd. €) setzt die Bundesausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland. Mit 11,3 % verringerte sich die Ausgabenquote im Haushalt 2013 um 0,25 Prozentpunkte gegenüber 11,5 % im Haushalt 2012. Bezogen auf sämtliche Bundeshaushalte seit 1950 ist dies der zweitniedrigste Wert überhaupt nach dem Haushalt 2007 mit einer Ausgabenquote von 11,1%.
- Zinsausgabenquote: Die Zinsausgabenquote zeigt den Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes. Mit 10,2% für 2013 steigt diese leicht um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Ist 2012 mit 9,9% an. In der längerfristigen Betrachtung sinkt diese jedoch deutlich. Vom Höchstwert des Haushalts 1999 mit rund 16,6% oder den Werten der Jahre 2003 bis 2008 von über 14,2% ist dieser Indikator deutlich zurückgeführt worden.
- Zins-Steuer-Quote: Die Zins-Steuer-Quote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Zinsausgaben. Die Zins-Steuer-Quote lag im Ergebnis 2013 bei 12,0 % und verbesserte sich somit um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Wert aus dem Jahr 2012 von 11,9 %. In der langfristigen Betrachtung

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

wird die Verbesserung deutlich: Waren gegenüber dem Höchstwert im Haushalt 2009 noch 21,4% der Steuereinnahmen für Zinsausgaben benötigt worden, konnte dieser Anteil sehr deutlich zurückgeführt – nahezu halbiert – werden.

- Steuerdeckungsquote: Die Steuerdeckungsquote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Bundesausgaben. Dieser Anteil lag 2013 bei 84,4% und verbesserte sich gegenüber 2012 mit 83,5% deutlich um 0,9 Prozentpunkte. Somit erhöhte sich der Anteil der durch laufende Steuereinnahmen gedeckten Ausgaben spürbar.
- Primärsaldo: Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne NKA) und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Diese wichtige Größe eröffnet somit den Blick auf den Haushalt ohne die Altlasten sprich Zinslasten – der Vergangenheit. Der Bundeshaushalt 2013 zeigt nunmehr das dritte Jahr in Folge mit 8,9 Mrd. € einen Primärüberschuss. Gegenüber 2012 mit einem Primärüberschuss von 7.7 Mrd. € konnte dieser Wert nochmals um 1.2 Mrd. € verbessert werden. Dies ist umso erfreulicher, wenn man bedenkt, dass das Primärdefizit des Haushalts 2010 noch 11,3 Mrd. € betragen hatte.

### 2 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

Der Bundeshaushalt 2013 war der dritte Haushalt, der nach den Vorgaben der seit 2009 im Artikel 115 Grundgesetz (GG) verankerten Schuldenregel aufgestellt wurde. Um deren Einhaltung im Haushaltsvollzug sicherzustellen, wird die tatsächliche NKA im Nachhinein mit dem Wert verglichen, der sich rückblickend aufgrund der Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt und der finanziellen Transaktionen

als maximal zulässige NKA ergibt. Die Berechnung der nach der Schuldenregel maximal zulässigen NKA für das Soll und Ist des Haushaltsjahres 2013 ist in Tabelle 2 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 wurde die zulässige NKA unter
Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung und der geplanten finanziellen Transaktionen ermittelt.
Ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen NKA (33,2 Mrd. €) wurde diese um die Konjunkturkomponente (-3,1 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen Transaktionen (-5,2 Mrd. €) bereinigt. Damit ergab sich für das Haushalts-Soll eine maximal zulässige NKA in Höhe von 41,4 Mrd. €.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts im Herbst 2012 erwartete die Bundesregierung für das Jahr 2013 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von + 2,8 %. Gemäß der Meldung des Statistischen Bundesamts vom 15. Januar 2014 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr lediglich um 2,6 % gestiegen. Da das nominale BIP-Wachstum um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfiel als erwartet, wurde die Konjunkturkomponente um diesen Effekt angepasst. Damit erhöhte sich das konjunkturbedingte Defizit im Haushaltsvollzug um 1,1 Mrd. € auf 4,2 Mrd. €. Darüber hinaus lag der Saldo der finanziellen Transaktionen im Jahr 2013 (-4,6 Mrd. €) leicht über den Erwartungen zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts (- 5,2 Mrd. €). Er blieb insbesondere aufgrund der Einzahlung der dritten und vierten Raten in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (insgesamt 8,7 Mrd. €) deutlich negativ.

Nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente (-4,2 Mrd. €) und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen (-4,6 Mrd. €) von der strukturellen Defizitobergrenze (33,2 Mrd. €) liegt die maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss gemäß vorläufiger Berechnung bei 42,0 Mrd. €. Die tatsächliche NKA unter Berücksichtigung

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

des Überschusses des Aufbauhilfefonds beträgt lediglich 14,7 Mrd. € und hat damit im Haushaltsjahr 2013 die nach der Schuldenregel errechnete maximal zulässige Neuverschuldung um 27,3 Mrd. € erneut deutlich unterschritten. Mit dem aktualisierten Ergebnis zum Bruttoinlandsprodukt 2013 wird die Differenz erneut berechnet und gemäß § 7 Absatz 1 des Artikels 115 GG zum 1. März 2013 erstmals und zum 1. September 2013 endgültig auf dem Kontrollkonto gebucht. Saldiert mit dem Positivsaldo des Vorjahres ergibt sich gemäß der hier ausgeführten ersten vorläufigen Berechnung nach dem dritten Jahr der Anwendung der Schuldenregel ein kumulierter Saldo von 83.4 Mrd. € auf dem Kontrollkonto.

Damit die im Übergangszeitraum kumulierten Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nicht in den Dauerzustand der Schuldenregel ab dem Jahr 2016 übertragen werden, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 auf null gestellt wird. Die strukturelle NKA lag im Jahr 2013 bei nur 5,9 Mrd. € beziehungsweise 0,23 % des BIP. Damit unterschritt die strukturelle Nettokreditaufnahme deutlich die erst ab 2016 dauerhaft geltende Obergrenze von 0,35 % des BIP. Die Bundesregierung ist auf einem guten Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2014 sowie zum Haushalt ohne Nettokreditaufnahme im Jahr 2015.

# 3 Bedeutende Veränderungen im Haushaltsjahr 2013

### Nachtragshaushaltsgesetz 2013 zugunsten des Fonds "Aufbauhilfe"

Das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013 BGBl. I S. 2404 vom 15. Juli 2013) wurde am 28. Juni 2013 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Der Bundesrat hat am5. Juli 2013 beschlossen, den Vermittlungsausschuss nicht einzuberufen. Mit dem Nachtragshaushalt 2013 wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Zahlung der Zuweisung des Bundes in Höhe von 8 Mrd. € an den Fonds "Aufbauhilfe" geschaffen, der zur Beseitigung der Schäden aus dem Juni-Hochwasser 2013 errichtet worden ist. Durch den Nachtragshaushalt stieg die Kreditermächtigung im Haushaltsjahr 2013 von 17,1 Mrd. € auf 25,1 Mrd. €. Die zulässige Neuverschuldungsgrenze nach der im Grundgesetz vorgegebenen Schuldenregel wurde deutlich unterschritten.

#### Steuereinnahmen

Ausführliche Angaben zu den Steuereinnahmen des Bundes können dem nachfolgenden Artikel "Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013" entnommen werden.

### Steuerpolitik

Auch die Steuergesetzgebung schrieb im Kalenderjahr 2013 die auf Wachstum und Vereinfachung ausgerichtete Steuerpolitik fort. Eine Reihe von politischen Vorhaben und wichtigen Verwaltungsregelungen konnte umgesetzt werden. Im Einzelnen sind folgende wesentliche Steuergesetze in Kraft getreten:

- Verkehrsteueränderungsgesetz
- Gesetz zum Abbau der kalten Progression
- Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09 (Besteuerung von Streubesitzdividenden)
- Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz
- Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai 2013 (Entscheidung zur Gleichbehandlung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern im Einkommensteuerrecht)

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Tabelle 2: Vorläufige Abrechnung des Bundeshaushalts 2013 gemäß Schuldenregel

		Soll <sup>1</sup>	Ist <sup>2</sup>
		in Mrd.€	
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)	1,281	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2 592,6	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	33,2	
4	Nettokreditaufnahme	17,0	14,7
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	17,0	22,1
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	-0,1
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	7,4
5	Saldo finanzieller Transaktionen	-5,2	-4,6
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	5,4	5,6
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	5,4	5,6
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	10,5	10,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	10,5	10,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5bc	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds		0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-3,1	-4,2
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-16,2	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] % x (6bb)		-5,9
6ba	Nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	2,8	2,6
6bb	Nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres		2 666,4
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,190	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	41,4	42,0
0	Strukturelle Nettokreditaufnahme	8,8	5,9
9	(4) + (5) + (6) in % des BIP	0,34	0,23
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	-	27,3
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	-	56,1
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	-	83,4

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ und \ in \ den \ Produkten \ durch \ Rundung \ der \ Zahlen \ m\"{o}glich.$ 

 $<sup>^1</sup>$  Soll 2013 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2013 vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2757).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos; endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Ausführliche Informationen zu den wesentlichen Steuerrechtsänderungen der 17. Legislaturperiode können dem Artikel "Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts" im Monatsbericht August 2013 entnommen werden.

Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Energiesteuerund Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I Nr. 57 S. 2436) schafft u.a. die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Fortführung des sogenannten Spitzenausgleichs für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes über den 31. Dezember 2012 hinaus. Entsprechend den Vorgaben im Energiekonzept der Bundesregierung und in der Energiesteuerrichtlinie ist die Steuerbegünstigung nunmehr davon abhängig, dass die Unternehmen Energie- oder Umweltmanagementsysteme betreiben und gemeinschaftlich bestimmte Energieeffizienzziele erfüllen. Damit sind jährliche Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 2.3 Mrd. € für den Bund verbunden.

Mit der Gesetzesänderung ist zudem die Steuerbegünstigung für Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) neu geregelt worden, nachdem die beihilferechtliche Genehmigung der bisherigen Regelung am 31. März 2012 ausgelaufen ist. Danach können künftig alle KWK-Anlagen unter den bisherigen Voraussetzungen eine Steuerentlastung bis auf die Mindeststeuersätze nach der Energiesteuer-Richtlinie erhalten. Eine vollständige Steuerentlastung bleibt nunmehr dagegen solchen KWK-Anlagen vorbehalten, die zusätzlich das Hocheffizienzkriterium der KWK-Richtlinie erfüllen, und ist zeitlich auf die Dauer der steuerlichen Absetzung für Abnutzung beschränkt.

Darüber hinaus ist das Luftverkehrsteuergesetz zum 1. Januar 2013 u. a. insofern geändert worden, als die Pflicht zur Benennung eines steuerlichen Beauftragten für Luftverkehrsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) entfallen ist und die Steuersätze – je nach Entfernung –über das Jahr 2013 hinaus auf 7,50 €, 23,43 € und 42,18 € abgesenkt wurden.

### Sozialpolitik

Die Sozialversicherungen konnten in den vergangenen Jahren zunehmend eine positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Im Jahr 2012 erzielte die Rentenversicherung einen Einnahmenüberschuss. Daher hatte die Bundesregierung beschlossen, die Bürger durch eine substanzielle Senkung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung zu entlasten. Zum 1. Januar 2013 sank der Beitragssatz um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 %. Das ist der niedrigste Beitrag seit 1996. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sparen dadurch jeweils rund 3 Mrd. €. Der Bund leistet an die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben einen Bundeszuschuss. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung der GKV konnte dieser im Jahr 2013 auf 11,5 Mrd. € gesenkt werden.

### Entlastung der Kommunen

Der Bund entlastet die Länder und Kommunen finanziell an vielen Stellen. Insbesondere übernimmt der Bund schrittweise einen steigenden Anteil an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. In den Vorjahren beteiligte sich der Bund prozentual an den entsprechenden Nettoausgaben des Vorvorjahres (2012: 45 %, 2011: 15 %). 2013 wurden 75 % der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres (Änderung des Erstattungsmodus) vom Bund erstattet. Ab dem Jahr 2014 erstattet der Bund 100 % der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres. Durch die Übernahme dieser Kosten werden die Kommunen nachhaltig entlastet, und der Bund trägt damit in einem erheblichen Maße dazu bei, dass die Kommunen insgesamt bereits seit 2012 Haushaltsüberschüsse aufweisen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

# 4 Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben

Ausgaben können entsprechend ihrer ökonomischen Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden u. a. Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen werden den konsumtiven Ausgaben zugeordnet¹.

### 4.1 Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushalt 2013 auf 274,4 Mrd. € und hatten somit einen rechnerischen Anteil von 89,1% an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Haushalt 2012 mit 270,5 Mrd. € stiegen diese um 3,9 Mrd. € oder 1,4%. Mit 103,7 Mrd. € haben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an

Sozialversicherungen auch 2013 wieder den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes. Allerdings war dieser Posten im Jahr 2013 stark rückläufig. Gegenüber 2012 mit Ausgaben von 113,4 Mrd. € sanken die Zuweisungen und Zuschüsse hier um 9,7 Mrd. € oder 8,6 %. Ursächlich sind die Zuschüsse an den Gesundheitsfonds, die von 14,0 Mrd. € im Jahr 2012 um 2,5 Mrd. € auf 11,5 Mrd. € im Jahr 2013 zurückgingen.

### 4.2 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2013 auf 33,5 Mrd. € und haben somit einen rechnerischen Anteil von 10,9% an den Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 mit 36,3 Mrd. € sanken diese um 2,9 Mrd. € oder 7,8%. Hauptgrund ist hier die Beteiligung zur Erhöhung des Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank im Haushalt 2012 mit 1,6 Mrd. €, welche im Haushalt 2013 nicht notwendig wurde.

Unter den investiven Ausgaben summierten sich 2013 die Sachinvestitionen des Bundes auf 7,9 Mrd. €. Diese stiegen um 136 Mio. € beziehungsweise 1,7 %, während die Bundesausgaben insgesamt lediglich um 0,3 % anstiegen. Den Hauptanteil hieran hatten mit 6,3 Mrd. € Ausgaben für Baumaßnahmen des Bundes, und zwar größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesautobahnen und Bundesstraßen.

Tabelle 3: Gesamtübersicht der konsumtiven und investiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist 2013	lst 2012	Veränderung ge	genüber Vorjahr
bezeichnung		in%			
Ausgaben zusammen <sup>2</sup>	310 000	307 843	306 775	1 068	0,3
Konsumtive Ausgaben	275 599	274366	270 451	3 914	1,4
Investive Ausgaben	34 804	33 477	36 324	-2 847	-7,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inklusive Globale Minderausgaben (402 Mio. €).

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Tabelle 4: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist 2013	Ist 2012	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aurgabenbereich		in %			
Konsumtive Ausgaben	275 599	274 366	270 451	3 914	1,4
Personalausgaben	28 478	28 575	28 046	529	1,9
Laufender Sachaufwand	24 642	23 152	23 703	-551	-2,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	12 408	12 575	11 404	1 171	10,3
Militärische Beschaffungen	10 396	8 550	10 287	-1 737	-16,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	1838	2 027	2 012	15	0,7
Zinsausgaben	31 596	31 302	30 487	815	2,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 271	190 781	187 734	3 047	1,6
an Verwaltungen	27 419	27 273	17 090	10 183	59,6
an andere Bereiche	162 852	163 508	170 644	-7 136	-4,2
Unternehmen	25 872	25 024	24 225	798	3,3
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 456	27 055	26 307	748	2,8
Sozialversicherung	103 453	103 693	113 424	-9 732	-8,6
private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 697	1 656	1 668	-12	-0,7
Ausland	5372	6 0 7 5	5 017	1 058	21,1
Sonstige	2	5	2	3	153,5
Sonstige Vermögensübertragungen	612	555	480	74	15,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Finanzierungshilfen bildeten mit 25,6 Mrd. € den größten Ausgabenblock der investiven Ausgaben im Jahr 2013. Diese sanken im Vergleich zum Vorjahr mit 28,6 Mrd. € um rund 3,0 Mrd. €. Dies ist auf die Beteiligung zur Erhöhung des Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank im Haushalt 2012 mit 1,6 Mrd. € zurückzuführen, welche im Haushalt 2013 nicht notwendig wurde. Des Weiteren wurden u.a. Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes mit 2,8 Mrd. € und Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes mit 1,0 Mrd. € geleistet. Bedeutsam waren ebenso Kompensationszahlungen an die Länder wegen der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Höhe von 1,3 Mrd. €.

### 5 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen

Im Sollbericht 2013 wurden die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert (siehe Sollbericht 2013 im Monatsbericht des BMF Februar 2013). Tabelle 6 zeigt die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen. Die Nummerierung und Darstellung erfolgt aufgrund der Systematik des Funktionenplans. Es folgen die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2013. Der Bundeshaushalt 2013 wurde auf Basis des neuen Funktionenplans von Bund und Ländern aufgestellt. Ein Vergleich mit dem Ist-Ergebnis des Jahres 2012 ist nicht möglich, da diesem Haushalt die Systematik des alten Funktionenplans zugrunde lag.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Tabelle 5: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgahanharaich	Soll 2013 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup> Ist 2013 Ist 2012		Veränderung gegenüber Vorjahr	
Aufgabenbereich			in %		
Investive Ausgaben	34 804	33 477	36 324	-2 847	-7,8
Sachinvestitionen	8 248	7 895	7 760	136	1,7
Baumaßnahmen	6 703	6 2 6 4	6 147	117	1,9
Finanzierungshilfen	26 556	25 582	28 564	-2 982	-10,4
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	4800	4925	5 790	- 865	-14,9
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	21 756	20 657	22 775	-2 117	-9,3
Darlehen	1 651	1 436	1 934	- 498	-25,8
Zuschüsse	9 892	9 848	9 735	113	1,2
Beteiligungen	8 862	8 778	10 304	-1 526	-14,8
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1 350	596	801	-205	-25,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist 2013
		1io. €
Ausgaben zusammen	310 000	307 843
0. Allgemeine Dienste	72 949	72 647
Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 205
Politische Führung	3 121	3 105
Versorgung einschließlich Beihilfen	8 717	8 546
Auswärtige Angelegenheiten	17 950	18 374
Auslandsvertretungen	774	724
Beiträge an Internationale Organisationen	9 533	9 592
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	5 899
Verteidigung	32 807	32 269
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4 476
Polizei	3 280	3 2 1 9
Finanzverwaltung	3 878	3 865
1. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung	18 952	18 684
Hochschulen	4794	4854
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	2 686
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	10 150
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	4002	3 990
Max-Planck-Gesellschaft	716	714
Fraunhofer-Gesellschaft	556	556
Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft	2316	2314
Forschung und experimentelle Entwicklung	5 8 6 9	5 5 7 7
2. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	145 706
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 861	98 701
Leistungen an die Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung)	72 674	72 659
Knappschaftliche Rentenversicherung	5514	5 492
Unfallversicherung	313	314
Krankenversicherung	12 805	12 753
Alterssicherung der Landwirte (einschl. Landabgabenrente)	2 176	2 227
Sonstige Sozialversicherungen	5378	5 2 5 5
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	6 475	6 548
Elterngeld	4959	5 125
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 340
Arbeitsmarktpolitik	31 925	32 680
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	18 960	19 484
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	4 685
Aktive Arbeitsmarktpolitik	4215	4015
Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	4 050	4 495
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (einschließlich Gutachtenkosten)	3 892	3 755

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

# noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenberich	Soll 2013	Ist 2013		
Autgabenbench	in Mio. €			
3. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 633		
4. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	2 304		
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	904		
6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	3 900		
Kohlenbergbau	1326	1 267		
Gewährleistungen	1350	596		
Regionale Fördermaßnahmen	601	796		
7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	16 406		
Straßen und Kompensationszahlungen an die Länder	7196	7399		
Bundesautobahnen	3 713	3 516		
Bundesstraßen	2 050	2 464		
Kompensationszahlungen an die Länder	1336	1336		
Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1778	1684		
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	4597		
Sonstiges Verkehrswesen	1986	1582		
8. Finanzwirtschaft	46 649	45 659		
Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 479		
Sondervermögen	13 598	13 484		
Zinsen (ohne sächliche Verwaltungskosten)	31596	31 302		

Abweichungen der Zahlen durch Rundungen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2013

Tabelle 7: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist 2013	Ist 2012	Abweichunger zum Ist		
	in Mio. €				in%	
Einnahmen zusammen	284 590	285 452	283 956	1 496	+0,5	
Darunter:						
Steuereinnahmen	260 611	259 807	256 086	3 721	+1,5	
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	213 593	213 199	205 843	7 355	+3,6	
Lohnsteuer	66 768	67 174	63 136	4038	6,4	
Veranlagte Einkommensteuer	16 915	17 969	15838	2 131	13,5	
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7 243	8 630	10028	-1 397	-13,9	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 641	3 812	3 623	189	5,2	
Körperschaftsteuer	10 285	9 754	8 467	1 287	15,2	
Steuern vom Umsatz	107 935	105 084	103 965	1 119	1,1	
Gewerbesteuerumlage	1 606	1 575	1 587	-12	-0,7	
Bundessteuern	99 997	100 454	99 794	659	0,7	
Energiesteuer	39 650	39 364	39 305	59	0,2	
Tabaksteuer	14 450	13 820	14 143	-324	-2,3	
Solidaritätszuschlag	14050	14378	13 624	754	5,5	
Versicherungsteuer	11 115	11 553	11 138	415	3,7	
Stromsteuer	6 400	7 009	6 9 7 3	36	0,5	
Branntweinsteuer	2 100	2 102	2 121	-19	-0,9	
Kraftfahrzeugsteuer	8 305	8 490	8 443	48	-0,6	
Kaffeesteuer	1 045	1 021	1 054	-32	-3,	
Schaumweinsteuer und Zwischenerzeugnissteuer	474	449	464	-16	-3,4	
Luftverkehrsteuer	970	978	948	30	3,2	
Kernbrennstoffsteuer	1 400	1 285	1 577	-292	-18,5	
Sonstige Bundessteuern	2	2	2	-0	-8,5	
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	146	-	-	-		
Abzugsbeträge	-53 125	-54 645	-50 352	-4 293	8,5	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 842	-10 792	-11 621	829	-7,1	
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 191	-7 191	-7 085	-106	1,5	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 150	-2 083	-2 027	-55	2,7	
BNE-Eigenmittel der EU	-23 950	-24 787	-19826	-4961	25,0	
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und LKW-Maut	-8 992	-8 992	-8 992	-	0,0	
Konsolidierungshilfen	-800	-800	-800	-	0,0	
Sonstige Einnahmen	23 979	25 645	27 870	-2 225	-8,0	
Darunter:						
Abführung Bundesbank	1 500	664	643	21	3,3	
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	5 640	5 9 7 8	5 183	796	15,4	
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	-250	- 245	3 822	-4067	-106,4	
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 523	4 3 9 1	4362	29	0,7	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $<sup>^{1}</sup>$  Soll inklusive Nachtragshaushalt 2013.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM KALENDERJAHR 2013

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013

- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Kalenderjahr 2013 insgesamt um 3,3 %.
- Einkommensabhängige Steuerarten dominieren das gute Gesamtergebnis.
- Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Kalenderjahr 2013 .......
   Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2013 .......
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen ......23
- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Kalenderjahr 2013

Die bei Bund und Ländern¹ im Kalenderjahr 2013 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 570,21 Mrd. €,

<sup>1</sup>Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. das sind 18,4 Mrd. € beziehungsweise 3,3 % mehr als im Jahr 2012. Der Zuwachs im 4. Quartal lag mit 3,6 % wieder auf dem Niveau der ersten beiden Quartale (1. Quartal 2013: +3,4 %, 2. Quartal 2013: +3,5 %), nachdem er im 3. Quartal 2013 aufgrund der starken Vorjahresbasis lediglich 2,8 % betragen hatte.

Die Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2013 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 angegeben dar

Die gemeinschaftlichen Steuern übertrafen ihr Vorjahresergebnis im Kalenderjahr 2013 um 3,8 %. Im gesamten Berichtszeitraum 2013 wiesen insbesondere die veranlagte

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2013

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Kalenderjahr in Mio. €		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2013	2012	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern	449 805	433 327	16 478	3,8
Reine Bundessteuern	100 454	99 794	660	0,7
Reine Ländersteuern	15 723	14201	1 522	10,7
Zölle	4231	4 462	-231	-5,2
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	570 212	551 785	18 427	3,3

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Rundung\ der\ Zahlen\ m\"{o}glich.$ 

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013

Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer hohe Zuwachsraten aus, aber auch die Lohnsteuer und die Abgeltungsteuer trugen maßgeblich zum Mehraufkommen bei, während die Steuern vom Umsatz insgesamt lediglich um 1,1% über dem Vorjahresniveau lagen.

Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer stieg im Kalenderjahr 2013 um 6,1% und profitierte dabei auch von der abnehmenden Zahl der Kindergeldkinder und der somit aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen, die das Vorjahresniveau um 0,3 % unterschritten. Bei der Altersvorsorgezulage ist ein Anstieg um 11,7% festzustellen. Allerdings stiegen die Auszahlungen lediglich um 1,7 %. Der restliche Anstieg wurde durch die Verminderung der Rückflüsse aus der Prüfung der Zulagengewährungen für vergangene Jahre verursacht, welche mit den Auszahlungen verrechnet werden. Maßgeblich für den kräftigen Anstieg des Lohnsteueraufkommens sind jedoch weiterhin die deutlich verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer sowie die tariflichen Lohnerhöhungen und Besoldungsanpassungen.

Die veranlagte Einkommensteuer brutto lag im Berichtszeitraum 2013 um 8,2 % über dem Vorjahresniveau. Da die vom Bruttoaufkommen in Abzug gebrachten Arbeitnehmererstattungen nach § 46 EStG den Vorjahresstand nur um 2,8 % übertrafen, während die Zahlungen von Eigenheimzulagen sich durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs um 60,3% reduzierten, stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 13,5 % gegenüber dem Vorjahresergebnis. Die Vorauszahlungen und die Nachzahlungen verzeichnen im Kalenderjahr 2013 mit jeweils circa 6 % einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresniveau, während die Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) lediglich um circa 1½% zunahmen. Aus diesen

Ergebnissen kann weiterhin auf eine anhaltend gute Ertragslage der überwiegend binnenwirtschaftlich orientierten Selbständigen, Einzelunternehmer und Personengesellschaften geschlossen werden.

Die Kasseneinnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen im Kalenderjahr 2013 um 15,2% zu. Die Zuwachsrate des Aufkommens wird durch einige Sonderfälle aus dem Vorjahr beeinflusst, welche die Basis erheblich gemindert haben. Die im Jahr 2013 wirkenden konjunkturellen Einflüsse auf das Körperschaftsteueraufkommen finden ihren Niederschlag in dem leichten Rückgang der Vorauszahlungen um circa 1%. Die verhaltene Entwicklung der Vorauszahlungen steht wohl im Zusammenhang mit der gedämpften Gewinnsituation der eher exportorientierten großen Kapitalgesellschaften, die durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld belastet wurden. Die Einnahmen der Körperschaftsteuer wurden ebenso wie im Vorjahr durch die Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital in Höhe von 2,2 Mrd. € gemindert.

Das kassenmäßige Aufkommen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Steuern auf Dividenden) ging im Kalenderjahr 2013 um 14,0 % zurück. Allerdings wurde das Aufkommen im Vorjahr durch Sondereffekte stark erhöht. Nach Bereinigung des Basisjahres um die Sondereffekte ergibt sich nur noch ein Anstieg um circa 3 %. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern nahmen um 42,8 % ab.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge kam es im Kalenderjahr 2013 insgesamt zu Mehreinnahmen von 5,2 %. Dabei entwickelten sich die einzelnen Quartale von + 3,2 % im 1. Quartal bis + 9,8 % im 4. Quartal sehr unterschiedlich. EU-Quellensteuer wurde im Kalenderjahr 2013 in Höhe von insgesamt 255,1 Mio. € überwiesen.

Das Kassenaufkommen der Steuern vom Umsatz lag leicht um 1,1% über dem Ergebnis

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013

des Jahres 2012. Die Aufkommensentwicklung war wie bereits in den Vorjahren von starken Schwankungen im Jahresverlauf gekennzeichnet. Die (Binnen-)Umsatzsteuer wies im Kalenderjahr ein Plus von 4,1% auf, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern einen Rückgang um 7,0 % verzeichnete. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der (Binnen-)Umsatzsteuer vermindern. Im Jahresverlauf war die Entwicklung der Einfuhrumsatzsteuer zwar generell rückläufig, jedoch verlangsamte sich dieser Rückgang von 9,8 % im 1. Halbjahr 2013 auf 4,2% im 2. Halbjahr 2013. Das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer im Jahresverlauf 2013 steht im Einklang mit der Entwicklung der nominalen Warenimporte, die durch rückläufige Energiepreise erheblich gedämpft wurden.

Bei den reinen Bundessteuern wurde das Vorjahresniveau im Berichtsjahr 2013 – wie bereits im Vorjahr – lediglich um 0,7 % übertroffen. Nach einem Anstieg um 4,5 % im 1. Quartal sank das Volumen im 2. Quartal um 3,5 %, um im 3. Quartal 2013 dann mit 2,4 % wieder zuzulegen. Im 4. Quartal 2013 wurde das Vorjahresniveau lediglich um 0,1 % überschritten.

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer konnte im Kalenderjahr 2013 das Vorjahresniveau lediglich um 0,2% übertreffen. Das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl stieg um 6,5% und aus der Energiesteuer auf Erdgas um 2,9%. Bei letzterer spielt zum einen die hohe Vorjahresbasis eine Rolle, zum anderen dürften die hohen Energiepreise und der bislang eher milde Winter das Ergebnis beeinflussen. Die beiden Teilkomponenten der Energiesteuer machen allerdings nur circa ein Zehntel des Gesamtaufkommens aus. Die den Großteil des Aufkommens generierende Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs unterschritt das Vorjahresniveau um 0,3%.

Die Tabaksteuer verzeichnet im Kalenderjahr 2013 eine Einschränkung ihres Volumens um 2,3 %. Dabei ist der deutliche Rückgang im 1. Quartal 2013 (-7,1%) den vorgezogenen Käufen von Steuerzeichen in Antizipation der Erhöhung der Tabaksteuersätze zum 1. Januar 2013 geschuldet. Im 2. Quartal 2013 ging das Aufkommen mit 1,3 % weiter zurück und erholte sich im 3. Quartal 2013 deutlich mit +6,9 %. Im 4. Quartal folgte allerdings wieder ein Rückgang um 7,7 % aufgrund der hohen Basis im letzten Quartal des Vorjahres durch die vorgezogenen Käufe.

Der Solidaritätszuschlag konnte dank des Zuwachses bei seinen Bemessungsgrundlagen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge im Berichtszeitraum 2013 Mehreinnahmen von 5,5 % verzeichnen. Auch die Versicherungsteuer (+3,7%) meldete deutliche Zuwächse; die Stromsteuer schloss mit einem Plus von 0.5 % ab. Bei der Luftverkehrsteuer betrugen die Einnahmen im Kalenderjahr 2013 978,4 Mio. €. Sie übertrafen damit das Vorjahresniveau um 3,2%. Bei der Kernbrennstoffsteuer ging das Aufkommen im Berichtszeitraum 2013 um 18.5 % zurück von 1.8 Mrd. € auf nunmehr 1.3 Mrd. €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Gesamtjahr 2012 insbesondere zu hohen Nachzahlungen für das Jahr 2011 gekommen war. Diese resultierten aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH), wonach keine Aussetzung der Vollziehung für laufende Verfahren zu gewähren war und ausgesetzte beziehungsweise im Jahr 2011 zurückgezahlte Beträge wieder an den Fiskus abzuführen waren. Die Kraftfahrzeugsteuer überschritt das Vorjahresniveau um 0,6 %.

Für die übrigen Bundessteuern gab es überwiegend Mindereinnahmen: Branntweinsteuer (- 0,9 %), Schaumweinsteuer (- 3,5 %) und Kaffeesteuer (- 3,1 %). Diese Steuern tragen allerdings nur geringfügig zum Gesamtaufkommen der Bundessteuern bei.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013

Die reinen Ländersteuern dehnten ihr Volumen im Kalenderjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 10,7 % aus. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere vom Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer (+13,6 %). Zum einen ist der kontinuierliche Anstieg bei der Grunderwerbsteuer ein Indiz für die gute Situation im Bau- und Immobiliensektor, zum anderen sind teilweise in einigen Bundesländern auch die Hebesätze angehoben worden. Bei der Erbschaftsteuer (+7,6%) kam im 1. Halbjahr noch der gestalterische Spielraum bei der Vererbung von Betrieben zum Tragen. Das Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz) diente hier der Eindämmung der missbräuchlichen Gestaltung durch die Nutzung sogenannter Cash-GmbHs. Während die Rennwettund Lotteriesteuer (+14,2%) und die

Feuerschutzsteuer (+3,0 %) Mehreinnahmen erzielten, musste die Biersteuer (-4,0 %) Einbußen hinnehmen.

### 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2013

Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Quartale des Kalenderjahres 2013 zeigt eine recht unterschiedliche Entwicklung aufgrund der Volatilität der Einnahmen bei vielen Steuerarten. Verursacht wird diese wiederum z. B. durch die erheblichen Aufkommenswirkungen einiger größerer Sonderfälle und die Auswirkungen von Gesetzesänderungen und Rechtsprechung, welche wiederum auch Verhaltensreaktionen der Steuerpflichtigen auslösen.

Tabelle 2: Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2013

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	2013			
in Mio. €	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Gemeinschaftliche Steuern	109 127	113 383	108 699	118 596
Veränderung ggü. Vorjahr in %	3,1	4,9	2,7	4,4
Reine Bundessteuern	20 971	24 355	25 011	30 116
Veränderung ggü. Vorjahr in %	4,5	-3,5	2,4	0,1
Reine Ländersteuern	3 889	3 762	4111	3 961
Veränderung ggü. Vorjahr in %	7,2	15,6	10,6	10,0
Zölle	1 039	950	1 137	1 106
Veränderung ggü. Vorjahr in %	-7,7	-6,3	-5,3	-1,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	135 026	142 450	138 958	153 779
Veränderung ggü. Vorjahr in %	3,4	3,5	2,8	3,6

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im Kalenderjahr 2013 konnten alle Ebenen bessere Ergebnisse erzielen als im Vergleichsjahr 2012. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die höheren EU-Abführungen, die – nicht zuletzt aufgrund hoher Nachzahlungen für vergangene Jahre – zum Anstieg der EU-Eigenmittel um + 18,2 % beitrugen, reduzierten das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes, sodass dieser mit + 1,4 % die niedrigste Zuwachsrate verzeichnet.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2013 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 3 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Kalenderjahr 2013 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http:// www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen.

Tabelle 3: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Kalenderjahr in Mio. €		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2013	2012	in Mio. €	in%
Bund <sup>1</sup>	259 866	256 303	3 563	1,4
EU	31 101	26 3 1 6	4785	18,2
Länder <sup>1</sup>	244 206	236 344	7 827	3,3
Gemeinden <sup>2</sup>	35 040	32 822	2 2 1 8	6,8
Zusammen	570 212	551 785	18 427	3,3

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

# Perspektive zur Steuervereinfachung im Wandel?

### Vom Papierformular hin zur elektronischen Kommunikation

- Steuervereinfachung ist ein Dauerthema. Seit der ersten Ausgabe des Monatsberichts im August 2001 wurden vor allem die zahlreichen Großprojekte zur Modernisierung der Kommunikation zwischen Steuerpflichtigen und Finanzamt regelmäßig vorgestellt.
- In vielen Debatten der Vergangenheit war sie heiß umkämpft die "große Reform" zur grundlegenden Steuervereinfachung. Doch diese Debatten haben gezeigt: Der große Wurf ist nicht umsetzbar. Grundlegende Steuerreformkonzepte stehen derzeit nicht im Mittelpunkt der Diskussion. Erfolgversprechende Vereinfachungen des Steuerrechts sind aber dennoch möglich, insbesondere, wenn dabei eine möglichst einfache Handhabbarkeit durch eine starke Nutzung moderner Informationstechnologien angestrebt wird.
- Die in diesem Bereich in den vergangenen zehn Jahren angestoßenen und realisierten Projekte sind – trotz großer Herausforderungen und einiger Rückschläge – der richtige Weg. In den nächsten Jahren soll der Prozess zur Steuervereinfachung Schritt für Schritt weiter vorangetrieben werden.

1	Einleitung	24
2	Ansätze zur Vereinfachung des Steuerrechts seit 2001	25
2.1	Theoretische Grundsätze und deren praktische Grenzen	25
2.2	Gesetzgeberische Initiativen zur Steuervereinfachung	26
2.3	Probleme grundlegender Steuerreformkonzeptionen	27
2.4	Transparenz des Erfüllungsaufwands	28
3	Schritte zur Modernisierung des Steuerverfahrens	28
3.1	Elektronische Steuererklärung als Ursprung der Modernisierungswelle	29
3.2	Einheitliche und moderne Informationstechnologie in der Steuerverwaltung	29
3.3	Eindeutige Steueridentifikationsnummer als Grundvoraussetzung	30
3.4	Zweistufige Modernisierung des Lohnsteuerabzugsverfahrens	30
3.5	Elektronische Übermittlungsverfahren im Bereich der Unternehmensbesteuerung	32
4	Ausblick auf die nächsten Projekte	32

### 1 Einleitung

Die Jubiläumsausgabe des Monatsberichts ist ein guter Anlass, bei einem steuerpolitischen Dauerbrenner sowohl einen Blick zurück als auch nach vorn zu werfen: bei der Steuervereinfachung. Das Thema ist genauso vielschichtig wie das oft als zu komplex kritisierte Steuerrecht. So erstrecken sich die Vorschläge von verständlicheren Gesetzes-

formulierungen über Vereinfachungen im Verfahren durch die moderne Informationstechnologie (IT) bis hin zu grundlegenden Steuerreformkonzepten, die eine so radikale Vereinfachung versprechen, dass die Steuererklärung plakativ auf den vielzitierten "Bierdeckel"passt.

Die verschiedenen Facetten aller Bemühungen um Steuervereinfachung wurden in den vergangenen 149 Monatsberichten regelmäßig

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

beleuchtet. Eine der ersten Ausgaben im Januar 2002 informierte über die damals noch recht junge Plattform zur elektronischen Steuererklärung – besser bekannt als "ELSTER". Im Laufe der Jahre kamen regelmäßig weitere Artikel hinzu. Das politische und öffentliche Interesse blieb hoch, denn "ein einfaches Steuersystem wollen alle".¹ Auch die neue Bundesregierung hat sich politisch bereits auf weitere Schritte verpflichtet und sieht Steuervereinfachung als Daueraufgabe.²

Es ist daher auch nicht weiter verwunderlich, dass sich Art und Weise, wie Steuern erklärt. festgesetzt und beschieden werden, seit der Jahrtausendwende stetig verändert und weiterentwickelt haben. Das Internet und die elektronische Kommunikation waren damals bereits auf dem Vormarsch, und schnell war klar: Die technische Entwicklung macht auch vor dem bewährten und gewachsenen Besteuerungsverfahren nicht halt. Die jährliche Lohnsteuerkarte, Steuererklärungsformulare in Papierform, die handschriftlich ausgefüllt und anschließend per Post versandt oder persönlich ins Finanzamt gebracht werden mussten, erhielten Konkurrenz durch neue technische Möglichkeiten, die sowohl Zeit als auch Kosten sparten.

Immer wieder gab es evolutionäre oder gar revolutionäre Ansätze zur Steuervereinfachung oder Projekte, die die Kommunikation zwischen Steuerverwaltung und Steuerpflichtigen erleichtern sollten. Viele Maßnahmen wurden erfolgreich umgesetzt, einige mit Rückschlägen oder Verzögerungen verwirklicht. Wiederum andere Vorschläge verschwanden über kurz oder lang aus der Diskussion, da sie letztlich zu fundamental waren, um in der praktischen Finanzpolitik politisch mehrheitsfähig und für den Steuervollzug tauglich zu sein.

# 2 Ansätze zur Vereinfachung des Steuerrechts seit 2001

# 2.1 Theoretische Grundsätze und deren praktische Grenzen

Ein transparentes und einfaches Steuerrecht wird im Wesentlichen durch folgende Kernforderungen charakterisiert:

- Abbau von rechtlichen Differenzierungen
- Reduzierung der Anspruchsvoraussetzungen
- Verzicht auf Ausnahmetatbestände
- Einführung von Pauschalen, Anhebung existierender Pauschalen und Verringerung der Anzahl unterschiedlicher Pauschalen
- Erleichterung von Nachweispflichten und Reduzierung von Beleganforderungen
- Nutzung bereits vorliegender Daten und Verzicht auf erneute Abfragen
- Modernisierung der Steuererhebung mittels elektronischer Datenübermittlung

Mit den meisten Grundsätzen wird das Ziel verfolgt, die steuerliche Bemessungsgrundlage als Basis für die Steuerfestsetzung auf einfache Weise ermitteln zu können. Ergänzt werden diese Grundsätze durch Maßnahmen, die den administrativen Ablauf einfacher gestalten

Der folgende Artikel soll, ausgehend von den bisherigen Ansätzen, aufzeigen, wo wichtige Weichen gestellt wurden, welche Erkenntnisse sich aus der Entwicklung ableiten lassen und welche zukünftigen Aufgaben anstehen. Der Perspektivwechsel von der Forderung radikaler systematischer Veränderungen zu pragmatischen Verfahrenserleichterungen ist dabei schon längst eingeleitet.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Monatsbericht Juni 2004.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD "Deutschlands Zukunft gestalten", S. 89.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

sollen. In der Vergangenheit gab es darüber hinaus auch Ansätze, die Berechnung der Steuerschuld durch möglichst wenige Steuersätze oder gar nur einen einheitlichen Steuersatz transparent und einfach zu halten.

Diesen Vereinfachungsgrundsätzen stehen oft fiskalische und (verfassungs-) rechtliche Prinzipien gegenüber, die dem vermuteten Vereinfachungspotenzial erhebliche Grenzen setzen. In erster Linie ist hier das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zu nennen, welches sich aus dem Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes ableitet. Das Prinzip besagt, dass jeder Steuerpflichtige nach seiner finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen soll. Aber auch der Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit im Steuerrecht steht im Spannungsverhältnis zu eher pauschalierenden Besteuerungsansätzen.

Selbst der Ansatz von Pauschalen hat seine "praktischen" Grenzen: So wird das Sammeln von Belegen über das Jahr nur dann gänzlich vermieden, wenn die Pauschale abgeltend ist. Ist bei übersteigenden Beträgen ein höherer Betrag absetzbar, so wird der Steuerpflichtige weiterhin Belege sammeln. Eine Erhöhung von Pauschalen reduziert dann lediglich die Fallzahl der Einzelnachweise. Abgeltende Pauschalen stehen wiederum in einem Spannungsverhältnis zur Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und zur Einzelfallgerechtigkeit, da sie im Einzelfall die Berücksichtigung höherer Aufwendungen des Steuerpflichtigen verhindern. Zudem verringern sie den Ermittlungsaufwand der Finanzverwaltung und die Nachweispflichten des Steuerpflichtigen nur hinsichtlich der Höhe der absetzbaren Aufwendungen, nicht jedoch bezüglich der steuerlichen Relevanz dem Grunde nach.

Bei grundlegenden Vereinfachungsreformen kommt erschwerend hinzu, dass sie – um gesellschaftlich breit unterstützt zu werden und politisch durchsetzbar zu sein – meist mit zum Teil erheblichen Mindereinnahmen für die öffentliche Hand verbunden sind. Dies gilt insbesondere für Vereinfachungsansätze mit nicht abgeltenden Pauschalen. Die weiterhin notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen verhindert dann derartige Reformen.

# 2.2 Gesetzgeberische Initiativen zur Steuervereinfachung

Aufgrund der beschriebenen Grenzen ist es nicht verwunderlich, dass die Vereinfachungsvorhaben der jüngeren Vergangenheit überwiegend Vollzugsvereinfachungen im Blick hatten. Für hochvolumige Entlastungsmaßnahmen war hingegen kein vertretbarer Spielraum vorhanden.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es drei gesetzgeberische Initiativen: Das Steuervereinfachungsgesetz 2011³, einen Gesetzentwurf des Bundesrats zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013⁴ und die Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts⁵.

Mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 wurde u. a. der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 € auf 1 000 € angehoben, wodurch für circa 550 000 weitere steuerpflichtige Arbeitnehmer der Einzelnachweis entfällt. Weiterhin können seitdem Kinderbetreuungskosten einfacher abgesetzt werden. Der Wegfall der Einkommensüberprüfung bei volljährigen Kindern unter 25 Jahren für Kindergeld und Kinderfreibeträge spart aufwändige Nachweise. Für Unternehmen führten Vereinfachungen der elektronischen Rechnungsstellung zu erheblichen Kosteneinsparungen.

Darauf aufbauend haben die Länder Anfang 2013 in einer Bundesratsinitiative

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Monatsbericht Oktober 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Bundestags-Drucksache 17/12197.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20. Februar 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 9, S. 285).

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

weitere Vorschläge zur Steuervereinfachung unterbreitet. Auch in dieser Zusammenstellung von vielen Einzelmaßnahmen finden sich die obengenannten Grundsätze wieder. Es sollten Pauschbeträge erhöht oder eingeführt sowie Abzugsbeträge und Nachweispflichten neu geregelt werden. Das verbindende Motiv der inhaltlich breitgefächerten Maßnahmen war die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Länderfinanzverwaltungen. Der Gesetzentwurf fand in der vergangenen Legislaturperiode keine politischen Mehrheiten. Allein ein Vorschlag zur zweijährigen Gültigkeit von Freibeträgen im Lohnsteuerabzugsverfahren wurde umgesetzt.<sup>6</sup>

Gelungen ist es, das steuerliche Reisekostenrecht mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. U. a. werden Aufzeichnungs- und Nachweispflichten erleichtert sowie die Anzahl unterschiedlicher Pauschalen reduziert. In einem der nächsten Monatsberichte werden die neuen Regelungen ausführlich dargestellt.

Die genannten Beispiele zeigen, dass der Weg zu einem einfacheren Steuerrecht auch über eine Vielzahl von Einzelschritten führen kann, die ineinandergreifen und an einer gemeinsamen Zielvorgabe ausgerichtet sind. Die Abarbeitung von zunächst eher kleinteilig wirkenden Maßnahmen wird zwar in der öffentlichen Debatte meist als reine Verwaltungstechnik bewertet, lohnt aber durchaus, gerade wenn so in Massenverfahren für viele Beteiligte Arbeitserleichterungen möglich werden.

# 2.3 Probleme grundlegender Steuerreformkonzeptionen

Im Gegensatz dazu waren insbesondere in den Jahren 2003 und 2004 noch verschiedene grundlegende Steuerreformkonzepte mit dem Ziel der Steuervereinfachung diskutiert

<sup>6</sup> Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 26. Juni 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 32, S. 1809). worden. In dieser Zeit wurde das Bild der Steuererklärung "auf dem Bierdeckel" geprägt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um verschiedene Stufentarifmodelle mit weniger und niedrigeren Steuersätzen bei breiter (und damit einfacher) Bemessungsgrundlage. Mit dem Ziel, die steuerlichen Rechtsnormen zu straffen und zu vereinfachen, sollten auch zahlreiche Ausnahmeregelungen und Steuervergünstigungen gestrichen werden. Aber auch die Verringerung der Einkunftsarten bis hin zu Modellen mit neuer Systematik und anderer Terminologie wurden erörtert.

Die grundlegenden Reformkonzepte versprachen in der Regel durchgreifende Veränderungen. In der vertieften Prüfung zeigten sie jedoch meist kaum lösbare rechtliche Schwierigkeiten, überschritten Grenzen in der Finanzierbarkeit, waren mit tiefgreifenden Gerechtigkeitsdebatten und erheblichen Übergangsproblemen verbunden.

Zudem verlor sich bei vielen Ansätzen das Vereinfachungspotenzial auf den zweiten Blick. Die reine Zahl der Paragrafen, Steuersätze oder Einkunftsarten war zumeist nur ein stark begrenzt geeigneter Indikator für Steuervereinfachung. So erfordert ein Steuergesetz mit nur wenigen Paragrafen und zahlreichen Generalklauseln oft untergesetzliche Regelungen und nähere Erläuterungen der Verwaltung zur steuerlichen Abbildung komplexer wirtschaftlicher Lebenssachverhalte.

Bei Stufentarifen mit wenigen Steuersätzen wird die Ermittlung der Steuerbelastung zwar in gewissem Maße transparenter, die Berechnung der Bemessungsgrundlage ist aber weiterhin nötig. Beides ist durch technische Möglichkeiten wie Computerprogramme heutzutage benutzerfreundlich möglich, sodass derartige Modelle unter dem Aspekt der Vereinfachung mittlerweile von untergeordneter Bedeutung sind.

Eine geänderte Systematik mit neuen Rechtsbegriffen erfordert regelmäßig die Konkretisierung durch die Rechtsprechung.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

Das hiermit verbundene Streitpotenzial wirkt der Vereinfachung längerfristig entgegen. Kurz- und mittelfristig verursachen grundlegende Systemwechsel zudem Schulungsaufwand für Bürger, Unternehmen und Verwaltung sowie zusätzliche Kosten für erhöhten Beratungsbedarf, neue Vordrucke und geänderte Verfahren. Je stärker das Modell die bisherigen Strukturen verändert, desto stärker sind die der Vereinfachung gegenläufigen Effekte.

Letztlich sind revolutionäre Reformmodelle wegen dieser gravierenden Probleme und dem teilweise auch zweifelhaften Vereinfachungspotenzial aus der aktuellen Diskussion so gut wie verschwunden. Ansätze mit dem Ziel des großen Wurfes, alles zu ändern und vieles neu zu regeln, führen – so die Erfahrungen der vergangenen Jahre – letztlich nicht zum Ziel. Sie haben sich bisher in keinem Fall als in der Realität umsetzbar erwiesen.

### 2.4 Transparenz des Erfüllungsaufwands

Die kontinuierliche Fortentwicklung des Steuerrechts ist weniger spektakulär, bleibt aber der erfolgversprechendere Weg, auf dem der Vereinfachungsgedanke zur Umsetzung gelangen kann. Um dabei das Bewusstsein für Vereinfachungen zu stärken, muss der mit der Erfüllung von (Steuer-)Gesetzen verbundene bürokratische Aufwand bereits bei der Rechtsetzung transparent gemacht werden. Diese Transparenz kann dazu beitragen, Steuervereinfachung zu unterstützen, zunehmende Steuerkomplexität zu vermeiden und Steuerbürokratie zu verhindern.

Die Entwicklung hat sich in zwei Schritten vollzogen: Zunächst richtete der Gesetzgeber sein Augenmerk auf die mit Neuregelungen verbundenen Informationspflichten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Anschließend wurde der Fokus auf den Erfüllungsaufwand einer Norm im Ganzen gelegt. Wird der Erfüllungsaufwand bereits im Zuge der Normsetzung geprüft und eingeschätzt, kann

die Rechtsetzung der Vereinfachung und Administrierbarkeit von Gesetzen stärker Beachtung schenken, sodass die Umsetzung und Erfüllung alle Betroffenen nicht mit zu hohem Aufwand belastet.

Hier wurde in den vergangenen Jahren für alle Beteiligten Neuland betreten. Seit dem 1. September 2011 muss der Erfüllungsaufwand im Gesetzesvorblatt dargestellt werden. Um den Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung der Länder im Vorfeld ermitteln und darstellen zu können, wurde eigens in einem Bund-Länder-Projekt eine Methodik entwickelt und anschließend der Arbeitskreis "Vollzugsaufwand" gebildet.<sup>7</sup>

# 3 Schritte zur Modernisierung des Steuerverfahrens

Das Motto "Weg vom Papier - Hin zur elektronischen Kommunikation" ist seit vielen Jahren ein zentrales steuerpolitisches Ziel und wichtigstes Instrument der Steuervereinfachung. Was sich zunächst einfach anhört, musste und muss jedoch erst durch zahlreiche Großprojekte bewältigt werden. Das über Jahrzehnte gewachsene System der Länderfinanzverwaltungen mit der jeweiligen IT-Infrastruktur, aber auch die Vielzahl der Adressaten, stellen die Vorhaben immer wieder vor große und teilweise neue Herausforderungen. Durch diese Ausgangslage zeigen sich die positiven Effekte, z. B. im Hinblick auf die Steuervereinfachung, häufig erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Durchgreifende Erfolge kommen vielfach erst durch das Ineinandergreifen verschiedener Projektstufen zum Tragen. Ein "langer Atem" zahlt sich aber für alle Beteiligten aus, indem Arbeitsabläufe neu gestaltet und zeit- wie arbeitsintensive Prozesse verschlankt oder ganz gestrichen werden können.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Monatsbericht Dezember 2012.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

# 3.1 Elektronische Steuererklärung als Ursprung der Modernisierungswelle

Im Jahr 2000 wurde erstmals dem Wunsch vieler Bürger nach einem amtlichen und kostenlosen Steuerformularprogramm Rechnung getragen. Die Abgabe und Bearbeitung von Steuererklärungen sollte durch die "Elektronische Steuererklärung", kurz ELSTER, "bürgerfreundlicher und weniger verwaltungsaufwändig" gestaltet werden.8

Nach anfänglich zögerlicher Nutzung ist ELSTER mittlerweile eine bundesweite Erfolgsgeschichte. Die Anzahl der mit ELSTER abgegebenen Einkommensteuererklärungen stieg kontinuierlich: 145 000 Erklärungen im Jahr 2000, über 500 000 Erklärungen im Jahr 2002. Heute werden weit mehr als 10 Mio. Einkommensteuererklärungen pro Jahr elektronisch übermittelt. Dazu beigetragen hat auch die kontinuierlich verbesserte Anwenderfreundlichkeit. Es kamen schrittweise neue Funktionen hinzu, von der elektronischen Bescheiddatenübermittlung bis zur Online-Einsicht in das Steuerkonto beim Finanzamt.

ELSTER ist heute ein gut etabliertes Produkt, welches sich auch aus den Köpfen vieler Anwender nicht mehr wegdenken lässt. Die noch immer große Zahl der Papiererklärungen von aktuell knapp 50 % zeigt, dass es aber auch in diesem Bereich noch Potenzial für eine Ausweitung der elektronischen Nutzung mit all ihren Vorteilen gibt.

### 3.2 Einheitliche und moderne Informationstechnologie in der Steuerverwaltung

Als eine wichtige, letztlich sogar zwingende Voraussetzung für spürbare Fortschritte und Vereinfachungen des Besteuerungsverfahrens kristallisierte sich seit der Jahrtausendwende zunehmend die Vereinheitlichung und Modernisierung der IT der 16 Länder heraus. Dies war insbesondere deshalb eine große Herausforderung, da die in den Ländern eingesetzte Software im Bereich der Steuerverwaltung untereinander nicht kompatibel und teilweise bereits über 30 Jahre alt war.

So wurde 2004 eine neue Form der Zusammenarbeit aller 16 Länder und des Bundes beschlossen. Hierzu trat zum 1. Januar 2007 das Abkommen zur Regelung der Zusammenarbeit im Vorhaben "Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung", kurz KONSENS, in Kraft. In einem abgestimmten Verfahren sollte von nun an einheitliche Software für das Besteuerungsverfahren gemeinsam entwickelt, beschafft und eingesetzt werden. Das Vorhaben KONSENS bildet seitdem den Rahmen für die Modernisierung der IT in der Steuerverwaltung.

Die Zielsetzung von KONSENS war von Beginn an ambitioniert und weitsichtig. Bereits im Monatsbericht Mai 2006 hieß es, dass mittelfristig im Rahmen von KONSENS eine "bundesweit eindeutige Personenidentität, der bundesweite Datenaustausch und die Möglichkeit der bundesweiten Datenauswertung realisiert werden" sollten. Papierbasierte Verfahrensabläufe sollten schrittweise abgelöst und stattdessen möglichst für alle Phasen der Besteuerung elektronische Verfahren angeboten werden. Damit sollen Bürokratiekosten für Bürger, Unternehmen, Beraterschaft und Verwaltung reduziert werden. "Im Ergebnis leistet KONSENS damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Steuervereinfachung."10

Inzwischen wurden im Rahmen von KONSENS zahlreiche IT-Projekte umgesetzt. Viele Änderungen erfolgten für die Bearbeiter in den Finanzämtern und für die Steuerpflichtigen an der Benutzeroberfläche zwar "unsichtbar", trugen aber wesentlich zur Modernisierung der verwaltungsinternen IT-Verfahren bei.

<sup>8</sup> Monatsbericht April 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Monatsbericht Oktober 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Monatsbericht Mai 2011.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

Diverse Projekte der Steuerverwaltung haben dagegen sichtbare Auswirkungen für den einzelnen Steuerbürger. Dies gilt zum Beispiel auch für die Abschaffung der Lohnsteuerkarte auf Karton. Auch in Zukunft wird KONSENS die Basis zur Fortentwicklung der IT und damit der elektronischen Kommunikation im Besteuerungsverfahren bleiben.

Die bisherigen Erfahrungen und Fortschritte mit und durch KONSENS zeigen, dass es sich lohnt, die Kräfte zu bündeln und beharrlich an den einzelnen Schritten zu arbeiten. Auch wenn die technischen Feinarbeiten in der politischen Wahrnehmung kaum zu platzieren sind und es viele Hürden in der Umsetzung zu überwinden gilt, sind die Auswirkungen auf die Beteiligten der Besteuerung letztlich deutlich weitreichender als bei kurzfristig im Fokus stehenden punktuellen Vereinfachungen im materiellen Steuerrecht.

### 3.3 Eindeutige Steueridentifikationsnummer als Grundvoraussetzung

Für eine umfassende elektronische Kommunikation zwischen Steuerpflichtigen und Finanzamt, aber auch für die medienbruchfreie Verarbeitung der Daten im Finanzamt, ist eine eindeutige Identifizierung des Steuerpflichtigen notwendig. Diese so logisch wie einfach klingende Grundvoraussetzung war mit den gewachsenen und vielfältigen Systemen der Länderfinanzverwaltungen zur Erfassung der Steuerpflichtigen und zur Organisation der Steuerfälle nicht zu leisten.

Eine eindeutige und vor allem dauerhafte
Zuordnung von Informationen und Personen
kann ohne Steueridentifikationsnummer
(ID-Nummer) nicht gewährleistet werden.
Sie ist nötig, um papiergebundene durch
moderne elektronische Geschäftsprozesse
zu ersetzen. Die Ablösung der aus den
1920er Jahren stammenden KartonLohnsteuerkarte durch ein elektronisches
Verfahren wäre ohne eindeutige und
lebenslang geltende ID-Nummer nicht ohne
Weiteresmöglich gewesen. Gleiches gilt für

die Serviceleistungen, die in der laufenden Legislaturperiode bereitgestellt werden sollen, wie z.B. das Angebot einer "Vorausgefüllten Steuererklärung" (VaSt).

Im Projekt zur Einführung der sogenannten ID-Nummer musste für über 80 Millionen Einwohner eine eindeutige Identifikationsnummer vergeben werden. Keine triviale Aufgabe, gerade wenn man auch das notwendige Zusammenspiel der vielen beteiligten Melde- und Finanzbehörden berücksichtigt.<sup>11</sup> Die Herausforderungen wurden angenommen, auch wenn nicht immer alles völlig reibungslos verlaufen ist. Am Ende liegt aber ein für alle Beteiligten lohnenswertes Ergebnis vor. Mittlerweile sind die ID-Nummern flächendeckend vergeben. Die Modernisierung muss aber voranschreiten, damit die ID-Nummer durchgehend verarbeitet und verwendet werden kann. Erst dann wird ihr Nutzen vollumfänglich erkennbar.

# 3.4 Zweistufige Modernisierung des Lohnsteuerabzugsverfahrens

Das Lohnsteuerabzugsverfahren bestand seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts weitgehend unverändert. Die Zahl der am Verfahren Beteiligten ist enorm: Etwa 40 Millionen Arbeitnehmer, über zwei Millionen Arbeitgeber, über 16 000 Gemeinden sowie hunderte Finanzbehörden und Softwarehersteller. Diese Zahlen zeigen sowohl das Potenzial für erhebliche Vereinfachungen als auch die gewaltigen Herausforderungen bei Verfahrensänderungen im Bereich des Lohnsteuerabzugs. Von Beginn an war klar, dass es sich um ein ehrgeiziges Projekt handelte, das nicht von heute auf morgen umsetzbar sein würde. 12 Gleichwohl war die Informationsübermittlung auf einer Karte quasi "von Hand zu Hand" – in Zeiten der elektronischen Kommunikation überholt.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Monatsbericht August 2008.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Monatsbericht Juni 2004.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

Ziel war es, die Lohnsteuerkarte durch ein elektronisches Verfahren abzulösen.

Aufgrund des bestehenden hochkomplexen Verfahrensumfelds erfolgte die Umsetzung in zwei großen Abschnitten, die zunächst die Inhalte der Rückseite der Lohnsteuerkarte (Lohnsteuerbescheinigung) und dann die der Vorderseite (persönliche Lohnsteuerabzugsmerkmale) elektronisch verfügbar machen sollte.

Zunächst wurde im Jahr 2004 mit dem Projekt ElsterLohn I die elektronische Übermittlung von Lohnsteuerbescheinigungsdaten durch den Arbeitgeber an die Steuerverwaltung eingeführt. Dieser elektronische Informationsaustausch ersetzte die Lohnsteuerkarte als Beleg zur Steuererklärung und stellte einen wesentlichen Schritt zur papierlosen Abgabe von Steuererklärungen dar. Dadurch verringerte sich der Aufwand für Arbeitgeber spürbar, die bis dahin die Bescheinigung aufkleben oder die Rückseite der Karte ausfüllen mussten. Der erste wichtige Schritt in Richtung eines elektronischen Verfahrens war gemacht, und die Übermittlung von jährlich mehr als 35 Mio. Lohnsteuerkarten konnte entfallen.

Die Informationen der Vorderseite wurden vom Arbeitgeber jedoch weiterhin benötigt, sodass die Karte erst nach Abschluss eines zweiten komplexen Projekts endgültig der Vergangenheit angehören konnte: der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte oder auch kurz ELStAM für die Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale.<sup>13</sup> Dazu rufen die Arbeitgeber nunmehr die für den Lohnsteuerabzug benötigten Daten elektronisch bei der Finanzverwaltung ab. Bei Änderungen der steuerlichen Merkmale wird die Datenbank automatisch aktualisiert, und

der Arbeitgeber bekommt eine entsprechende Nachricht, dass die geänderten ELStAM für ihn zum Abruf bereitstehen. Die aufwändige händische Verwaltung und Aktualisierung der Lohnsteuerkarte entfällt. Die Gemeinden bleiben weiterhin für die melderechtlichen Daten zuständig und übermitteln diese – ebenfalls elektronisch – an die Finanzverwaltung.

Zunächst war die Einführung zum
1. Januar 2012 vorgesehen. Aufgrund der
Komplexität dieses Massenverfahrens und
der Erkenntnisse aus der Einführung anderer
IT-Verfahren wurden Einführungszeitraum
und -methodik angepasst. Die Einführung
wurde auf das Jahr 2013 verschoben und von
einer "Stichtagseinführung" auf einen über das
ganze Jahr "gestreckten Einführungszeitraum"
umgestellt. Die bundesweite ELStAM-Einführung im Jahr 2013 verlief nach dieser weitsichtigen Modifikation positiv. Bis Ende 2013
haben bereits über 1,7 Millionen Arbeitgeber
für rund 37 Millionen Arbeitnehmer die ELStAM
abgerufen.

Die so gewonnenen Erfahrungen könnten für zukünftige Großprojekte beispielgebend sein. Die mit einigen Schwierigkeiten verbundene Vorbereitungsphase zeigte einmal mehr, dass eine erfolgreiche Einführung maßgeblich auch von einem durchgängig professionellen Projektmanagement und proaktiv begleitenden Maßnahmen abhängt. Die gilt auch im Hinblick auf die Herausforderungen, die sich aus der föderalen Struktur der Finanzverwaltung ergeben.

Durch ElsterLohn I und ELStAM wurde die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Finanz- und Meldebehörden erheblich verbessert. Der Ausbau der elektronischen Kommunikation erweist sich ein weiteres Mal als zentrales Element der Steuervereinfachung.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Monatsbericht Oktober 2011.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

### 3.5 Elektronische Übermittlungsverfahren im Bereich der Unternehmensbesteuerung

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung wurde die elektronische Kommunikation ebenfalls sukzessive ausgebaut. Bereits seit 2005 sind von Unternehmen die Lohnsteuer-Anmeldungen sowie die Umsatzsteuer-Voranmeldungen grundsätzlich elektronisch zu übermitteln. Für weitere unternehmerische Steuererklärungen, wie z. B. zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, wurde die elektronische Übermittlung ab dem Veranlagungszeitraum 2011 verpflichtend.

Der strategische Ansatz einer medienbruchfreien Verarbeitung wird inzwischen auch auf Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) angewendet. Mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz 2008 ist es Pflicht, die Inhalte von Bilanz und GuV nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz zu übermitteln. Im Rahmen des Vorhabens KONSENS wurde dazu das Projekt "E-Bilanz" eingerichtet.<sup>14</sup>

Ursprünglich war geplant, dass die Unternehmen Bilanz und GuV für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2010 beginnen, elektronisch und damit schnell, kostensparend und medienbruchfrei übersenden. Der Start wurde jedoch verschoben, um in einer ausreichenden Pilotphase die Praxistauglichkeit testen zu können. Vor allem die Wirtschaft sollte Zeit für technisch und organisatorisch notwendige Anpassungen erhalten. Die Testmöglichkeit in den Jahren 2012 und 2013 wurde gut angenommen. 2013 wurden zudem – auf freiwilliger Basis – rund 27 000 echte Bilanzen übermittelt.

Die E-Bilanz ist nun grundsätzlich für die Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2012 begonnen haben, verpflichtend. Sie

dient – nach Einführung und Überwindung des einmaligen Umstellungsaufwands – nachhaltig dem Bürokratieabbau und der Verwaltungsvereinfachung. Die strukturierten Datensätze können u. a. zu einer automationsgestützten und am Risikopotenzial ausgerichteten Auswahl der einer Betriebsprüfung zu unterziehenden Unternehmen genutzt werden. Die E-Bilanz schont sowohl Ressourcen bei Unternehmen als auch bei der Verwaltung. 16

### 4 Ausblick auf die nächsten Projekte

Alle exemplarisch im Kapitel 3 aufgezeigten Maßnahmen bilden einen umfassenden Ansatz, das Besteuerungsverfahren für alle Beteiligten einfacher handhabbar, transparenter sowie verlässlicher zu gestalten. Die bisher gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass es sich lohnt, an der Verbesserung der Effizienz des Besteuerungsverfahrens zu arbeiten. Lösungen sind zwar oft nicht schnell und einfach umzusetzen, Erfolge stellen sich aber spätestens dann ein, wenn die vielen Einzelarbeiten ineinandergreifen können. Oft sind dicke Bretter zu bohren. Hier ist immer wieder an die Kooperation zwischen allen Beteiligten zu erinnern. Gerade im föderalen Zusammenwirken sind eine intensive, offene Kommunikation, ein professionelles Projektmanagement und allmähliche Vereinheitlichungen erforderlich. Es gilt, Hindernisse gemeinsam zu überwinden, Missverständnisse auszuräumen, Kritik einzuordnen und Kompromisse zu finden. Nur so wird der Modernisierungsprozess zielorientiert und beharrlich vorangebracht.

Auch in der neuen Legislaturperiode sind keine Umbrüche durch revolutionäre Systemwechsel im Steuerrecht zu erwarten. Es liegt ein Stück weit in der Natur der Sache,

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Monatsbericht Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Monatsbericht November 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Monatsbericht November 2011.

PERSPEKTIVE ZUR STEUERVEREINFACHUNG IM WANDEL?

dass das Steuerrecht nicht einfacher sein kann als die der Besteuerung zugrunde liegenden Lebenssachverhalte selbst. Zudem sind Steuereinnahmen fortlaufend zur Finanzierung des Gemeinwesens zu erheben. Diesen "laufenden Vollzug" gilt es daher bei allen Reformüberlegungen im Blick zu behalten.

Größtes Potenzial haben daher Vereinfachungsansätze mit dem Ziel, die Handhabbarkeit des Steuerrechts für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung zu verbessern. Hierbei wird quasi im laufenden Betrieb modernisiert und instandgesetzt. So wird aktuell beispielsweise mittels eines Forschungsprojekts die Machbarkeit eines Selbstveranlagungsverfahrens zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Steuerverfahrensrechts untersucht.<sup>17</sup> Ziel des Vorhabens ist es, eine Entscheidungsgrundlage zur Einführung eines Selbstveranlagungsverfahrens für die Ertragsbesteuerung von Unternehmen zu schaffen sowie mögliche rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Auswirkungen auf Seiten der Steuerverwaltung und der Unternehmen zu identifizieren.

Die Bundesregierung hält an der Daueraufgabe Steuervereinfachung fest. Der Umstellungsprozess hin zum umfassenden Einsatz moderner IT und effizienter Verfahrensabläufe soll in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern schrittweise vorangetrieben werden. Anfang 2014 erfolgte die Einführung der "Vorausgefüllten Steuererklärung".¹8 Dieses kostenlose Serviceangebot der Steuerverwaltung soll die Erstellung der Einkommensteuererklärungen erleichtern. Dabei werden verschiedene der Steuerverwaltung vorliegende Daten des

Steuerpflichtigen elektronisch zur Verfügung gestellt und können zum Beispiel beim Erstellen der Einkommensteuererklärung im ElsterOnlinePortal direkt in diese übernommen werden. Dies ist eine Erleichterung für Steuerpflichtige, da z. B. Fehler beim Ausfüllen (Zahlendreher oder unzutreffendes Eingabefeld) vermieden werden können. Eine Übernahme von Aufgaben der Steuerverwaltung durch die Steuerpflichtigen ist damit nicht verbunden.

Darüber hinaus sehen Bund und Länder einen Schwerpunkt der Arbeiten in den nächsten zwei Jahren in der Notwendigkeit, die Arbeitsabläufe im steuerlichen Massenverfahren zu optimieren und zu modernisieren sowie die verfahrensrechtlichen Regelungen, wo erforderlich, auf neue rechtliche Grundlagen zu stellen. Auf der Agenda stehen nicht nur der weitere Ausbau der elektronischen Kommunikation, sondern auch Fragen einer Reduzierung des Erklärungsumfangs und einer stärker risikoorientierten Ausrichtung des Besteuerungsverfahrens. U.a. soll dabei der Umgang mit Belegen weiter vereinfacht werden. So wird geprüft, inwieweit zugunsten einer risikoorientierten Bearbeitung der Einkommensteuererklärungen auf gesetzliche Belegvorlagepflichten verzichtet werden kann. Ferner soll auch untersucht werden, ob bei angeforderten Belegen elektronische Übermittlungsmöglichkeiten angeboten werden können.

Bei einem Blick in die Zukunft ist eines aber auch klar: Die technischen Möglichkeiten einer einfachen, kurzen und knappen Kommunikation, wie sie im privaten Bereich bereits weit verbreitet sind, können auf komplexe Geschäftsprozesse wie das Besteuerungsverfahren nicht eins zu eins übertragen werden. Zu einer Steuererklärung in 140 Zeichen mit einer "Daumen hoch"-Bestätigung des Finanzamts als "Bescheid" wird die Modernisierung des Steuervollzugs in absehbarer Zeit jedenfalls nicht führen.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD "Deutschlands Zukunft gestalten", S. 90.

<sup>18</sup> www.elster.de/belegabruf

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

# Überwachung der öffentlichen Haushalte

### Achte Sitzung des Stabilitätsrats am 5. Dezember 2013

- Der Stabilitätsrat hat sich in seiner achten Sitzung am 5. Dezember 2013 erstmals mit der Einhaltung der Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits befasst. Zukünftig wird er dabei von einem unabhängigen Beirat unterstützt, dessen Mitglieder zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung des Stabilitätsrats teilnahmen. Für die Jahre 2013 bis 2017 wird durchgängig ein struktureller gesamtstaatlicher Überschuss von ½ % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet. Die Defizitobergrenze in Höhe von 0,5 % des BIP wird damit im gesamten Projektionszeitraum bis 2017 mit deutlichem Abstand unterschritten.
- Der Stabilitätsrat hat im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung die haushaltswirtschaftliche Lage von Bund und Ländern anhand einer kennzifferngestützten Analyse geprüft. Beim Bund und bei den Ländern, die sich nicht im Sanierungsverfahren befinden, ergaben sich keine Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage.
- Die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein, die sich im Sanierungsverfahren befinden, haben dem Stabilitätsrat eine aktualisierte Sanierungsplanung für die Jahre 2013 bis 2016 vorgelegt. Der Stabilitätsrat begrüßt die Fortsetzung des bisherigen Konsolidierungskurses in Berlin und Schleswig-Holstein. Er fordert das Saarland auf, den angekündigten Sanierungskurs strikt einzuhalten; Bremen muss seinen Konsolidierungskurs verstärken.

1	Einleitung	34
2	Überwachung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze	
2.1	Neue Aufgabe infolge der innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Fiskalvertrags	
2.2	Struktureller gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo für die Jahre 2013 bis 2017	35
3	Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2013	36
3.1	Kennziffern des Bundes	
3.2	Kennziffern der Länder	37
4	Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	39
4.1	Stand der Sanierungsverfahren	39
4.2	Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	
5	Zusammenfassung und Ausblick	

### 1 Einleitung

Der Stabilitätsrat trat am 5. Dezember 2013 unter dem Vorsitz des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Walter-Borjans und des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble zusammen.

Der Stabilitätsrat befasste sich in seiner achten Sitzung erstmals mit der neuen

Aufgabe, die Einhaltung der strukturellen gesamtwirtschaftlichen Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz zu überwachen. Zukünftig wird er dabei von einem unabhängigen Beirat unterstützt, dessen Mitglieder zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung des Stabilitätsrats teilnahmen.

Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung hat der Stabilitätsrat die

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

haushaltswirtschaftliche Lage von Bund und Ländern anhand einer kennzifferngestützten Analyse und einer standardisierten Mittelfristprojektion auf der Grundlage ihrer Stabilitätsberichte geprüft. Die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein, die sich im Sanierungsverfahren befinden, haben außerdem ihre Sanierungsberichte vorgelegt. In den Berichten stellen die Länder dar, wie sie in den Jahren bis 2016 die jährliche Nettokreditaufnahme weiter zurückführen werden.

# 2 Überwachung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze

# 2.1 Neue Aufgabe infolge der innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Fiskalvertrags

Mit dem Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags vom 15. Juli 2013 (Fiskalvertragsumsetzungsgesetz) wurden die für die einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) und Sozialversicherungen bereits bestehenden Fiskalregeln um einen Sicherungs- und Korrekturmechanismus auf gesamtstaatlicher Ebene ergänzt. Die zulässige Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 % des BIP wurde in § 51 Absatz 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes festgeschrieben. Dem Stabilitätsrat wurde die zusätzliche Aufgabe übertragen, zweimal jährlich die Einhaltung dieser Obergrenze für das laufende und die vier folgenden Jahre zu überprüfen.

Außerdem wurde die Einrichtung eines Beirats zur Unterstützung des Stabilitätsrats bei der Überwachung der Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits beschlossen. Es handelt sich um ein fachlich unabhängiges Gremium, das eigene Stellungnahmen und gegebenenfalls Empfehlungen zur Einhaltung der Defizitobergrenze abgibt. Zu seinen Mitgliedern gehören Vertreter

etablierter und gesetzlich unabhängiger Institutionen (Deutsche Bundesbank, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligte Forschungsinstitute) und weitere von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherungen benannte Sachverständige. Der Beirat konstituierte sich am 5. Dezember 2013. Vorsitzender ist Prof. Dr. Eckhard Janeba (Universität Mannheim), sein Stellvertreter ist Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Georg Milbradt (Technische Universität Dresden). Weitere Mitglieder sind Prof. Dr. Roland Döhrn (RWI Essen), Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance), Prof. Dr. Lars Feld (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), Prof. Dr. Clemens Fuest (ZEW Mannheim), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag), Dr. Ulrich Reineke (Deutsche Rentenversicherung Bund) und Bundesbankdirektor Karsten Wendorff (Deutsche Bundesbank). Zukünftig wird der Vorsitzende des Beirats an den Beratungen des Stabilitätsrats zur Überwachung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze teilnehmen und hierzu die Stellungnahme des Beirats einbringen.

## 2.2 Struktureller gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo für die Jahre 2013 bis 2017

Grundlage für die Prüfung des Stabilitätsrats war eine Projektion des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos für die Jahre 2013 bis 2017. Dieser leitet sich ab aus den um konjunkturelle Auswirkungen bereinigten Finanzierungssalden von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen.

Für die Jahre 2013 bis 2017 wird nach dieser Projektion durchgängig ein struktureller gesamtstaatlicher Überschuss von ½% des BIP erwartet (siehe Tabelle 1). Die Defizitobergrenze in Höhe von 0,5% des BIP wird damit im gesamten Projektionszeitraum bis 2017 mit

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Tabelle 1: Schätzung des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos gemäß § 6 Stabilitätsratsgesetz

in % des BIP

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Struktureller gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	0,3	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	0,1	0	0	0	1/2	1/2
davon:						
Bund	-0,5	-1/2	-0	-0	-0	-0
Länder	-0,3	0	0	0	0	0
Gemeinden	0,2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
Sozialversicherungen	0,7	0	-0	-0	-0	-0

Die Angaben für 2013 - 2017 sind auf 1/2 gerundet.

Quelle: Stabilitätsrat.

deutlichem Abstand unterschritten. Beim Bund liegt die Annahme zugrunde, dass er sein Defizit zurückführt und 2014 einen strukturell ausgeglichenen Finanzierungssaldo und ab 2015 einen Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung erzielt. Insbesondere die guten Resultate der Steuerschätzung vom November 2013 tragen zu den günstigen Ergebnissen für die Länderebene bei. Ebenso bieten die Gemeinden ein positives Gesamtbild, auch wenn die Ergebnisse der Gemeindehaushalte untereinander heterogen ausfallen.

Vor diesem Hintergrund kam der Stabilitätsrat einvernehmlich zu der Einschätzung, dass die Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingehalten werde.

## 3 Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2013

Bund und Länder legen dem Stabilitätsrat jährlich ihre Stabilitätsberichte zur Haushaltsüberwachung vor. Darin stellen sie die aktuelle Haushaltslage und die Finanzplanung mittels abgestimmter Kennziffern, die mittelfristige Haushaltsentwicklung anhand einer modellbezogenen Projektion sowie die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenze

dar. Im Zentrum der Haushaltsüberwachung stehen die folgenden vier Kennziffern, deren Entwicklung in den Stabilitätsberichten aufgezeigt wird:

- Struktureller Finanzierungssaldo
- Kreditfinanzierungsquote
- Zins-Steuer-Quote
- Schuldenstand.

Der Schwellenwert des strukturellen Finanzierungssaldos des Bundes ist durch den gesetzlichen Abbaupfad der Schuldenbremse vorgegeben. Die Schwellenwerte von Kreditfinanzierungsquote, Zins-Steuer-Quote und Schuldenstandsquote des Bundes orientieren sich am jeweiligen Durchschnittswert vergangener Jahre. Bei den Ländern leiten sich die Schwellenwerte der Kennziffern grundsätzlich aus dem Länderdurchschnitt ab. Der Vergleich mit dem Länderdurchschnitt ermöglicht es, Abweichungen in einzelnen Ländern zu identifizieren, die auf eine schwierige Haushaltslage schließen lassen. Zugleich stellt dieses Verfahren eine implizite Konjunkturbereinigung dar, da konjunkturelle Effekte, die alle Länder betreffen, auf diese Art ausgeklammert werden.

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Tabelle 2: Kennziffern des Bundes zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung (Berichtsjahr 2013)

Bund	Ist	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
Bullu	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Struktureller Finanzierungssaldo							
in € je Einwohner	-232	-73	-160	54	66	10	37
Schwellenwert	-589	-517	-529	-346	-240	-175	-133
Kreditfinanzierungsquote							
in%	5,3	6,6	7,8	1,3	-1,0	0,0	-1,2
Schwellenwert	17,0	15,9	16,2	16,2	16,2	16,2	16,2
Zins-Steuer-Quote							
in%	12,8	11,4	12,1	10,4	10,6	11,6	10,7
Schwellenwert	24,5	23,4	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3
Schuldenstand							
in % des BIP	40,4	40,2	40,2	39,2	38,0	36,8	35,4
Schwellenwert	47,3	47,6	48,1	48,1	48,1	48,1	48,1

Quelle: Stabilitätsrat.

#### 3.1 Kennziffern des Bundes

Die Kennziffern des Bundes wurden ermittelt auf Basis des Haushaltsplans 2013 einschließlich des Nachtragshaushalts, des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2014 vom Juni 2013 sowie des Finanzplans bis 2017 zuzüglich Sondervermögen.

Anhand der vorgelegten Kennziffern sowie der Ergebnisse zur Projektion der mittelfristigen Finanzplanung stellte der Stabilitätsrat einvernehmlich fest, dass dem Bund keine Haushaltsnotlage droht. Tabelle 2 zeigt, dass bei allen vier Kennziffern im Berichtszeitraum die Schwellenwerte zu keinem Zeitpunkt überschritten werden.

## 3.2 Kennziffern der Länder

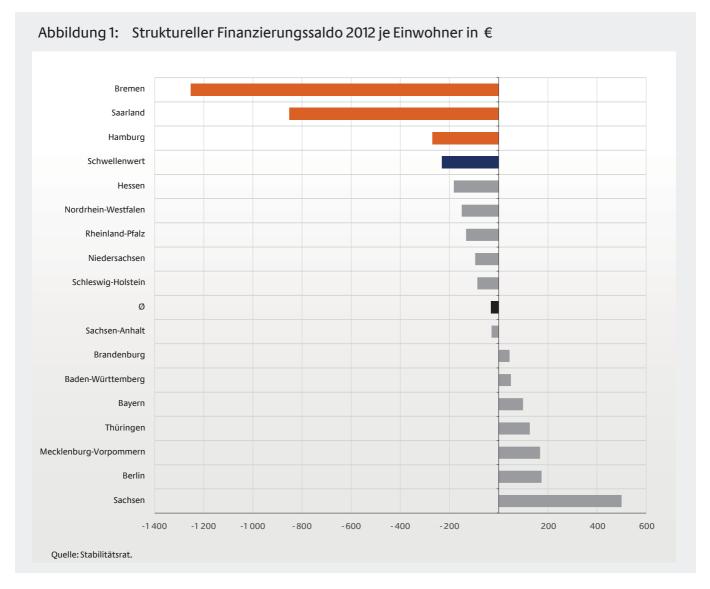
Die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland spiegelt sich auch in den Kennziffern zur Haushaltslage der Länder wider. Der Stabilitätsrat stellte fest, dass den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen keine Haushaltsnotlage droht. Berlin, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein befinden sich im Sanierungsverfahren, nachdem für diese Länder 2011 eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt worden war. Einen Gesamtüberblick über die Kennziffernwerte der Länder im Berichtszeitraum liefert die zusammenfassende Übersicht über die Beschlüsse des Stabilitätsrats zur Haushaltsüberwachung auf der Internetseite des Stabilitätsrats.¹

Abbildung 1 und Abbildung 2 veranschaulichen die Werte der Länder zum strukturellen Finanzierungssaldo und zum Schuldenstand für das Jahr 2012. Acht Länder schneiden beim strukturellen Finanzierungssaldo besser ab als der Durchschnitt, darunter sieben Länder mit Finanzierungsüberschüssen. Die übrigen acht Länder haben höhere Finanzierungsdefizite als der Länderdurchschnitt; hierunter befinden sich drei Länder, deren Ergebnisse

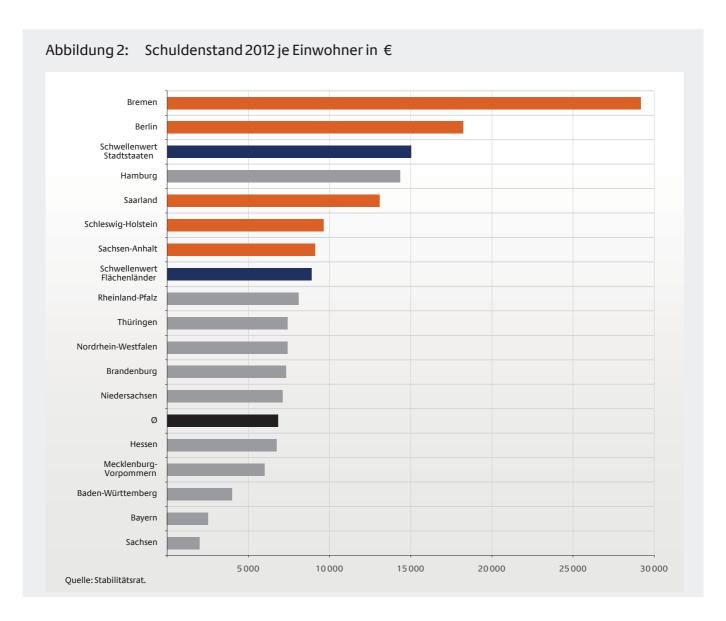
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>http://www.stabilitaetsrat.de/DE/Beschluesseund-Beratungsunterlagen/Beschluesse-und-Beratungsunterlagen\_node.html;jsessionid=12B02 581BB4E983B07568AF26F938388

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

den Schwellenwert übersteigen (siehe Abbildung 1). Beim Schuldenstand übersteigen die Ergebnisse von drei Flächenländern und zwei Stadtstaaten die jeweilige vom Durchschnittswert abgeleitete Schwelle (siehe Abbildung 2).



ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE



## 4 Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

## 4.1 Stand der Sanierungsverfahren

Die Sanierungsländer haben dem Stabilitätsrat turnusgemäß ihre Sanierungsberichte vorgelegt. Darin stellen sie ihre aktualisierten Sanierungsprogramme für die Jahre 2013 bis 2016 und detaillierte Maßnahmen zur Rückführung der Nettokreditaufnahme dar. Der vom Stabilitätsrat eingesetzte Evaluationsausschuss, dem die Finanzstaatssekretäre

des Bundes und der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen angehören, hat diese Berichte eingehend geprüft und bewertet.

## 4.2 Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

#### Berlin

Das vom Land Berlin vorgelegte Sanierungsprogramm, das auf den abgeschlossenen Haushaltsjahren 2011 und 2012, dem Haushaltssoll 2013, dem Entwurf des Doppelhaushalts 2014/2015 und für 2016 auf der

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Finanzplanung vom Juni 2013 beruht, sieht zwischen 2011 und 2016 einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Ausgaben um 1,0 % vor. Im selben Zeitraum sollen die Einnahmen im Durchschnitt jährlich um 2,4% steigen. Die Ausgabenentwicklung der Jahre 2014 und 2015 liegt über den Werten der Planung vom Herbst 2012. Der Ausgabenansatz für 2016 bleibt nahezu unverändert, beinhaltet jedoch anders als bei der vorherigen Sanierungsplanung - die Umsetzung globaler Minderausgaben in Höhe von 344 Mio. €. Trotz der von Berlin erwarteten zensusbedingten Mindereinnahmen liegen auch die geplanten Einnahmen über den Werten vom Herbst 2012. Grund hierfür sind auch die neuen Maßnahmen zum 1. Januar 2014 (Einführung der City Tax und die erneute Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes) und die gegenüber der bisherigen Finanzplanung aktualisierten Ansätze für die Steuereinnahmen. Belief sich die für 2013 angesetzte Nettokreditaufnahme noch auf 485 Mio. €, so sieht das aktuelle Sanierungsprogramm 2014 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 156 Mio.€ und ab dem Jahr 2015 steigende Nettotilgungen vor. Mit Ausnahme des Jahres 2016 wird die maximal zulässige Nettokreditaufnahme jährlich um weit über 1 Mrd. € unterschritten.

In seinem Beschluss begrüßte der Stabilitätsrat die Beibehaltung des strikten Konsolidierungskurses. Er wies aber darauf hin, dass der durchgängig hohe Sicherheitsabstand zur Obergrenze der Nettokreditaufnahme Berlin nicht dazu verleiten dürfe, in seinen Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen.

#### Bremen

Der aktuelle Sanierungsbericht Bremens basiert auf den abgeschlossenen Haushaltsjahren 2011 und 2012, dem Haushaltsplan 2013, dem Entwurf für den Doppelhaushalt 2014/2015 und für 2016 auf der Finanzplanung vom September 2013. Für den Zeitraum 2011 bis 2016 sieht die aktualisierte Sanierungsplanung einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Ausgaben um 1,3 % vor. Die für 2014 bis 2016

geplanten Ausgaben liegen über den Ansätzen vom Herbst 2012. Die in der Sanierungsplanung geplanten Einnahmen sollen im Zeitraum 2011 bis 2016 um jahresdurchschnittlich 3,2% steigen. Im Vergleich zur letzten Aktualisierung setzt das vorgelegte Programm für die Jahre 2014 bis 2016 höhere Einnahmen an. Die veranschlagten Mehreinnahmen ergeben sich u.a. aus einem Plus bei Steuern und Drittmitteln. Außerdem sollen hierzu die vom Senat neu beschlossene Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes sowie die von der Bürgerschaft 2012 beschlossene City Tax beitragen. Die gegenüber der Planung von 2012 gestiegenen Einnahmen können jedoch die Mehrausgaben nicht kompensieren, sodass sich im aktuellen Sanierungsprogramm der Abstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme für alle Jahre ab 2013 verringert.

Der Evaluationsausschuss stellte hierzu fest, dass die im Mai 2013 vom Stabilitätsrat angemahnte Verstärkung des Konsolidierungskurses trotz weiterer Maßnahmen zur Konsolidierung vor dem Hintergrund steigender Ausgaben nicht erkennbar sei. Vor allem habe Bremen die weiterhin günstigen (gesamtwirtschaftlichen) Rahmenbedingungen, die sich im Vergleich zum ursprünglichen Sanierungsprogramm vom September 2011 in höheren Steuereinnahmen, niedrigeren Zinsausgaben und zusätzlichen Entlastungen durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund widerspiegeln, bislang nicht hinreichend zur Konsolidierung seiner Haushalte genutzt. Vor diesem Hintergrund sah der Stabilitätsrat angesichts der weiteren Verringerung der Sicherheitsabstände in den Jahren 2014 bis 2016 den erfolgreichen Abschluss des vereinbarten Sanierungsprogramms gefährdet. Er forderte deshalb Bremen zu einer Verstärkung seines Konsolidierungskurses auf, wie es § 5 Absatz 3 des Stabilitätsratsgesetzes in Reaktion auf ungeeignete oder unzureichende Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen oder die unzureichende Umsetzung vereinbarter Maßnahmen vorsieht.

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

#### Saarland

Grundlage des vom Saarland vorgelegten Sanierungsprogramms sind die abgeschlossenen Haushaltsjahre 2011 und 2012, das Haushaltssoll 2013, der Haushaltsplanentwurf für 2014 und für die Jahre 2015 und 2016 der Finanzplan vom September 2013. Für den Zeitraum 2011 bis 2016 soll das Ausgabenwachstum 0,1% im Jahresdurchschnitt betragen, der geplante Zuwachs der Einnahmen beläuft sich p. a. auf 2,7%. Hierbei sind auf der Ausgabenseite für die Jahre 2015 und 2016 Handlungsbedarfe in Form globaler Minderausgaben in Höhe von 63 Mio. € beziehungsweise 138 Mio. € unterstellt. Ohne deren Umsetzung führt die Planung zu einer Überschreitung der Obergrenze der Nettokreditaufnahme in Höhe von 24 Mio. € (2015) beziehungsweise 87 Mio. € (2016). In einer Ergänzung zum Sanierungsbericht hat das Saarland dargelegt, wie es beabsichtigt, die für 2015 und 2016 noch nicht umgesetzten globalen Minderausgaben aufzulösen. Hierbei sollen zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen - wie etwa verstärkte Kooperationen mit anderen Ländern, effizientere Verwaltungsabläufe und eine Intensivierung des Subventionsabbaus – zu weiteren Entlastungen führen und dazu beitragen, die Obergrenze der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme in den Jahren 2015 und 2016 einzuhalten.

Auf Basis des vorgelegten Sanierungsprogramms und seiner Ergänzung kam der Evaluationsausschuss in seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass das Saarland die im Beschluss des Stabilitätsrats vom Mai 2013 enthaltene Aufforderung zur Verstärkung des Konsolidierungskurses in Bezug auf das Jahr 2014 umgesetzt habe. In der Ergänzung lege das Saarland dar, dass es die Obergrenze der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2015 und 2016 knapp einhalten werde. Vor diesem Hintergrund forderte der Stabilitätsrat das Land in seinem Beschluss auf, den angekündigten Sanierungskurs strikt weiter zu verfolgen und in seinem nächsten Bericht im Frühjahr die Umsetzung der in der Ergänzung

konkretisierten Maßnahmen darzustellen sowie im Herbst die Konkretisierung der weiteren geplanten Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen.

## Schleswig-Holstein

Das aktualisierte Sanierungsprogramm des Landes Schleswig-Holstein basiert auf den abgeschlossenen Haushaltsjahren 2011 und 2012, dem Haushaltssoll 2013, dem Haushaltsentwurf für 2014 sowie für die Jahre 2015 und 2016 auf dem Finanzplan vom August 2013. Der Sanierungsbericht sieht einen durchschnittlichen Zuwachs der Ausgaben um 2,2 % p.a. im Zeitraum von 2011 bis 2016 vor. Hinsichtlich der Einnahmeentwicklung im selben Zeitraum geht der Sanierungsbericht von einem Wachstum in Höhe von jahresdurchschnittlich 3,8 % aus. Die Schwerpunkte bei den Ausgabenentlastungen liegen u.a. beim Personalabbau, beim Rückzug des Landes aus der Mitfinanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Neuordnung der Hochschulmedizin. Eine einnahmeseitige Konsolidierungsmaßnahme ist die Anhebung der Grunderwerbsteuer um weitere 1,5 Prozentpunkte ab 2014. Darüber hinaus führen die Auswirkungen des Zensus im Jahr 2011 zu Mehreinnahmen, die ab 2015 zum Abbau des strukturellen Defizits eingesetzt werden sollen. Sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen geht das aktuelle Sanierungsprogramm von Werten aus, die über denen der letztjährigen Planung liegen. Die geplante Nettokreditaufnahme verringert sich zwar im aktuellen Sanierungsprogramm von 450 Mio. € im Jahr 2013 auf 19 Mio. € im Jahr 2016. Dabei wird jedoch durchweg von höheren Werten ausgegangen als noch im Herbst 2012 angenommen.

Der Evaluationsausschuss hält angesichts der für 2014 vorgesehenen Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen in beträchtlichem Umfang an seiner Bewertung fest, dass Schleswig-Holstein bei der Umsetzung seines Sanierungsprogramms weiterhin auf einem guten Weg sei, auch wenn die bereinigten Ausgaben stärker anstiegen,

ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

als vor dem Hintergrund des günstigen Zinsumfelds und der dargelegten Konsolidierungsmaßnahmen zu erwarten gewesen wäre. In seinem Beschluss begrüßte der Stabilitätsrat den Konsolidierungskurs in Schleswig-Holstein und , dass der durchgängig hohe Sicherheitsabstand Schleswig-Holstein nicht zu nachlassenden Konsolidierungsbemühungen verleiten sollte.

## 5 Zusammenfassung und Ausblick

Der Stabilitätsrat überprüfte in seiner achten Sitzung am 5. Dezember 2013 erstmals die Einhaltung der Obergrenze des strukturellen Finanzierungsdefizits für den Gesamtstaat und stellte fest, dass die Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in Höhe von 0,5 % des BIP mit deutlichem Abstand eingehalten werde. Zukünftig wird der Stabilitätsrat bei der gesamtstaatlichen Haushaltsüberwachung durch einen unabhängigen Beirat unterstützt, der sich am 5. Dezember 2013 konstituiert hat. Dieses Gremium wird seine Einschätzung zur Einhaltung der Defizitobergrenze erstmals in der neunten Sitzung des Stabilitätsrats im Mai 2014 abgeben.

Die Überprüfung der haushaltswirtschaftlichen Lage von Bund und Ländern im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung ergab, dass es beim Bund und bei den Ländern, die sich nicht im Sanierungsverfahren befinden, keine Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage gibt. Im Herbst 2014 wird die nächste Haushaltsüberprüfung stattfinden.

Hinsichtlich der Sanierungsländer wird in der kommenden Sitzung des Stabilitätsrats im Mai 2014 zum einen zu überprüfen sein, ob die Länder Berlin und Schleswig-Holstein ihre Konsolidierungskurse mit Blick auf den Abschluss des Verfahrens im Jahr 2016 erfolgversprechend fortgeführt haben. Zum anderen wird es Aufgabe des Saarlands sein, die strikte Verfolgung seines Konsolidierungskurses mit entsprechenden Konkretisierungen seiner Konsolidierungsmaßnahmen darzulegen; Bremen wird nachzuweisen haben, inwieweit es der Aufforderung des Stabilitätsrats zu einer Verstärkung seines Konsolidierungskurses nachgekommen ist.

Darüber hinaus wird der Stabilitätsrat in seiner nächsten Sitzung überprüfen, ob die Konsolidierungsländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ihre vereinbarten Defizitobergrenzen für das Jahr 2013 eingehalten haben. Die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen nach dem Konsolidierungshilfengesetz ist Voraussetzung für die Auszahlung von Konsolidierungshilfen in Höhe von jährlich insgesamt 800 Mio. €, die Bund und Länder hälftig tragen.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im Jahr 2013 um 0,4 % moderat zu. Der BIP-Anstieg resultierte aus positiven Wachstumsimpulsen von der Inlandsnachfrage, während der negative Beitrag der Nettoexporte dämpfte.
- Nach dem schwachen Winterhalbjahr 2012/2013 begann eine konjunkturelle Erholung, die sich den Indikatoren zufolge auch im Schlussquartal 2013 fortsetzte.
- Der Arbeitsmarkt erwies sich im Jahr 2013 als stabil. Im Jahresdurchschnitt stieg die Erwerbstätigenzahl um 0,6 % an. Die Zahl arbeitsloser Personen nahm jedoch leicht zu.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex fiel im Jahresdurchschnitt 2013 mit 1,5 % merklich geringer aus als im Jahr 2012. Rückläufige Preise für Mineralölprodukte und die Abschaffung der Praxisgebühr wirkten dämpfend.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit real + 0,4 % im Jahr 2013 moderat angestiegen. Dabei belastete das schwache Winterhalbjahr 2012/2013 das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt. Im weiteren Jahresverlauf kam es zu einer konjunkturellen Erholung, die sich den Indikatoren zufolge auch im Schlussquartal fortgesetzt hat.

Am aktuellen Rand zeichnen die Frühindikatoren für das Jahr 2014 ein positives Bild: Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen zeigt eine aufwärtsgerichtete Grundtendenz. Dies dürfte im weiteren Verlauf die Produktionstätigkeit begünstigen. Die Stimmung in den Unternehmen hat sich mehrmals verbessert. So erwärmte sich das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft im Januar den dritten Monat in Folge. Die Einkaufsmanager bewerteten – nach vorläufigen Berechnungen – die Lage im Januar sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich erneut optimistischer als im Vormonat. Auch die Stimmung der Konsumenten hat sich am Beginn dieses Jahres gemäß GfK-Umfrage zum Konsumklima weiter aufgehellt. Zusammengenommen signalisiert dies einen günstigen Einstieg der deutschen

Wirtschaft in das neue Jahr. Dabei sind auch weiterhin positive Impulse vom privaten Konsum zu erwarten.

Bereits im vergangenen Jahr wurde das Wirtschaftswachstum von der Binnennachfrage getragen. Die inländische Verwendung trug mit 0,7 Prozentpunkten zum BIP-Anstieg bei, während der negative Beitrag der Nettoexporte die Zunahme des BIP rein rechnerisch dämpfte (-0,3 Prozentpunkte). Der preisbereinigte Konsum der privaten Haushalte erwies sich als wichtigster Wachstumsträger; er trug mit 0,5 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität bei. Die privaten Konsumausgaben profitierten von deutlichen Einkommensverbesserungen, die insbesondere mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau sowie mit Tariflohnabschlüssen im Zusammenhang stehen. Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen um 3,1% gegenüber dem Vorjahr an. Auch eine spürbare Zunahme der Vermögens- und Gewinneinkommen der privaten Haushalte (+1,3%) trug zur Expansion der verfügbaren Einkommen bei. Hinzu kam ein nur moderater Preisniveauanstieg, was zur Erhöhung der Kaufkraft der Konsumenten beitrug. Beschäftigungsaufbau sowie Lohnsteigerungen schlugen sich im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

vergangenen Jahr in einer deutlichen Zunahme der Einnahmen aus der Lohnsteuer nieder. So lagen die Einnahmen aus der Lohnsteuer in der Bruttobetrachtung (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) im abgelaufenen Jahr um 4,9% über dem Ergebnis des Vorjahres.

Hinsichtlich der Investitionen konnte der Rückgang aus dem Jahr 2012 und dem 1. Quartal 2013 – trotz einer Erholung im weiteren Verlauf des vergangenen Jahres – nicht aufgeholt werden. Daher gingen die preisbereinigten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt noch zurück (-2,2 % und -0,3 % gegenüber dem Vorjahr). In beiden Sparten wirkte die Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit stützend, während die nichtstaatlichen Investitionen Einbußen verzeichneten.

Die Ausweitung der Binnennachfrage im vergangenen Jahr trug zu einem Anstieg der Importe bei (+1,3%), während die Exporte nur leicht zunahmen (+0,3%). Die Ausfuhren wurden durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld, insbesondere durch die wirtschaftliche Schwäche in den Krisenländern des Euroraums, belastet. Somit trugen die Nettoexporte rein rechnerisch nicht zum Wirtschaftswachstum bei. Angesichts einer sich bereits zum Jahresende abzeichnenden leicht anziehenden Weltkonjunktur könnte die Exporttätigkeit der deutschen Unternehmen bereits im 4. Quartal wieder etwas an Dynamik gewonnen haben.

Die ersten Ergebnisse zur BIP-Entwicklung im 4. Quartal 2013 werden vom Statistischen Bundesamt am 14. Februar 2014 veröffentlicht. Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen aber Entwicklungstendenzen wichtiger Aggregate und Wirtschaftsbereiche der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erkennen:

Im November 2013 waren die deutschen nominalen Warenexporte in saisonbereinigter Betrachtung den vierten Monat in Folge gestiegen und konnten damit die schwächere Ausfuhrtätigkeit in der 1. Jahreshälfte kompensieren. Die nominalen Warenexporte zeigen damit einen deutlichen Aufwärtstrend. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis im Zeitraum Januar bis November 2013 geringfügig unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus (- 0,5 %). Vor allem aus den nicht zum Euroraum gehörenden EU-Ländern zog die Nachfrage spürbar an (+ 2,0 %), während die Ausfuhren in Drittländer (- 0,8 %) und in den Euroraum (- 1,6 %) sanken.

Die saisonbereinigten nominalen Warenimporte gingen im November gegenüber dem Vormonat merklich zurück. Im Zweimonatsvergleich zeigte sich noch eine Aufwärtsbewegung. Im Zeitraum Januar bis November 2013 sanken die Einfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr sichtbar (-1,3 %). Am stärksten war der Importrückgang aus Drittstaaten (-4,6 %). Hierbei spielten die kräftig rückläufigen Importpreise – insbesondere für Rohöl – eine Rolle. Auch Importe aus dem Euroraum gingen leicht zurück (-0,4 %). Stützend wirkte die deutliche Ausweitung der Importe aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums (+2,6 %).

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) wies im Zeitraum Januar bis November 2013 einen Überschuss von 183,7 Mrd. € aus. Dieser lag um 5,8 Mrd. € über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug von Januar bis November 2013 insgesamt 175,9 Mrd. €. Das Vorjahresniveau wurde um 9,1 Mrd. € überschritten.

Es gibt deutliche Anzeichen für eine Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds in diesem Jahr. Damit dürfte ein Anziehen der Exporttätigkeit deutscher Unternehmen verbunden sein. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartete in seinem jüngsten Update des World Economic Outlook eine Ausweitung der weltwirtschaftlichen Aktivität von 3,7 % und damit eine leichte Beschleunigung gegenüber dem Anstieg des

## $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen <sup>1</sup>	Mrd.€		Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	2.Q.13	3.Q.13	4.Q.14	2.Q.13	3.Q.13	4.Q.14		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,5	+0,4	+0,7	+0,3		+0,9	+1,1			
jeweilige Preise	2 736	+2,6	+1,6	+0,5		+3,4	+3,3			
Einkommen										
Volkseinkommen	2112	+2,8	+2,5	+0,1		+4,1	+3,6			
Arbeitnehmerentgelte	1 417	+2,9	+0,8	+0,5		+2,7	+2,6			
Unternehmens- und										
Vermögenseinkommen	695	+2,8	+6,1	-0,5		+7,2	+5,5			
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 715	+2,1	+1,0	+0,9		+2,5	+3,0			
Bruttolöhne ugehälter	1 161	+3,1	+1,0	+0,4		+2,9	+2,8			
Sparen der privaten Haushalte	174	-1,4	+0,3	+1,0		-2,6	-0,2			
		2012			Veränderung ir	ı % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorpe	Vorjahr <sup>2</sup>						
Auftragseingänge	bzw. Index	in%	Okt 13	Nov 13	Zweimonats- durchschnitt	Okt 13	Nov 13	Zweimonats- durchschnitt		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 096	+3,3	+0,3	+0,3	+1,2	+0,7	+1,0	+0,9		
Waren-Importe	906	+0,4	+3,0	-1,1	+1,5	-1,5	-0,4	-0,9		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,2	-0,4	-1,2	+1,9	-0,6	+1,1	+3,5	+2,3		
Industrie <sup>3</sup>	107,5	-0,6	-1,1	+3,1	-0,1	+1,4	+4,7	+3,1		
Bauhauptgewerbe	105,8	-1,2	-0,7	-1,7	-1,9	+0,4	+0,0	+0,2		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>3</sup>	105,8	-0,6	-0,3	+3,5	+0,9	+1,6	+5,4	+3,5		
Inland	104,8	-1,6	-1,1	+3,0	-0,2	+0,1	+2,9	+1,5		
Ausland	107,0	+0,4	+0,5	+4,0	+2,1	+3,1	+7,9	+5,5		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>3</sup>	103,2	-3,8	-2,1	+2,1	+0,4	+2,0	+6,8	+4,4		
Inland	100,8	-5,6	-1,9	+1,9	-1,5	+1,9	+3,8	+2,8		
Ausland	105,1	-2,3	-2,2	+2,2	+1,9	+2,1	+9,1	+5,6		
Bauhauptgewerbe	108,9	+4,5	+3,9	+4,7	+4,9	-13,0	+14,1	-1,0		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,1	-0,7	+0,8	-0,2	+0,2	+1,1	+0,7		
Handel mit Kfz	103,4	-2,4	+1,3		+0,6	+3,3		+3,3		

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber		
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorpe	eriode saisor	Vorjahr				
	Mio.	ggu. voij. iii /	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	+1	+9	-15	+48	+55	+33	
Erwerbstätige, Inland	41,84	+0,6	+35	+23		+233	+242		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,27	+1,2	+37			+359			
		2013	Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100		ggü. Vorj. in %		Vorperio	le		Vorjahr		
20.0	Index	ggu. voij. iii /s	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	
Importpreise	105,9	-2,6	-0,7	+0,1	+0,0	-3,0	-2,9	-2,3	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,2	-0,1	+0,1	-0,7	-0,8	-0,5	
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	-0,2	+0,2	+0,4	+1,2	+1,3	+1,4	
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov13	Dez 13	Jan 14	
Klima	+4,5	+4,9	+7,8	+8,2	+7,7	+11,3	+11,4	+13,7	
Geschäftslage	+7,6	+8,7	+12,7	+11,4	+11,3	+13,1	+11,8	+13,3	
Geschäftserwartungen	+1,4	+1,1	+3,1	+5,1	+4,1	+9,5	+11,1	+14,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Jahresdurchschnitt: Stand Januar 2014; Quartale: Stand November 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Welt-BIP im vergangenen Jahr (+3,0%). Dabei dürften die Industriestaaten wieder einen stärkeren Wachstumsbeitrag leisten als in den vergangenen beiden Jahren. Insbesondere der Euroraum wird laut IWF in diesem Jahr wieder ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Von den Schwellenländern werden aufgrund struktureller Anpassungsprozesse kaum zusätzliche Impulse erwartet. Die IWF-Prognose wird vom fortgesetzten Anstieg des OECD Composite Leading Indicator gestützt. Der vorläufige Einkaufmanagerindex für den Euroraum ist im Januar spürbar angestiegen und signalisiert damit eine Erholung der Länder des Euroraums insgesamt zum Beginn dieses Jahres. Die deutschen Unternehmen gehen davon aus, dass sie von einem günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld profitieren. Dies zeigt sich in einem merklichen Anstieg der ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Januar. Bereits im Oktober/ November 2013 zeigten die Auftragseingänge aus dem Ausland einen deutlichen

Aufwärtstrend. Dabei fiel die Nachfrage aus dem Euroraum deutlich höher aus als aus den Ländern außerhalb des Euroraums.

Die Lage in der Industrie stellte sich im November 2013 deutlich günstiger dar als noch im Oktober. Beide Monate zusammengenommen zeichnet sich damit eine Fortsetzung der moderaten Erholung in der Industrie im 4. Quartal ab. So war die Industrieproduktion im November kräftig angestiegen, nachdem sie in den beiden Monaten zuvor rückläufig gewesen war (saisonbereinigt). Damit stagnierte die industrielle Erzeugung im Zweimonatsvergleich nahezu. Dies war vor allem auf eine Verringerung der Investitionsgüterproduktion zurückzuführen. Mit dem Anstieg der Herstellung von Investitionsgütern im November konnte der vorangegangene Rückgang in diesem Bereich nicht aufgeholt werden (Zweimonatsvergleich saisonbereinigt - 1,5 % gegenüber der Vorperiode). Die Vorleistungs-

 $<sup>^2</sup>$  Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

güterproduktion war dagegen deutlich aufwärtsgerichtet (+1,4%). Der Umsatz in der Industrie verzeichnete im November ein kräftiges Plus gegenüber dem Vormonat. Im Zweimonatsvergleich stieg der Umsatz merklich an, was ausschließlich auf einen Umsatzzuwachs auf dem ausländischen Markt zurückzuführen war, während der Inlandsumsatz geringfügig nachgab.

Die Ergebnisse der Industrieproduktion und des industriellen Umsatzes sprechen zusammen mit den leicht optimistischeren Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Situation in der gewerblichen Wirtschaft (ifo Geschäftslage im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezemer 2013) für eine moderate Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Schlussquartal 2013.

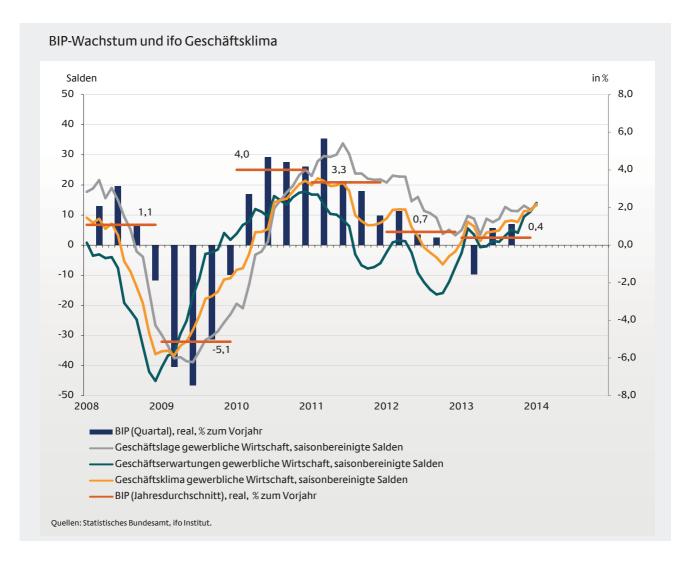
Die in die Zukunft weisenden Indikatoren signalisieren, dass in den nächsten Monaten weiterhin Wachstumsimpulse von der Industrie zu erwarten sind. So zeigen die Auftragseingänge in der Industrie in saisonbereinigter Betrachtung eine aufwärtsgerichtete Grundtendenz. Im November war der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe – insbesondere aufgrund eines überdurchschnittlichen Volumens an Großaufträgen – saisonbereinigt deutlich angestiegen. Hierzu trugen sowohl eine Zunahme von Inlands- als auch Auslandsorders bei. Besonders kräftig nahm der Auftragseingang im Investitionsgüterbereich zu. Im Zweimonatsdurchschnitt verlor die Aufwärtsbewegung der Bestellungen insgesamt jedoch an Tempo, was vor allem auf den Rückgang der Inlandsorder in diesem Zeitraum zurückzuführen war. Die spürbare Ausweitung der Produktion von Vorleistungsgütern ist ebenfalls ein Indiz für eine zukünftige Zunahme der industriellen Erzeugung. Neben den "härteren" Indikatoren signalisiert auch die Stimmungsverbesserung der Unternehmen eine günstige Entwicklung der industriellen Aktivität in den nächsten Monaten. Die ifo Geschäftserwartungen für das Verarbeitende Gewerbe waren im Januar den dritten Monat in Folge angestiegen.

Auch die Investitionen dürften sich weiter erholen. Dafür spricht, dass sich der Saldo der ifo Produktionspläne für Investitionsgüter im 4. Quartal auf dem höchsten Niveau seit dem 2. Vierteljahr 2011 befand. Darüber hinaus deutet der Anstieg des vorläufigen Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe sowie die Verbesserung der ifo Geschäftslage für diesen Wirtschaftsbereich auf einen günstigen Einstieg der Industrie in das 1. Quartal 2014 hin.

Die Bauproduktion wurde im November den vierten Monat in Folge zurückgefahren. Im Zweimonatsvergleich ist die Bauproduktion abwärtsgerichtet. Daran waren alle drei Teilbereiche – Hoch-, Tiefbau und Ausbaugewerbe – beteiligt. Von der Bauproduktion waren im 4. Quartal wohl keine positiven Impulse ausgegangen. Angesichts einer deutlichen Verbesserung der ifo Geschäftserwartungen im Baugewerbe und eines kräftigen Anstiegs der Auftragseingänge in diesem Sektor dürfte in den folgenden Monaten mit einer Ausweitung der Bauproduktion zu rechnen sein. Zwar waren die Baugenehmigungen im Hochbau im Oktober/November gegenüber August/ September rückläufig. Aber sie befinden sich nach wie vor - vor allem gestützt durch die Baugenehmigungen im Wohnungsbau – auf einem hohen Niveau.

Der Konsum der privaten Haushalte dürfte im Schlussquartal stabil gewesen sein. Darauf deutet die verhaltene Entwicklung der entsprechenden Indikatoren hin. Die Stimmung der Einzelhändler (ifo Geschäftslage im Einzelhandel) und Konsumenten (GfK-Konsumklima) war zwar optimistisch, sie verbesserte sich aber erst im Dezember deutlich. Der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge war im November merklich angestiegen. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich jedoch nahezu eine Seitwärtsbewegung. Die Einzelhandelsumsätze mit Kraftfahrzeugen dürften im 4. Quartal dagegen ausgeweitet worden sein, wie das Plus der Neuzulassungen für private Kraftfahrzeuge (+1,8 % gegenüber dem Vorquartal) für den gleichen Zeitraum

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



signalisiert. Die Indikatoren für die weitere Entwicklung des privaten Konsums deuten auf eine dynamischere Entwicklung der privaten Konsumausgaben im 1. Quartal 2014 hin. Dies lässt beispielsweise der Anstieg des RWI-Konsumindikators erwarten. Auch die Komponenten des GfK-Konsumklimas wie das hohe Niveau der Einkommenserwartungen sowie die Zunahme der Anschaffungsneigung deuten in diese Richtung. Der fortgesetzte Rückgang der Sparneigung unterstützt diese Erwartung. Die Abnahme der Sparneigung ist insbesondere auf die niedrigen Zinsen zurückzuführen. Da es sich nicht lohnt, Geld anzulegen, sind die Verbraucher eher bereit, größere Anschaffungen zu tätigen. Zudem sind auch die Finanzierungskonditionen hierfür günstig. Eine wichtige Basis für

die Stimmungsverbesserung der Konsumenten sind aber ebenfalls der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau und damit im Zusammenhang stehende Einkommensverbesserungen sowie die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres, die auch in diesem Jahr zu höheren Lohneinkommen führen werden.

Der Arbeitsmarkt präsentierte sich im Jahresdurchschnitt 2013 – bei moderatem Wirtschaftswachstum – stabil. Dies zeigt vor allem der deutliche Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 0,6 % auf 41,84 Millionen Personen (Inlandskonzept). Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus nahezu halbiert im Vergleich zu +1,1 % im Jahr 2012. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Jahresdurchschnitt 2013 kräftig zu (+1,2% beziehungsweise +348 000 Personen), allerdings ebenfalls mit geringerer Dynamik als zuvor. Eine Abflachung der Zunahme war angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus zu erwarten gewesen.

Trotz des deutlichen Beschäftigungsaufbaus kam es zu einem leichten Anstieg der Zahl arbeitsloser Personen auf 2,95 Millionen Personen (+53 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Die Arbeitslosenquote nahm marginal um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9% zu. Zum einen dürfte der Anstieg der Zuwanderung zur Ausweitung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Ein Indiz hierfür ist, dass die Arbeitslosigkeit von Ausländern im Jahresdurchschnitt 2013 um 6 % zugenommen hat, während die von Deutschen um 1% zunahm. Zum anderem war es auch zu einer Verringerung des arbeitsmarktpolitischen Instrumenteneinsatzes gekommen. Hinzu kommt, dass laut der Bundesagentur für Arbeit die Profile der Arbeitsuchenden hinsichtlich Qualifikation, Beruf und Region vielfach nicht mit den angebotenen Jobs zusammenpassen. Dennoch konnte die Wirtschaft auch von einer Ausweitung des Arbeitsangebots profitieren. Der demografisch bedingte Rückgang des heimischen Arbeitskräfteangebots wurde sowohl durch den Anstieg des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland, insbesondere Süd- und Osteuropa, als auch durch eine gestiegene Erwerbsneigung der Inländer, vor allem von Frauen und Älteren, mehr als kompensiert. So erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Ausländern um 6,9 % (darunter + 16,6 % aus den neuen osteuropäischen Ländern der EU und den europäischen Krisenländern). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nahm um 1,3 % zu (Männer + 0,3%). In aktuellen Prognosen nationaler und internationaler Institutionen für 2014 wird von einem weiter robusten Arbeitsmarkt in Deutschland ausgegangen. Die Arbeitslosigkeit dürfte leicht abnehmen, während ein weiterer Anstieg der Erwerbstätigkeit erwartet wird.

Der Verbraucherpreisindex überschritt im Jahresdurchschnitt 2013 das Vorjahresniveau um 1,5 %. Im Dezember war das Verbraucherpreisniveau um 1,4 % höher als im Vorjahresmonat. Damit nahm die Teuerungsrate seit Oktober 2013 den zweiten Monat in Folge wieder etwas zu, nachdem sie sich von Juli bis August von 1,9 % auf 1,2 % verringert hatte.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex fiel im Jahresdurchschnitt 2013 merklich geringer aus als im Jahr 2012 (+2,0%). Die Inflation wurde im vergangenen Jahr vor allem durch die rückläufige Entwicklung der Preisniveaus für leichtes Heizöl (-6,0%) und Kraftstoffe (-3,4%) gedämpft. Dies steht im Zusammenhang mit dem Rückgang des Ölpreises und anderer Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt - insbesondere aufgrund der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik. So lag der Ölpreis in US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent im Jahresdurchschnitt deutlich unter dem Vorjahresniveau (-2,5%). Gleichzeitig wertete der Euro auf, was zum Rückgang der Importpreise, insbesondere auch von Rohöl, beitrug. Auch die Abschaffung der Praxisgebühr dämpfte den Anstieg des Verbraucherpreisniveaus. Der Preisniveauanstieg für Strom (+11,9%) infolge der Erhöhung der EEG-Umlage stand einer weiteren Abschwächung der jährlichen Inflation entgegen. Darüber hinaus zogen die Nahrungsmittelpreise spürbar an (+4,4%), ab Jahresmitte jedoch mit abnehmender Dynamik.

Auch in diesem Jahr dürfte die Preisniveauentwicklung in Deutschland in ruhigen Bahnen verlaufen. Dafür spricht zunächst der bis zuletzt anhaltende Rückgang des Import- und Erzeugerpreisniveaus im Vergleich zum Vorjahr. Im Zuge der Erholung der Weltwirtschaft und der Fortsetzung der konjunkturellen Expansion in Deutschland dürfte die Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe jedoch etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Hiervon gehen auch die jüngsten Prognosen der nationalen und internationalen Institutionen aus, die einen Preisniveauanstieg in einer Spanne von 1,3 % bis 2,1% für 2014 erwarten.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2013

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2013 im Vorjahresvergleich um 3,4% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 4,6 %. Die Bundessteuern sanken hingegen um 1,7 %, während die Ländersteuern einen Zuwachs von 14,5 % verzeichnen. Die Einnahmen des Bundes nahmen um 0,7 % ab; sie wurden durch die aus dem Steueraufkommen des Bundes zu leistenden, gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich höheren EU-Abführungen geschwächt. Der Zuwachs der Einnahmen der Länder betrug insgesamt 4,1%.

Kumuliert konnten im Kalenderjahr 2013 die Einnahmen des Bundes das Vorjahresniveau um 1,4% übertreffen, während das Ergebnis bei den Ländern um 3,3 % höher lag. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+ 6,8 %). Die EU-Eigenmittelabführungen stiegen insgesamt um 18,2 %. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu einer entsprechend stärkeren Minderung der Einnahmen des Bundes. Da auch die Bundessteuern im Jahresverlauf nur einen geringen Zuwachs (0,7%) aufwiesen, während die Ländersteuern um 10,7% zunahmen, entwickelten sich die Einnahmen des Bundes schwächer als die Einnahmen der Länder. Die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Bundesergänzungszuweisungen konnten dies nur teilweise ausgleichen.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Dezember 2013 um 6,0 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 0,7 %) blieben leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 5,1 % auf. Die Einnahmeentwicklung im Dezember steht im Zusammenhang mit der im

bisherigen Jahresverlauf anhaltend guten Beschäftigungslage; ferner begünstigten Lohnzuwächse das Lohnsteueraufkommen. Im Kalenderjahr 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,1%.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto überschritten im Vorauszahlungsmonat Dezember 2013 das Ergebnis des Vorjahresmonats um 7,6 %. Dabei erhöhten sich die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 11,7%. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich um 7,3 % auf nunmehr 11,5 Mrd. €. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch die Vorauszahlungen getragen, die von einem bereits hohen Niveau nochmals um circa 7% anstiegen. Auch die Nachzahlungen verzeichneten starke Zuwächse (circa 20%), während die Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) nur um circa 8 % zunahmen. In kumulierter Betrachtung für das Kalenderjahr 2013 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 13,5 %.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verbesserten sich im Berichtsmonat Dezember 2013 um 8,8 % auf nunmehr 6,2 Mrd. €. Die Vorauszahlungen gingen im Dezember leicht um circa 2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Im Gesamtjahr stiegen die Vorauszahlungen insgesamt jedoch um circa 5 % an. Die Nachzahlungen verdoppelten sich aufgrund eines großen Betriebsprüfungsfalls, während die Erstattungen um circa 5 % zunahmen. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer stieg im Kalenderjahr 2013 um 15,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto sanken im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,5 %. Da sich im Vergleich zum Vorjahr

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2013

## Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2013	Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	20 756	+6,0	158 198	+6,1	157 800	+5,9
veranlagte Einkommensteuer	11 517	+7,3	42 280	+13,5	41 750	+12,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1518	-3,7	17 259	-14,0	17 200	-14,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	675	+20,1	8 664	+5,2	8 550	+3,8
Körperschaftsteuer	6 2 0 7	+8,8	19 508	+15,2	19 840	+17,2
Steuern vom Umsatz	17 250	+0,7	196 843	+1,1	197 450	+1,4
Gewerbesteuerumlage	821	-2,4	3 802	-0,7	3 914	+2,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	746	-2,8	3 251	-1,7	3 322	+0,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	59 489	+4,6	449 805	+3,8	449 826	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	8 281	-1,2	39 364	+0,2	39 400	+0,2
Tabaksteuer	1 649	-10,3	13 820	-2,3	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	216	-1,2	2 102	-0,9	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	513	+2,8	11 553	+3,7	11 575	+3,9
Stromsteuer	428	-25,5	7 009	+0,5	7 050	+1,1
Kraftfahrzeugsteuer	567	+5,0	8 490	+0,6	8 520	+0,9
Luftverkehrsteuer	104	+29,5	978	+3,2	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	1 285	-18,5	1 300	-17,6
Solidaritätszuschlag	2 244	+6,3	14378	+5,5	14300	+5,0
übrige Bundessteuern	135	-6,0	1 474	-3,2	1 483	-2,5
Bundessteuern insgesamt	14 137	-1,7	100 454	+0,7	100 638	+0,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	444	+41,1	4 633	+7,6	4 508	+4,7
Grunderwerbsteuer	650	+7,4	8 394	+13,6	8 460	+14,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	116	-2,4	1 635	+14,2	1 640	+14,6
Biersteuer	43	-18,5	669	-4,0	674	-3,2
Sonstige Ländersteuern	37	+4,8	391	+3,2	394	+3,9
Ländersteuern insgesamt	1 290	+14,5	15 723	+10,7	15 676	+10,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	332	-4,2	4 2 3 1	-5,2	4 200	-5,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	118	-43,5	2 083	+2,7	2 180	+7,5
BNE-Eigenmittel	3 3 6 3	+67,7	24787	+25,0	24750	+24,8
EU-Eigenmittel insgesamt	3 813	+48,9	31 101	+18,2	31 130	+18,3
Bund <sup>3</sup>	35 808	-0,7	259 866	+1,4	259 990	+1,4
Länder <sup>3</sup>	30 361	+4,1	244 206	+3,3	244 320	+3,4
EU	3 813	+48,9	31 101	+18,2	31 130	+18,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	5 266	+6,3	35 040	+6,8	34 899	+6,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	75 248	+3,4	570 213	+3,3	570 340	+3,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $<sup>^3\,</sup>Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vergleiche\,Fn.\,1).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2013.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2013

die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern fast halbierten, ergab sich für das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag nur ein Rückgang um 3,7%. Im Kalenderjahr 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt um 14,0% unter dem Vorjahresergebnis. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr das Aufkommen durch Sondereffekte stark erhöht worden war. Nach Bereinigung des Basisjahres um die Sondereffekte ergibt sich ein leichter Anstieg um circa 3%.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichnet im Dezember 2013 einen Anstieg um 20,1%. Im Kalenderjahr 2013 wurde ein Aufkommenszuwachs von 5,2% erreicht.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Dezember 2013 das Vorjahresniveau um lediglich 0,7 %. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich mit 7,5 % wieder deutlich stärker fort. Demgegenüber stieg das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um 3,4 %. Die Steuern vom Umsatz lagen im Kalenderjahr 2013 insgesamt um 1,1 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Dezember 2013 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen von 1,7 %. Die teilweise erheblichen Rückgänge bei der Tabaksteuer (-10,3 %), der Stromsteuer (-25,5 %) und der Energiesteuer (-1,2 %) konnten durch die Zuwächse beim Solidaritätszuschlag (+6,3 %), bei der Kraftfahrzeugsteuer (+5,0 %), der Versicherungsteuer (+2,8 %) und der Luftverkehrsteuer (+29,5 %) nicht kompensiert werden. Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden keine Einnahmen erzielt. Im Kalenderjahr 2013 erreichten die Bundessteuern insgesamt einen Aufkommensanstieg von 0,7 %.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,4% zu. Getragen wurde diese Entwicklung von der Erbschaftsteuer (+41,1%) und - wie in den Vormonaten von der Grunderwerbsteuer. Sie konnte auch im Dezember 2013 einen Zuwachs von 7,4% verzeichnen. Dabei schlugen Steuersatzanhebungen sowie Steigerungen von Immobilienpreisen und -käufen zu Buche. Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer stieg um +4,9%. Neben der Rennwett- und Lotteriesteuer (-2,4%) verfehlte auch die Biersteuer (-18,5%) das Vorjahresergebnis. Im Kalenderjahr 2013 verzeichneten die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Anstieg von 10,7%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

## Finanzierungssaldo

Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2013 ergibt sich für das vergangene Jahr ein Finanzierungsdefizit von 22,3 Mrd. €. Unter Berücksichtigung der Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen ergibt sich eine Neuverschuldung von 22,1 Mrd. €; damit wurden 3,0 Mrd. € weniger neue Schulden aufgenommen als geplant. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 verringert sich die Nettokreditaufnahme trotz der Sonderbelastung durch die Fluthilfe um 0,4 Mrd. €.

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushaltsjahr 2013 auf 307,8 Mrd. € und lagen damit 2,2 Mrd. € niedriger als veranschlagt. Dies lag u. a. an erheblichen Minderausgaben bei den Gewährleistungen sowie im Verteidigungshaushalt. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 mit Gesamtausgaben in Höhe von 306,8 Mrd. € stiegen die Ausgaben insgesamt nur leicht um 1,1 Mrd. € (0,3 %).

## Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes (ohne Umlaufmünzen) addierten sich im Haushaltsjahr 2013 auf 285,5 Mrd. € und lagen somit in der Summe um 0,9 Mrd. € über den Planungen. Gegenüber dem Ergebnis von 2012 ergab sich eine Steigerung um 1,4 Mrd. € (0,5%). Während die Steuereinnahmen 2013 mit 259,8 Mrd. € um 0,8 Mrd. € unter dem Soll blieben, lagen sie dagegen im Vorjahresvergleich um 3,7 Mrd. € (1,5%) über dem Ergebnis von 2012. Im Bereich der Verwaltungseinnahmen wurden die Erwartungen um 1,7 Mrd. € übertroffen. Dies

lag insbesondere an zweckgebundenen EU-Einnahmen.

## Sondervermögen SoFFin, EKF und Kinderbetreuungsausbau

Für den Europäischen Stabilitätsmechanismus wurden 8,7 Mrd. € und für die Errichtung des Sondervermögens Flut-Aufbauhilfe 8 Mrd. € bereitgestellt.

Zum 31. Dezember 2013 hat der "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" (SoFFin) Rekapitalisierungsmaßnahmen für vier Unternehmen in Höhe von 17,1 Mrd. € ausstehen sowie Verlustausgleiche an eine von zwei Abwicklungsanstalten mit einem Volumen von 9,3 Mrd. € geleistet.

Der Energie- und Klimafonds (EKF) konnte im Jahr 2013 Einnahmen (einschließlich Entnahmen aus der Rücklage) in Höhe von 969 Mio. € verbuchen, wovon knapp 774 Mio. € aus Erlösen aus der Versteigerung von CO2-Emissionszertifikaten stammen. Dem standen Programmausgaben in Höhe von 875 Mio. € gegenüber. Der Rücklage 2013 wurden 94 Mio. € zugeführt, die 2014 wieder zur Verfügung stehen.

Beim "Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau" hat der Bund Ende 2012 und
Anfang 2013 die gesetzlichen Voraussetzungen
dafür geschaffen, dass für den Ausbau der
Kleinkinderbetreuung mit der Einrichtung
weiterer 30 000 Betreuungsplätze begonnen
werden konnte. Hierfür stehen 580,5 Mio. €
zur Verfügung. Diese ergänzen die
2,15 Mrd. €, die der Bund seit 2007 über dieses
Sondervermögen zur Verfügung gestellt
hat und die ursprünglich bis 2013 investiert
werden sollten.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Dezember 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	307,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,3
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	285,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	259,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-22,3
Finanzierung durch:	22,8	25,4	22,3
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	0,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,3
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,5	25,1	22,1

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	S	oll <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung
	2	013	Januar bis Dezember 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	72 647
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6181	2,0	5 899
Verteidigung	32 807	10,6	32 269
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	13 205
Finanzverwaltung	3 8 7 8	1,3	3 865
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	18 684
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	2 686
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	10 150
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	145 706
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	98 701
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	C
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	32 680
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	19 484
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	1,5	4 685
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	6 548
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	2 340
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	1 633
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	2 304
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	1 660
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	904
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	3 900
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	796
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und	1 576	0,5	1 492
Baugewerbe Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	16 406
Straßen	7 196	2,3	7 399
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	4 597
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	46 017
Zinsausgaben	31 596	10,2	31 302
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	307 843

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## ${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	st	Sc	oll <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	
	20	012	20	013	Januar bis Dezember 2012	Januar bis Dezember 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	270 451	274 366	+1,4
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	28 046	28 575	+1,9
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	20 619	20938	+1,5
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	7 427	7 637	+2,8
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	23 703	23 152	-2,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	1384	1 453	+5,0
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	10 287	8 550	-16,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	12 033	13 148	+9,3
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	30 487	31 302	+2,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	187 734	190 781	+1,6
an Verwaltungen	17 090	5,6	27419	8,8	17 090	27 273	+59,6
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	170 644	163 508	-4,2
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	24 225	25 024	+3,3
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,5	26 307	27 055	+2,8
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	113 424	103 693	-8,6
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	480	555	+15,6
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	36 324	33 477	-7,8
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	28 564	25 582	-10,4
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,7	15 524	14772	-4,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	2 736	2 032	-25,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	3,4	8 862	2,9	10 304	8 778	-14,8
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	7 760	7 895	+1,7
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	6 147	6 2 6 4	+1,9
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	983	1 020	+3,8
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	629	611	-2,9
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	306 775	307 843	+0,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

## ${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2013

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	ls	it	So		Ist - Ent	wicklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis Dezember 2012	Januar bis Dezember 2013	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio.€	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	,
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	256 086	259 807	+1,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	205 843	213 199	+3,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	101 092	107 340	+6,2
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	63 136	67 174	+6,4
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16852	5,9	15 838	17 969	+13,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7742	2,7	10028	8 631	-13,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4141	1,5	3 623	3 812	+5,2
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	8 467	9 754	+15,2
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	103 165	104283	+1,1
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	1 587	1 575	-0,8
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	39 305	39 364	+0,2
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	14 143	13 820	-2,3
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	13 624	14378	+5,5
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	11 138	11 553	+3,7
Stromsteuer	6973	2,5	6 400	2,2	6973	7 009	+0,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	8 443	8 490	+0,6
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	1 577	1 285	-18,5
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	2 123	2 104	-0,9
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	1 054	1 021	-3,1
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	948	978	+3,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-11 621	-10 792	-7,1
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-19826	-24 787	+25,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-2 027	-2 083	+2,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-7 085	-7 191	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	27 870	25 645	-8,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 0	1,6	5 5 1 1	1,9	4 5 6 0	4886	+7,1
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	263	191	-27,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	5 183	5 9 7 8	+15,3
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	283 956	285 452	+0,5

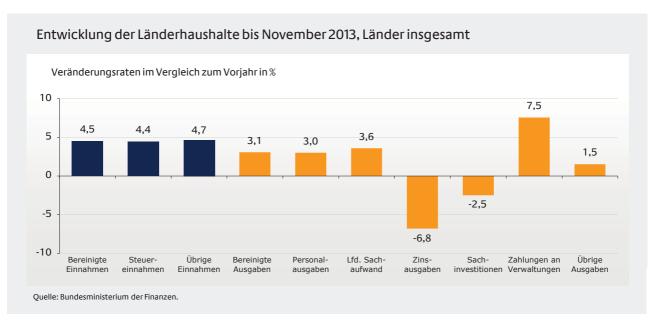
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2013.

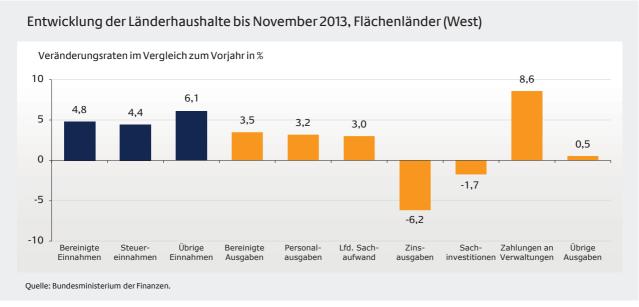
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013

## Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013

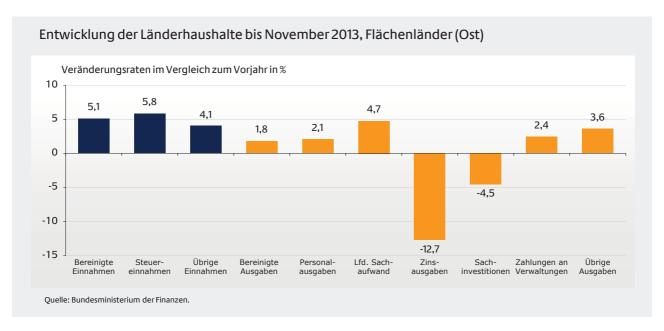
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich November 2013 vor.

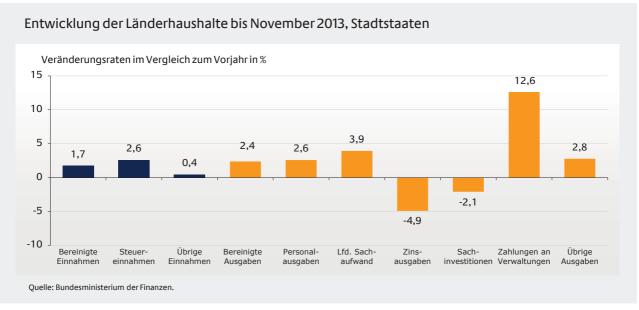
Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende November weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 8,5 Mrd. € um rund 3,3 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 %, während die Einnahmen um 4,5 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,2 %. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 11,9 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Dezember durchschnittlich 2,89 % (2,83 % im November).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Dezember 1,95 % (1,69 % Ende November).

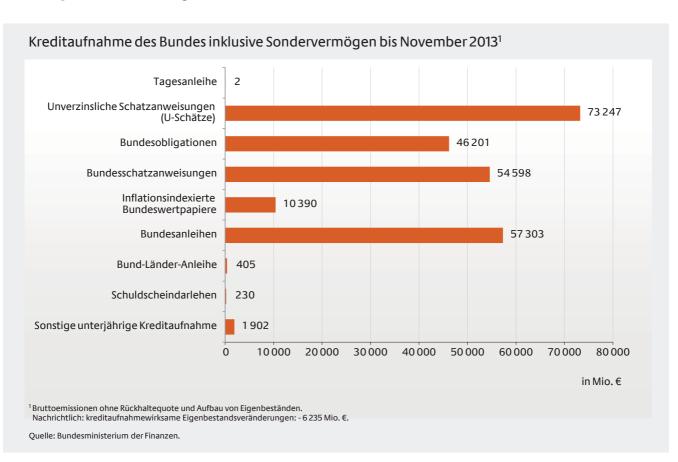
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Dezember auf 0,29 % (0,23 % Ende November).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 9. Januar 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 552 Punkte am 30. Dezember (9 405 Punkte am 29. November). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 087 Punkten am 29. November auf 3 109 Punkte am 31. Dezember.

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im November bei 1,5 % nach 1,4 % im Oktober und 2,0 % im September.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von September bis November 2013 bei 1,7 %, verglichen mit 1,9 % in der Vorperiode.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat November auf - 1,6 % nach - 1,4 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,11% im November gegenüber - 0,52% im Oktober.

## Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

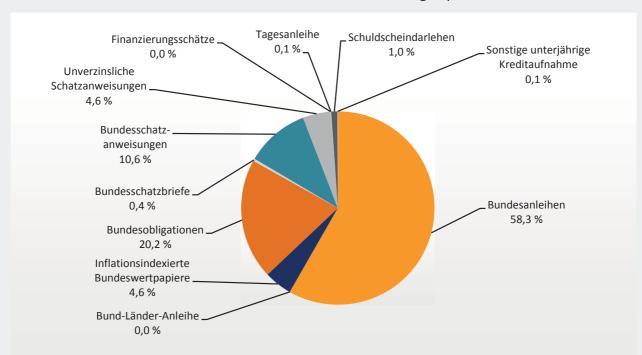
Bis einschließlich November 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 244,3 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 238,4 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 10,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 2,1 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 6,2 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 248,0 Mrd. € (davon 217,4 Mrd. € Tilgungen und 30,6 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 3,7 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 231,7 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 9,3 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 3,2 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. November 2013



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1165,4 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 47,5 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Inflations indexierte Bundes wert papiere	-	-	-	11,0	-	-	-	-	-	-	-		11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	22,0	-		-	-		46,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-	16,0	-		33,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	-	-	17,0	-	-		52,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	7,0	7,2	7,0	7,0	7,0		69,2
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6	0,0	0,2	0,1		2,1
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,2
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,3
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0	-	0,0	-	-		0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	-	-	0,7	-	-		3,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	29,4	7,8	24,7	23,2	7,2		217,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. ‡	Aug €	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	12,3	0,1	0,6	1,7	0,4		30,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001102325 WKN 110232	Aufstockung	2. Oktober 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	9. Oktober 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN113743	Aufstockung	16. Oktober 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	23. Oktober 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	6. November 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN 113744	Neuemission	13. November 2013	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE00011002325 WKN 110232	Aufstockkung	27. November 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	4. Dezember 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN113744	Aufstockung	11. Dezember 2013	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
			4. Quartal 2013 insgesamt	42 Mrd. €	42 Mrd. €

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119923 WKN 111992	Neuemission	14. Oktober 2013	6 Monate/fällig 16. April 2014 3 Mrd. €	3 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119931 WKN 111993	Neuemission	28. Oktober 2013	12 Monate/fällig 29. Oktober 2014	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119949 WKN 111994	Neuemission	11. November 2013	6 Monate/fällig 14. Mai 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119956 WKN 111995	Neuemission	25. November 2013	12 Monate/fällig 26. November 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
			4. Quartal 2013 insgesamt	12 Mrd. €	12 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	8. Oktober 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	12. November 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			4. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,0 Mrd. €	2 Mrd. €

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 17. und 18. Dezember 2013 in Brüssel

Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschaftsund Finanzminister der Eurogruppe am 17. Dezember 2013 in Brüssel standen die Backstop-Regelungen für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM). Im Hinblick auf eine möglichst breit abgestimmte Position für die anschließenden Beratungen im ECOFIN-Rat wurden einzelne Aspekte hierzu erörtert.

Am Rande der Eurogruppe trafen sich auch das Direktorium und der Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Das Direktorium stimmte der Auszahlung von 100 Mio. € an Zypern zu, nachdem die zweite Programmüberprüfung positiv ausgefallen war und der Gouverneursrat dem aktualisierten Memorandum of Understanding zugestimmt hatte.

Kernthema des ECOFIN-Rats am 18. Dezember 2013 war der Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus.

Die erzielte Einigung über die allgemeine Ausrichtung enthält folgende wesentliche Regelungen:

- Sichere Rechtsgrundlage: Neben Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union als Rechtsgrundlage für die Abwicklungsbehörde (Board) werden die Regelungen zur Finanzierung und Vergemeinschaftung eines künftigen europäischen Abwicklungsfonds in einer intergouvernementalen Vereinbarung getroffen, die im März 2014 präzisiert werden soll.
- Abwicklungsfinanzierung: Im europäischen Abwicklungsfonds sollen binnen zehn

Jahren Mittel in Höhe von 1% der gesicherten Einlagen (nach Schätzung der Europäischen Kommission rund 55 Mrd. €) gesammelt werden. Die Bankenabgaben werden national eingesammelt und dann auf nationale Abteilungen (Compartments) des Europäischen Abwicklungsfonds transferiert und dort schrittweise vergemeinschaftet. Rechtsgrundlage für den Transfer und die Vergemeinschaftung wird eine noch auszuarbeitende intergouvernementale Vereinbarung sein. Grundsätzlich müssen alle Banken einzahlen; das Proportionalitätsprinzip im Rahmen der Beitragserhebung soll eine angemessene Entlastung kleinerer Banken sicherstellen. Die Details sind noch festzulegen.

- Die Haushaltssouveränität der Mitgliedstaaten bleibt gewährleistet, d. h. der Einheitliche Abwicklungsmechanismus kann keine Entscheidungen zulasten der Budgets von Mitgliedstaaten treffen.
- Übernahme der Haftungskaskade entsprechend der Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Finanzinstituten (BRRD): Vor der Nutzung des Abwicklungsfonds bedarf es einer privaten Verlustbeteiligung in Höhe von mindestens 8 % der Bilanzsumme. Dazu wurde der Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Regelungen von SRM und BRRD auf 2016 angeglichen. Die BRRD-Haftungskaskade wird damit deutlich früher gelten als bisher besprochen (2018).
- Hohe Hürden für Fondsnutzung: Die neue EU-Abwicklungsbehörde (Board) in der Besetzung aller am SRM beteiligten Mitgliedstaaten und der Experten (= Plenum) muss immer entscheiden, wenn der Abwicklungsfonds in größerem Umfang (20 % der eingezahlten Mittel bei Liquiditätsgarantie/10 % für jede andere Entscheidung über Fondsnutzung

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

beziehungsweise über 5 Mrd. € p. a.) beansprucht werden soll oder Kredite aufnehmen will. In diesen Fällen gilt die doppelte Hürde einer Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder und mindestens 50 % der nach Beiträgen gewichteten Stimmen.

- Abwicklungsentscheidungen werden im Board getroffen. Die Europäische Kommission hat die ex-post-Kontrolle. Wenn sie Entscheidungen des Board ablehnt, entscheidet der Rat (EU-28). Das Verfahren ist so ausgestaltet, dass eine zügige und effiziente Entscheidung möglich ist.
- Für kleinere, rein nationalen Behörden:
  Für kleinere, rein nationale Banken bleiben
  Abwicklungsplanung und Abwicklung
  bei den nationalen Behörden (solange
  keine Fondsmittel benötigt werden).
  Das Board erhält Kontroll- und Eintrittsrechte, vergleichbar den Rechten für
  die Europäische Zentralbank aus der
  Aufsichts-Verordnung (Single Supervisory
  Mechanism).
- Backstop: Wenn während der zehnjährigen Aufbauphase des Abwicklungsfonds

die eingezahlten Abgaben nicht reichen, steht der Mitgliedstaat in der Verantwortung. Der ESM steht nur im Rahmen seiner vereinbarten Verfahren zur Verfügung, d. h. als letztes Mittel auf Antrag eines Mitgliedstaats und nur gegen Konditionalität.

Mit der Einigung der Finanzminister auf einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus, die von den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 20. Dezember 2013 in Brüssel begrüßt wurde, wird eine Grundlage für europäische Abwicklungsentscheidungen für einzelne Banken und deren operative Umsetzung geschaffen. In diesem Zusammenhang wird über die kommenden zehn Jahre aus Beiträgen des Bankensektors ein Fonds aufgebaut, um Abwicklungsentscheidungen zu flankieren. Die Trilog-Verhandlungen zur SRM-Verordnung sollen noch in der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments abgeschlossen werden. Die Verhandlungen über die intergouvernementale Vereinbarung sollen im März 2014 beendet werden; Verordnung und intergouvernementale Vereinbarung sollen 2016 in Kraft treten.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

## Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

13./14. Februar 2014	Europäischer Rat in Brüssel
17./18. Februar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
22./23. Februar 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Sydney
10./11. März 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
20./21. März 2014	Europäischer Rat in Brüssel
1./2. April 2014	Informeller ECOFIN in Athen
11. April 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
11. bis 13. April 2014	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
5./6. Mai 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
15./16. Mai 2014	Europäischer Rat in Brüssel
133/10:11/11/2011	zarapanoria naemorassa.

# Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Februar 2014	Januar 2014	21. Februar 2014
März 2014	Februar 2014	25. März 2014
April 2014	März 2014	22. April 2014
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^{1}$  Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

## Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	71
1	Kreditmarktmittel	71
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	77
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den	
	Haushaltsjahren 2008 bis 2013	78
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2013	80
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	84
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	86
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	90
12	Entwicklung der Staatsquote	91
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	92
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	95
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	96
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	97
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	98
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	99
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	100
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	101
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	102
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	102
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und	
	der Länder bis November 2013	103
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2013	105

## ☐ Statistiken und Dokumentationen

Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	109
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	110
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	112
4	Bruttoinlandsprodukt	113
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	115
6	Kapitalstock und Investitionen	119
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
8	Preise und Löhne	121
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	124
3	Außenwirtschaft	125
4	Einkommensverteilung	126
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	127
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	128
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	129
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	130
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	131
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	132
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	133
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	137

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Oktober 2013	Zunanne	Abilalilie	30. November 2013
Glieder	ung nach Schuldenarte	en		
Inflations indexier te Bundes wert papiere	53 000	1 000	0	54000
Anleihen <sup>1</sup>	671 000	8 000	0	679 000
Bund-Länder-Anleihe	405	0	0	405
Bundesobligationen	231 000	4 000	0	235 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	4806	0	121	4 685
Bundesschatzanweisungen	119 000	5 000	0	124 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	54 978	5 997	7 000	53 975
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	49	0	9	39
Tagesanleihe	1 447	0	26	1 420
Schuldscheindarlehen	12 222	0	0	12 222
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	686	0	0	686
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 592			1 165 432

	Stand:		Stand:
	31. Oktober 2013		30. November 2013
Gliederu	ıng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	204212		203 206
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	364 644		369 508
langfristig (mehr als 4 Jahre)	579 737		592 718
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 592		1 165 432

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 $<sup>^1</sup>$  10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und  $\in$  -Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 31. Dezember 2013	Belegung am 31. Dezember 2012					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	145,0	133,8	127,4					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,4	42,1					
FZ-Vorhaben	12,5	6,4	4,1					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,5	108,7					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4					

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financi market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 2 4 5
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
	November	273 451	233 578	-39818	-5 359	179	-34 280
	Oktober	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
	Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
		83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
	März Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11841
	i cui udi	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74 930	-32 137	-2388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204784	-39 150	-14 675	188	-24 287
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126776	-14658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistunger
			Outsta	nding debt		Gewanneistunger
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	457
	November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-
	Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-
	September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
	August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
2012	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
		216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	September	221 918	369 000	540 581	1 131 499	_
	August Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	_
		226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Juni	226 511	367 003	535 842	1 129 356	_
	Mai	226 581	362 000	524 423	1 113 004	_
	April	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	März	217 655	364 983	535 836	1 118 475	737
	Februar	217 633	344 056	542 868	1 106 545	
	Januar					270
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Carrishalaiatara
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-
März	214171	306 352	482 537	1 003 060	319
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3
2. Einnahmen <sup>1</sup>	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	-4,8	- 0,7	+9,7	+3,2	+ 1,5
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-22,3
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	7,4	7,3
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	245,2	238,6
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	9,9	7,9
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	224,4
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	22,5	22,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	-7,2	+11,5	- 3,8	-2,7	+43,0	- 7,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Ber \ddot{u}ck sichtigung\, der\, Eigenbestandsver \ddot{a}nderung.$ 

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart			Ist			
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 575
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20 619	20 938
Ziviler Bereich	8 870	9 2 6 9	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599
Militärischer Bereich	11 428	11708	11 674	11 428	11 331	11 339
Versorgung	6714	6962	7 079	7 154	7 427	7 637
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 619
Militärischer Bereich	4 2 9 8	4500	4 620	4682	4889	5 018
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	23 152
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1384	1 453
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 287	8 550
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	12 033	13 148
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 261
an Ausland	3	3	8	-0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	190 781
an Verwaltungen	12 930	14396	14114	15 930	17 090	27 273
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 435
Gemeinden	21	18	17	12	8	8
Sondervermögen	4 5 6 8	5 624	5518	5 2 7 6	5 552	13 829
Zweckverbände	0	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	163 508
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24225	25 024
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26718	26307	27 055
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 424	103 693
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 668	1 656
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5 0 1 7	6 075
an Sonstige	4	5	3	2	2	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	273 811

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart			Ist			
			in Mic	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	7 895
Baumaßnahmen	5 777	6 830	6 2 4 2	5814	6 147	6 2 6 4
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	1 020
Grunderwerb	504	643	503	492	629	611
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 327
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14589	15524	14772
an Verwaltungen	5 713	5 8 5 2	5 209	5 243	5 789	4924
Länder	5 654	5 8 0 4	5 142	5 178	5 152	4873
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	52
Sondervermögen	-	-	-	-	581	
an andere Bereiche	8 3 0 5	9338	9 735	9346	9 735	9 8 4 8
Sonstige - Inland	5 8 3 6	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3
Ausland	2 469	2876	3 136	3 287	3 501	3 455
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	555
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	555
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	0	0	260	4	7
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	141
Ausland	225	282	269	311	348	406
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	10 810
Darlehensgewährung	2 395	2 490	2 663	2 825	2736	2 032
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	(
Länder	1	1	1	1	1	(
an andere Bereiche	2 395	2 490	2 662	2 825	2 735	2 032
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1 115	1 070	597
Ausland	1 473	1 618	1587	1710	1 666	1 435
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 778
Inland	26	13	13	0	0	91
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	34 032
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	33 477
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	- 0	-		-	
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	307 843

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, lst 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	72 647	58 765	25 788	18 219	-	14 758
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 205	12901	3 650	1 420	-	7 830
02	Auswärtige Angelegenheiten	18 374	5 584	517	178	-	4890
03	Verteidigung	32 269	32 055	16357	14 666	-	1 032
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 476	4042	2 412	1 248	-	382
05	Rechtsschutz	458	433	277	116	-	40
06	Finanzverwaltung	3 865	3 750	2 5 7 6	591	-	584
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 684	15 387	571	916	-	13 900
13	Hochschulen	4854	3 882	11	10	-	3 861
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	2 686	2 683	-	-	-	2 683
15	Sonstiges Bildungswesen	255	185	11	65	-	109
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	8 114	548	836	-	6 730
19	Übrige Bereiche aus 1	739	523	1	5	-	517
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	145 172	195	620	-	144 357
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 701	98 701	57	-	-	98 644
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	6 548	-	4	-	6 544
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	1 932	-	25	-	1 908
25	Arbeitsmarktpolitik	32 680	32 565	1	284	-	32 281
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	394	391	-	25	-	366
29	Übrige Bereiche aus 2	5 043	5 035	137	283	-	4615
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 633	1 015	358	349	-	308
31	Gesundheitswesen	554	493	220	218	-	56
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	111
Abweichu ngen	Umwelt- und Naturschutz	425	247	89	68	-	91
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	522	159	50	59	-	51
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	781	-	33	-	749
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	750	-	1	-	749
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	636	31	-	31	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	8	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	469	14	191	-	264
52	Landwirtschaft und Ernährung	878	444	-	183	-	262
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	133	133	-	97	-	37
529	Übrige Bereiche aus 52	745	311	-	86	-	225
599	Übrige Bereiche aus 5	26	25	14	9	_	2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, lst 2013

Funktion	Auranhenarinne	Sach- investitionen	Vermögens- über- tragungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
	Ausgabengruppe	1.022	2 721		12.002	12.056
0	Allgemeine Dienste	1 033	2 721	10 128	13 882	13 856
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	265	39	10.121	304	304
02	Auswärtige Angelegenheiten	109	2 559	10 121	12 790	12 789
03	Verteidigung	155	52	6	214	189
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	367	68	-	435	435
05	Rechtsschutz	24	-	-	24	24
06	Finanzverwaltung	113	2	-	115	115
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	128	3 170	-	3 298	3 298
13	Hochschulen	1	971	-	972	972
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	126	1910	-	2 036	2 036
19	Übrige Bereiche aus 1	0	216	-	216	216
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	528	0	534	12
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	0	407	0	408	1
25	Arbeitsmarktpolitik	-	115	-	115	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	3	-	8	8
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	418	200	-	618	618
31	Gesundheitswesen	56	5	-	61	61
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
Abweichu ngen	Umwelt- und Naturschutz	7	171	-	178	178
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	355	7	-	363	363
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 522	1	1 522	1 522
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	910	1	910	910
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	604	-	604	604
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	8	-	8	8
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	434	0	435	435
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	433	0	434	434
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	433	0	434	434
599	Übrige Bereiche aus 5	1	0	-	1	1

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	2 568	65	480	-	2 022
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	21	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	1 467	-	0	-	1 467
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	360	321	-	24	-	297
65	Handel und Tourismus	387	386	-	331	-	55
66	Geld- und Versicherungswesen	12	4	-	4	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	755	151	-	101	-	50
69	Regionale Fördermaßnahmen	796	161	-	8	-	153
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	65	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	4 033	972	2 116	-	944
72	Straßen	7 399	1 206	-	1 045	-	162
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 684	985	527	378	-	80
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4597	80	-	2	-	79
75	Luftfahrt	275	189	49	19	-	120
799	Übrige Bereiche aus 7	2 452	1 573	396	673	-	504
8	Finanzwirtschaft	45 659	45 620	611	227	31 302	13 479
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 479	13 479	-	-	-	13 479
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 307	31 307	-	5	31 302	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	611	611	611	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	223	223	-	222	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	307 843	273 811	28 575	23 152	31 302	190 781

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2013

		Sach- investitionen	Vermögens- über- tragungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	731	596	1 333	1 326
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	21	-	21	21
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		25	-	25	25
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		39	-	39	39
65	Handel und Tourismus		0	-	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen		7	0	8	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	8	596	604	604
69	Regionale Fördermaßnahmen	4	631	-	635	635
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 304	5 984	85	12 373	12 373
72	Straßen	4795	1398	-	6 193	6 193
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	699	-	-	699	699
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		4516	-	4516	4516
75	Luftfahrt	1	-	85	86	86
799	Übrige Bereiche aus 7	809	70	-	878	878
8	Finanzwirtschaft	-	38	0	39	39
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 895	15 327	10 810	34 032	33 477

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Cogonstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	- 1,0	+3,
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	-24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	- 27,1	- 0,2	-0,7	- 0,2	-0,1	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+ 5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	-1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+ 5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	Med 6	7.2	12.1	16.1	171	20.1	24.0	20.1	22
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	-4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	-1,7	+6
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42
Steueraufkommen <sup>3</sup>									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	٠	10,8	9,7	12
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Company des Nochus	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung				ls	t-Ergebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,4	- 0,3	-0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	_		_		_		_	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	_	-	_		_	_	_	-
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	14,9	14,8	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>									
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,2	57,2	42,4	44,8	46,1
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>				242			25.4		
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 7,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,7	39,9	31,1	27,8	30,2	27,7	39,5	36,6
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>2</sup>	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	- 68,8	-2 254,1	-111,2	- 38,0	- 55,9	- 67,0	- 83,4	- 148,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Dezember 2013; 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9:	Entwicklung des (	Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	-------------------	------------------------------

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	777,0	787
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	750,1	749,9	772
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-27,7	-27,0	-15
davon:							
Bund <sup>2</sup>							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,3
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-25,5
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	-	139,9	150½
Einnahmen	-	-	-	-	_	147,0	154½
Finanzierungssaldo	_	-	_	_	_	7,1	4
Bund insgesamt <sup>1</sup>						•	
Ausgaben	_	-	_	_	_	354,0	359
Einnahmen	_	_	_	_	_	331,7	340½
Finanzierungssaldo	_		_	_	_	-22,2	-18
Länder <sup>3</sup>						,-	10
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,3	299,3	308
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	305%
	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-8,9	-5,7	-2½
Finanzierungssaldo Extrahaushalte	7,0	-1,1	-27,0	-20,0	-0,9	-5,7	-2/2
						44.2	43½
Ausgaben	-	-	-	-	-	44,2	
Einnahmen	-	-		-	-	44,8	45
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	0,6	1½
Länder insgesamt <sup>1</sup>						222.6	2211/
Ausgaben	-	-	-	-	-	323,6	331½
Einnahmen	-	-	-	-	-	317,9	330
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-5,6	-1½
Gemeinden <sup>4</sup>							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	193½
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	199½
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,2	11
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,3	9½
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-0,9	-1
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	-	-	-	-	-	196,6	202
Einnahmen	-	-	-	-	-	197,5	207
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	0,9	5

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	-0,1	1½
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,4	-0,0	3
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	1,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	7½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	5
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	21/2
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	2,8	1,4	3
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1/2
Länderinsgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	21/2
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	4
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	3½
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	5½
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-12
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-14
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	3
Einnahmen	-	-	_	-	-	-	5

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept finanzstatistisch dargestellt.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

 $<sup>^2\,</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse. 2013 Schätzung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse. 2013 Schätzung. Stand: Januar 2014.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen			
			dav	on		
	insgesamt		Indirekte Steuern	Direkte Steuern Indirekte Steuer		
Jahr		in Mrd. €		in	%	
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990		
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	
		Bundesrepublik	Deutschland			
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1	
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0	
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8	
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7	
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2	
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8	
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6	
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0	
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1	

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	von	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 <sup>2</sup>	620,5	320,2	300,3	51,6	48,4
2014 <sup>2</sup>	640,3	332,7	307,6	52,0	48,0
2015 <sup>2</sup>	663,8	349,5	314,3	52,7	47,3
2016 <sup>2</sup>	686,3	365,9	320,4	53,3	46,7
2017 <sup>2</sup>	706,8	381,1	325,7	53,9	46,1
2018 <sup>2</sup>	731,5	399,4	332,1	54,6	45,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgre	nzung der Finanzsta	atistik <sup>3</sup>
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,3
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,7	37,7	22,0	15,8
2012	40,0	23,2	16,8	38,4	22,5	15,9
2013	40,0	23,3	16,8	38 1/2	22 1/2	16

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011 und 2012: Kassenergebnisse. 2013: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

	Ausgaben des Staates							
		darunto	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,2	28,2	18,0					
1992	47,1	27,9	19,2					
1993	48,1	28,2	19,9					
1994	48,0	28,0	20,0					
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	20,6					
1995	54,9	34,3	20,6					
1996	49,1	27,6	21,4					
1997	48,2	27,0	21,2					
1998	48,0	26,9	21,1					
1999	48,2	27,0	21,3					
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	21,2					
2000	45,1	23,9	21,2					
2001	47,6	26,3	21,4					
2002	47,9	26,2	21,7					
2003	48,5	26,4	22,0					
2004	47,1	25,8	21,3					
2005	46,9	26,0	20,9					
2006	45,3	25,4	19,9					
2007	43,5	24,5	19,0					
2008	44,1	25,0	19,1					
2009	48,3	27,2	21,1					
2010	47,9	27,5	20,3					
2011	45,2	25,7	19,5					
2012	44,7	25,3	19,4					
2013	44,8	25,3	19,5					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS		-	-	986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 380
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	_						7 493

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			So	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte		-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte		-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	(
nachrichtlich:							C
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	2
Gesetziche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	C
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74
			Schu	lden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	206
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2374
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $<sup>^1 {\</sup>it Kreditmarktschulden} \ im \ weiteren \ Sinne \ zuzüglich \ {\it Kassenkredite}.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	į
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 620
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 840
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	66
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

 $<sup>^1</sup>$ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ Bundesministerium \ der \ Finanzen, \ eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2 \,</sup> Einschließ lich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra} haus halte \,\mathrm{der}\,\mathrm{ge} \mathrm{setz} \mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozial} \mathrm{ver} \mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes} \mathrm{auf} \mathrm{sicht}.$ 

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	trechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	ı%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,7	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4		-
1995 <sup>4</sup>	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-63,0	-3,0
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-61,4	-2,9
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-59,3	-2,7
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,1	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-27,7	-1,1
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	-1,7	-7,6	6,0	-0,1	-0,3	0,2	-15	- 1/2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebnis. 2011 und 2012: Kassenergebnisse. 2013: Schätzung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $<sup>^{\</sup>rm 5}$  Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,7	-3,7	-4,0	-2,8	-2,6	-2,
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,4	-0,1	-0,
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,9	1,6	-30,6	-13,1	-8,2	-7,4	-5,0	-3,
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,7	-9,5	-9,0	-13,5	-2,0	-1,
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-6,8	-5,9	-6,
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,1	-5,3	-4,8	-4,1	-3,8	-3,
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,8	-3,0	-3,0	-2,7	-2,
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-8,3	-8,4	-6,
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,1	-0,6	-0,9	-1,0	-2,
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,5	-2,8	-3,3	-3,4	-3,4	-3,
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-3,3	-3,3	-3,
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,5	-2,5	-1,9	-1,
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-5,9	-4,0	-2,
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,3	-3,8	-5,8	-7,1	-3,
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-7,7	-5,1	-4,5	-3,0	-3,2	-3,
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-0,7	-1,8	-2,2	-2,3	-2,
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,2	-3,7	-3,1	-2,5	-2,
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-2,0	-2,0	-1,
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-4,4	-2,9	-3,0	-3,
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,8	-4,1	-1,7	-1,7	-2,
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-5,0	-5,4	-6,5	-6,
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,1	-3,6	-1,3	-1,4	-1,0	-1,
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	-2,5	-1,
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,9	-5,0	-3,9	-4,8	4,6	-3,
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,6	-3,0	-2,5	-2,0	-1,
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-0,2	-0,9	-1,2	-0,
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,5	-3,4	-10,1	-7,7	-6,1	-6,4	-5,3	-4,
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,
USA	-2,2	-4,7	-3,9	-3,1	1,5	-3,1	-10,9	-9,8	-9,1	-6,4	-5,7	-4,
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,3	-8,9	-9,6	-9,6	-7,2	-5,

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: EU-Kommission,\ Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$ 

Stand: November 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	79,6	77,1	74,1		
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	98,0	99,8	100,4	101,3	101,0		
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,7	9,1		
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	37,0	27,2	91,2	104,1	117,4	124,4	120,8	119,1		
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	110,0	148,3	170,3	156,9	176,2	175,9	170,9		
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	94,8	99,9	104,3		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,5	66,8	82,4	85,8	90,2	93,5	95,3	96,0		
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,6	105,7	119,3	120,7	127,0	133,0	134,0	133,1		
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	116,0	124,4	127,4		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	24,5	25,7	28,7		
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,8	69,5	71,3	72,6	73,3	74,1		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	74,8	76,4	76,9		
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,3	72,8	74,0	74,8	74,5	73,5		
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	127,8	126,7	125,7		
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,4	63,2	70,1	74,2		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,4	52,4	54,3	57,2	58,1		
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,7	49,2	53,6	58,4	61,0	62,5		
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,5	85,6	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,5	19,4	22,6	24,1		
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	49,0	50,6	52,3		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,7	46,4	45,4	44,3	43,7	45,1		
Kroatien	-	-	-	-	-	-	44,9	51,6	55,5	59,6	64,7	69,0		
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,4	41,9	40,6	42,5	39,3	33,4		
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,9	40,2	39,6		
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	80,7	79,9	79,4		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	58,2	51,0	52,5		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	37,9	38,5	39,1	39,5		
Schweden	38,5	59,8	40,6	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,2	41,3	41,9	41,0		
Vereinigtes Königreich	52,0	51,0	32,7	50,0	40,5	41,7	78,4	84,3	88,7	94,3	96,9	98,6		
EU	-	-	-	-	61,8	62,9	80,0	82,9	86,6	89,7	90,2	90,0		
USA	41,2	54,1	62,0	68,8	53,0	64,9	95,1	99,4	102,7	104,7	105,2	103,8		
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	230,3	238,0	243,4	242,0	242,6		

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose \ und \ Statistischer \ Annex, November \ 2013.$ 

Stand: November 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Gesamtrechnung \, Gesamt$ 

 $<sup>^3\,1970\,</sup>bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land				S	teuern und S	Sozialabgabe	en in % des Bl	Р			
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3

 $<sup>^{1}</sup>$  Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

11				Ges	amtausgab	en des Staat	es in % des B	IP			
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	47,9	45,2	44,7	44,7	44,5	44,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	52,4	53,3	54,9	54,0	54,0	53,9
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	40,5	37,6	39,5	38,6	37,6	36,7
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	55,5	54,8	56,2	57,5	58,0	57,9
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	56,5	55,9	56,6	57,0	56,8	56,6
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	51,3	51,9	53,6	58,2	47,1	45,1
Irland	52,5	42,3	40,9	31,2	34,0	65,5	47,2	42,7	42,3	40,1	37,6
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	50,5	49,9	50,7	51,2	50,5	50,1
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	43,5	42,6	44,3	44,0	44,0	44,7
Malta	-	-	38,5	39,5	43,6	41,6	41,7	43,4	44,5	44,3	44,5
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	51,4	49,9	50,5	50,2	51,0	49,5
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	52,8	50,8	51,7	52,1	51,7	51,3
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	51,5	49,3	47,4	49,1	46,8	45,3
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	40,0	38,4	37,8	36,0	37,0	36,2
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,1	49,4	49,9	48,1	50,1	52,0	48,4
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	46,3	45,7	47,8	44,6	43,8	43,2
Zypern	-		33,4	37,1	43,1	46,2	46,3	46,4	48,1	48,0	46,0
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	37,4	35,6	35,9	37,6	38,1	38,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	57,5	57,5	59,4	58,0	57,0	56,2
Kroatien	-	-	-	_	-	46,9	47,9	45,5	45,9	47,5	48,2
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	43,4	38,4	36,4	36,2	35,7	35,2
Litauen	-	-	34,4	39,8	34,0	42,2	38,7	36,0	35,5	34,5	33,4
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	45,4	43,4	42,2	41,5	40,7	40,3
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	40,1	39,5	36,6	36,3	36,2	36,3
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,0	51,3	51,8	52,5	51,7	50,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	43,8	43,2	44,5	43,4	43,2	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,9	50,0	48,6	50,2	50,8	49,6
Vereinigtes Königreich	48,0	40,4	42,9	36,4	43,4	49,9	48,0	47,9	47,2	46,1	44,9
Euroraum <sup>2</sup>	-	_	52,8	46,1	47,3	51,0	49,5	49,9	49,8	49,3	48,8
EU-28	-	_	-	-	-	50,6	49,0	49,3	49,1	48,5	47,9
USA	35,5	35,8	35,7	32,6	34,8	41,1	40,2	38,8	38,0	37,6	37,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	40,7	42,0	42,3	42,4	41,6	41,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Einschließlich Lettland.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Hausl	nalt 2013			EU-Haus	shalt 2014	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	ungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	- 46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

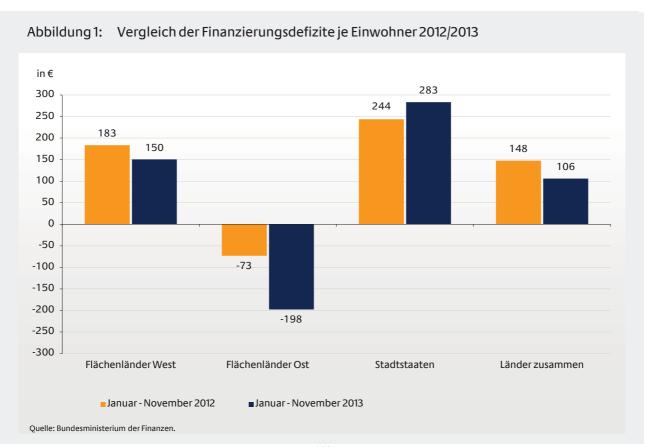
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	213 972	192 354	52 488	48 727	36 915	34 005	296 755	268 75
darunter:								
Steuereinnahmen	167 527	147 830	30 145	28 550	23 565	20868	221 237	197 24
Übrige Einnahmen	46 445	44 524	22 343	20 177	13 350	13 137	75 518	71 50
Bereinigte Ausgaben	224 172	201 729	52 604	46 257	38 531	35 646	308 686	277 30
darunter:								
Personalausgaben	87 460	80 913	13 032	11810	11 146	11 442	111 638	10416
Lfd. Sachaufwand	14 451	12 579	3 809	3 388	8 3 3 4	8 503	26 594	2447
Zinsausgaben	12 701	11 244	2 494	2 099	3 948	3 2 3 8	19 143	1658
Sachinvestitionen	4 401	3 016	1 755	1217	799	574	6 9 5 5	480
Zahlungen an Verwaltungen	65 431	57 305	18 244	16 657	814	857	77 869	68 48
Übrige Ausgaben	39 728	36 673	13 270	11 086	13 489	11 033	66 487	58 79
Finanzierungssaldo	-10 200	-9 375	-116	2 470	-1 605	-1 640	-11 921	-8 54



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2013

						in Mio.€				
		N	ovember 201	2	0	ktober 2013		N	lovember 201	3
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	240 077	257 190	479 584	223 768	245 476	452 276	245 022	268 754	495 283
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	236511	246 116	482 628	219 403	235 449	454 852	240 727	257 566	498 293
111	Steuereinnahmen	219 708	188 873	408 581	203 582	180 638	384219	223 473	197 248	420 72
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 155	46 947	50 103	2 051	44922	46 973	2 272	49 465	51 73
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 1 1 8	2 118	-	2 2 6 7	2 267	-	2 146	2 146
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 565	11074	14639	4365	10027	14391	4 2 9 5	11 188	15 48
121	Veräußerungserlöse	1 739	1 098	2 838	2 429	237	2 666	2 460	249	2 70
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 572	786	2 359	2 280	70	2 350	2 280	73	2 35:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	380	5787	6167	478	5 748	6 2 2 6	480	6352	6 83
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	281 560	269 067	532 945	260 699	250 310	494 041	286 965	277 300	545 77 <sup>-</sup>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	252 217	243 681	495 898	238 317	229 334	467 651	257 717	252 811	510 52
211	Personalausgaben	26586	101 133	127718	24414	93 143	117 557	27 091	104 164	131 25
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 659	29 444	37 103	7 202	27 964	35 165	7 8 7 0	30 913	38 78
212	Laufender Sachaufwand	18764	23 625	42 389	16152	21 925	38 077	18 139	24 470	42 608
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 943	15 178	25 121	9 739	14 109	23 848	10 797	15 704	26 50
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	30 642	17 790	48 431	30 202	15 550	45 752	30 657	16 581	47 23
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	15 583	55 838	71 421	23 496	56 188	79 685	24781	60 143	84924
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	82	82	-	- 195	- 195	-	- 85	- 8!
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	51914	51 921	5	52 468	52 473	8	55 997	56 00
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	29 343	25 386	54 729	22 382	20976	43 357	29 248	24 489	53 73
221	Sachinvestitionen	6 2 6 2	4929	11 191	5 3 1 5	4 0 8 1	9 3 9 6	6298	4 806	11 10
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4261	7 843	12 104	3 705	7213	10918	4094	8 3 4 5	12 44
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	28 900	25 062	53 962	21 903	20395	42 298	28 757	23 829	52 58

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2013

		in Mio. €									
		November 2012			O	ktober 2013		November 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-41 410 <sup>2</sup>	-11 878	-53 288	-36 881 <sup>2</sup>	-4 834	-41 715	-41 873 <sup>2</sup>	-8 546	-50 419	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	239 427	72 207	311 634	204 053	63 201	267 253	231 049	73 153	304 202	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	206 678	80514	287 192	202 978	77 165	280 143	212 905	82 003	294 909	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	32 749	-8 307	24 442	1 075	-13 964	-12 890	18 144	-8 850	9 29	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-17 923	5 866	-12 058	10 664	4761	15 424	-2 484	5 656	3 17	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 404	16 404	-	14726	14726	-	14272	1427	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	17 925	-8 342	9 583	-10 662	-8 078	-18 740	2 485	-6 408	-3 92	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2013

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	34 357	42 707 ª	9 700	18 998	6 632	23 934	49 261	12 338	3 07
11	Einnahmen der laufenden Rechung	33 466	41 054 b	9 018	18 504	6 0 2 6	23 189	47 568	11917	3 01
111	Steuereinnahmen	25 767	32 572	5 813	15 032	3 683	17 922 <sup>4)</sup>	38 746	8 966	2 23
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung	5 977	4 470	2 576	2 3 7 9	2 027	3 149	6 3 0 6	2 176	66
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	176	-	-	104	66	127	į
122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	414	-	432	301	269	285	8
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	891	1 654 °	682	495	605	745	1 693	421	5
121	Veräußerungserlöse	1	1	10	12	4	4	8	58	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	3	-	57	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung	548	912	226	437	214	640	1 022	220	2
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	35 826	42 915 <sup>d</sup>	9 096	20 566	6 243	24 210	53 168	13 690	3 60
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	33 094	38 525 <sup>d</sup>	8 063	18 887	5 381	22 867	48 803	12 380	3 30
211	Personalausgaben	14892	18 597	2 223	7 653	1 633	9 483 2)	20 087 <sup>2)</sup>	5 3 6 5	137
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4948	5 446	203	2 533	114	3 128	7 019	1 748	54
212	Laufender Sachaufwand	1710	3 155 <sup>e</sup>	547	1 579	391	1 585	3 0 1 5	917	16
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 581	2 487 <sup>e</sup>	458	1 242	345	1 259	2 246	771	14
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 600	887 <sup>f</sup>	416	1 250	296	1 596	3 721	940	46
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung	9 927	11 497	3 290	5349	2 047	6 422	12 716	3 287	55
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	2 3 1 5	3 638	-	1 359	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 507	7 743	2 813	3 929	1 699	6 2 6 1	12 030	3 209	5-
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 733	4389	1 033	1 680	862	1 3 4 3	4365	1310	29
221	Sachinvestitionen	501	1 309	77	506	210	206	300	61	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung	1 189	1 571	331	673	322	279	1 742	437	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 623	4247	1 033	1 650	862	1343	4184	1 265	28

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+, Mehrausgaben (- (Finanzierungssaldo	-1 469	- <b>208</b> <sup>g</sup>	605	-1 568	389	- 276	-3 907	-1 352	- 533
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto	5 609	1 496 <sup>h</sup>	2 133	4 695	903	5416	19 139	6320	1310
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 241	3 017 <sup>i</sup>	3 727	5 769	1 104	5 978	18 302	6 287	1 170
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme	-1 632	-1 521 <sup>j</sup>	-1 594	-1 075	- 201	-561	837	33	141
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	1 220	-	-	-	186	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 117	901	0	1 171	336	1 713	2 523	2	550
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 923	58	11	-1 471	760	437	592	- 186	158

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Dezember-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 830,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 379,3 Mio. €, d 294,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 294,1 Mio. €, g 535,9 Mio. €, h 297,0 Mio. €, i 157,0 Mio. €, j 140,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2013

					in Mi	o. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	15 491	8 764	8 752	8 140	20 500	3 781	9 869	268 754
11	Rechung	13 933	8 264	8 504	7 654	19 598	3 683	9717	257 566
111	Steuereinnahmen Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 152 4 168	5 002 2 850	6 587 1 371	4 899 2 387	10 773 6 864	2 099 1 216	7 996 884	197 248 49 469
1121	darunter: Allgemeine BEZ	306	174	76	172	738	136	15	214
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	867	519	128	515	3 279	449	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 558	500	248	486	901	99	152	1118
121	Veräußerungserlöse	0	4	1	9	126	0	7	24
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	3	0	1	2	0	5	7.
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	951	226	143	255	323	74	118	635
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	14 247	8 672	8 815	7 999	20 490	4 406	10 893	277 30
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 118	7 856	8 352	7 149	19 422	4015	10 134	252 81
211	Personalausgaben	3 543	2 247	3 460	2 165	6718	1 3 2 9	3 3 9 4	10416
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	210	189	1 249	160	1 744	456	1 219	30 91
212	Laufender Sachaufwand	958	894	455	599	5 000	705	2 798	2447
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	639	306	380	320	2 192	336	1 000	15 70
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	286	542	788	558	1874	617	746	1658
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 441	2 441	2 491	2 474	280	152	322	60 14
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	144	- 8
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 731	2 005	2 404	2 089	7	12	17	55 99
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 129	816	463	850	1 069	391	759	24 48
221	Sachinvestitionen	529	204	93	196	193	46	334	480
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	753	312	166	247	66	132	50	834
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 129	816	462	850	941	385	759	23 82

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 244	91	- 63	141	9	- 625	-1 025	-8 546
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 886	2 2 7 6	963	6 178	8 968	3 863	73 153
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	794	3 495	3 000	1 553	7 772	9012	3 784	82 003
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 794	391	- 724	- 590	-1 594	- 44	79	-8 850
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 767	-	180	877	629	797	5 656
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 518	89	-	100	342	552	1 357	14272
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 801	- 766	-	- 868	- 463	- 946	-6 408

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $<sup>^1 \</sup>text{In der L\"{a}} n der \text{Summe ohne Zuweisungen von L\"{a}} n der \text{n im L\"{a}} n der \text{finanzausgleich.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Dezember-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 830,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 379,3 Mio. €, d 294,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 294,1 Mio. €, g 535,9 Mio. €, h 297,0 Mio. €, i 157,0 Mio. €, j 140,0 Mio. €.

 $<sup>^4</sup>$  NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel in Höhe von 0,1 Mio.  $\in$  .

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 23. Oktober 2013

#### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der

- mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist. neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn\_123210/DE/BMF\_\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?\_\_nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)		budgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 849,3	2 826,2	-23,1	0,210	-4,8
2015	2 929,3	2 910,7	-18,5	0,210	-3,9
2016	3 009,4	2 997,8	-11,6	0,210	-2,4
2017	3 093,0	3 087,5	-5,5	0,210	-1,1
2018	3 179,9	3 179,9	0,0	0,210	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken				
	preisbo	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3	
1981	1 414,1	+2,2	889,3	+6,5	9,1	0,6	5,7	0,6	
1982	1 442,5	+2,0	948,8	+6,7	-24,9	-1,7	-16,4	-1,7	
1983	1 471,2	+2,0	994,8	+4,9	-31,3	-2,1	-21,2	-2,1	
1984	1 501,2	+2,0	1 035,3	+4,1	-20,7	-1,4	-14,2	-1,4	
1985	1 532,2	+2,1	1 079,1	+4,2	-17,2	-1,1	-12,1	-1,1	
1986	1 566,9	+2,3	1 136,7	+5,3	-17,3	-1,1	-12,5	-1,1	
1987	1 603,7	+2,3	1 178,2	+3,7	-32,3	-2,0	-23,7	-2,0	
1988	1 643,6	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,9	-0,8	-10,4	-0,8	
1989	1 689,3	+2,8	1 298,5	+5,7	3,8	0,2	2,9	0,2	
1990	1 739,6	+3,0	1 382,5	+6,5	42,6	2,4	33,8	2,4	
1991	1 792,9	+3,1	1 468,8	+6,2	80,3	4,5	65,8	4,5	
1992	1 847,2	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3	
1993	1 895,7	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3	
1994	1 935,5	+2,1	1 781,2	+4,6	1,1	0,1	1,0	0,1	
1995	1 970,2	+1,8	1 849,6	+3,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1	
1996	2 001,8	+1,6	1 891,2	+2,3	-17,1	-0,9	-16,2	-0,9	
1997	2 031,5	+1,5	1 924,4	+1,8	-12,4	-0,6	-11,8	-0,6	
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,6	-0,2	-4,4	-0,2	
1999	2 093,3	+1,6	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1	
2000	2 126,7	+1,6	2 016,7	+0,9	32,5	1,5	30,8	1,5	
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5	
2002	2 190,9	+1,4	2 131,0	+2,9	1,2	0,1	1,2	0,1	
2003	2 219,5	+1,3	2 182,5	+2,4	-35,6	-1,6	-35,0	-1,6	
2004	2 247,7	+1,3	2 233,9	+2,4	-38,4	-1,7	-38,2	-1,7	
2005	2 275,3	+1,2	2 275,3	+1,9	-50,9	-2,2	-50,9	-2,2	
2006	2 304,9	+1,3	2 312,1	+1,6	1,8	0,1	1,8	0,1	
2007	2 334,9	+1,3	2 380,4	+3,0	47,2	2,0	48,1	2,0	
2008	2 363,2	+1,2	2 427,9	+2,0	44,7	1,9	45,9	1,9	
2009	2 384,8	+0,9	2 479,0	+2,1	-100,8	-4,2	-104,8	-4,2	
2010	2 409,1	+1,0	2 530,1	+2,1	-33,4	-1,4	-35,1	-1,4	
2011	2 438,9	+1,2	2 593,0	+2,5	15,9	0,7	16,9	0,7	
2012	2 473,3	+1,4	2 668,1	+2,9	-1,6	-0,1	-1,7	-0,1	
2013	2 509,3	+1,5	2 764,4	+3,6	-26,4	-1,1	-29,1	-1,1	
2014	2 545,4	+1,4	2 849,3	+3,1	-20,6	-0,8	-23,1	-0,8	
2015	2 576,7	+1,2	2 929,3	+2,8	-16,3	-0,6	-18,5	-0,6	
2016	2 606,4	+1,2	3 009,4	+2,7	-10,0	-0,4	-11,6	-0,4	
2017	2 637,6	+1,2	3 093,0	+2,7	-4,7	-0,4	-5,5	-0,4	
2017	2 670,0	+1,2	3 179,9	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in%ggü.Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,5	0,4	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,5	0,6	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,2	0,7	0,1	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,5

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbe	reinigt <sup>1</sup>	nom	inal
	in Mrd. €	in%ggü.Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,9	+0,5	2 735,2	+2,6
2014	2 524,8	+1,7	2 826,2	+3,3
2015	2 560,4	+1,4	2 9 1 0, 7	+3,0
2016	2 596,4	+1,4	2 997,8	+3,0
2017	2 633,0	+1,4	3 087,5	+3,0
2018	2 670,0	+1,4	3 179,9	+3,0

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$ 

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54632			59,9	32 275	
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 2 1 9	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1980						
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2 65,5	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4
2012	63 195	-0,0	69,4	69,5	41 608	+1,1
2013	63 167	-0,0	69,7	69,8	41 843	+0,6
2014	63 061	-0,2	70,0	70,1	42 023	+0,4
2015	62 866	-0,3	70,3	70,3	42 089	+0,2
2016	62 613	-0,4	70,5	70,5	42 156	+0,2
2017	62 387	-0,4	70,7	70,7	42 223	+0,2
2018	62 164	-0,4	71,0	70,9	42 290	+0,2
2019	61 938	-0,4	71,2	71,2		
2020	61 812	-0,2	71,4	71,4		
2021	61 726	-0,1	71,7	71,7		

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1, angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	cunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 3			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 5 7 9	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw. prognostiziert					NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAVVKO
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 401	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,8
2011	1 398	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,3
2012	1 395	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,8
2013	1 394	-0,1	1 388	-0,4	37 345	+0,8	5,1	5,2
2014	1 393	-0,0	1 393	+0,3	37 511	+0,4	5,0	4,7
2015	1 394	+0,0	1 395	+0,1	37 577	+0,2	4,7	4,4
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 644	+0,2	4,5	4,3
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 711	+0,2	4,3	4,2
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1	37 778	+0,2	4,1	4,2
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 401	+0,1				
2021	1 402	+0,1	1 401	+0,1				

 $<sup>^{1}12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 8 2 3, 4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 8 7 6, 2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4
2013	12 535,3	+1,1	430,2	-0,3	2,3
2014	12 672,1	+1,1	448,8	+4,3	2,5
2015	12 814,3	+1,1	461,3	+2,8	2,5
2016	12 968,8	+1,2	474,1	+2,8	2,5
2017	13 132,4	+1,3	487,3	+2,8	2,5
2018	13 305,1	+1,3	500,9	+2,8	2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4294
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4077
1984	-7,3961	-7,3953
1985	-7,3814	-7,3822
1986	-7,3718	-7,3681
1987	-7,3662	-7,3531
1988	-7,3450	-7,3367
1989	-7,3180	-7,3194
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2408
1995	-7,2238	-7,2297
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2103
1998	-7,2001	-7,2011
1999	-7,1966	-7,1918
2000	-7,1770	-7,1820
2001	-7,1639	-7,1723
2002	-7,1615	-7,1632
2003	-7,1628	-7,1549
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1473	-7,1153
2010	-7,1258	-7,1105
2011	-7,1064	-7,1058
2012	-7,1051	-7,1011
2013	-7,1059	-7,0962
2014	-7,0980	-7,0907
2015	-7,0896	-7,0849
2016	-7,0815	-7,0787
2017	-7,0736	-7,0721
2018	-7,0659	-7,0651

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

### noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	vaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,2	+2,1	112,0	+1,6	1 414,5	+2,8
2014	111,9	+1,6	114,0	+1,8	1 457,7	+3,1
2015	113,7	+1,6	115,9	+1,7	1 498,0	+2,8
2016	115,5	+1,6	117,9	+1,7	1 539,3	+2,8
2017	117,3	+1,6	119,9	+1,7	1 581,8	+2,8
2018	119,1	+1,6	121,9	+1,7	1 625,5	+2,8

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2013	41,8	+0,6	53,7	2,3	5,2	+0,4	-0,2	+0,2	17,2
2008/03	39,4	+0,7	52,5	3,9	9,1	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2013/08	41,0	+0,7	53,3	2,7	6,3	+0,6	-0,1	+0,4	17,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\, {\</sup>rm Anteil}\, {\rm der}\, {\rm Bruttoan lage investitionen}\, {\rm am}\, {\rm Bruttoin lands produkt}\, ({\rm nominal}).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2013	+2,6	+2,2	+1,4	+1,7	+1,6	+1,5	+2,1
2008/03	+2,9	+0,9	-0,8	+1,2	+1,4	+1,9	-0,5
2013/08	+2,0	+1,4	+0,1	+1,4	+1,4	+1,4	+2,1

 $<sup>^{1}</sup> Einschlie {\it Slich private Organisation} en ohne Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeit nehmerent gelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigen stunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt		
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile am BIP in %				
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5		
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1		
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9		
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5		
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3		
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7		
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5		
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7		
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3		
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4		
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2		
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0		
2003	+0,9	+2,7	84,1	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9		
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7		
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1		
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5		
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5		
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1		
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1		
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4		
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1		
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0		
2013	+0,1	-0,6	166,7	190,8	50,5	44,4	6,1	7,0		
2008/03	+9,2	+8,7	127,8	123,1	42,7	37,2	5,5	5,3		
2013/08	+3,0	+3,3	145,5	165,0	48,5	42,9	5,7	6,4		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn unbereinigt <sup>1</sup>	quote bereinigt²	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)³	
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a.		1%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991				70,8	70,8			
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4	
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4	
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7	
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4	
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1	
2013	+2,8	+2,8	+2,9	67,1	68,2	+2,2	+0,5	
2008/03	+3,3	+7,2	+1,5	66,2	67,7	+1,1	-0,5	
2013/08	+2,2	+1,0	+2,9	66,5	67,9	+2,2	+0,8	

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Lond					jährliche \	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	+2,3	+1,8	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,6	+6,1	-1,1	+2,2	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,5	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	+3,1	+1,9	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	+4,0	+1,6	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,7	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	+1,1	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8
Kroatien	-	-	-	+3,8	+4,3	-2,3	+0,0	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+5,3	+10,1	-1,3	+5,3	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,2	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4
Schweden	+2,2	+0,8	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,4	+3,2	+1,7	+1,1	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4
EU	-	-	-	+3,9	+2,2	+2,0	+1,7	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9
USA	+4,2	+1,9	+2,7	+4,1	+3,4	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,6	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7
Kroatien	+2,2	+1,1	+2,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6
USA	-0,3	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1
Japan	-1,3	-0,7	-0,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ii	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,6	8,7	8,4
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,9	12,5	10,2	9,3	9,0	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,3	12,3	11,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0	24,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	20,1	21,7	25,0	26,6	26,4	25,3
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,7	9,6	10,2	11,0	11,2	11,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,4	12,1
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	6,3	7,9	11,9	16,7	19,2	18,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,8	5,1	5,7	6,4	6,5
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,5	4,4	5,3	7,0	8,0	7,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	4,2	4,3	5,1	5,0	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	12,0	12,9	15,9	17,4	17,7	17,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	7,3	8,2	8,9	11,1	11,6	11,6
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	14,5	13,7	14,0	13,9	13,7	13,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Euroraum	9,1	7,6	10,7	8,5	9,1	10,1	10,1	11,4	12,2	12,2	11,8
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	12,9	12,4	11,7
Tschechien	-	-	4,0	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,1	7,0	6,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,5	7,3	7,2	7,0
Kroatien	-	-	-	15,8	12,8	11,8	13,5	15,9	16,9	16,7	16,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,8	16,2	15,0	11,7	10,3	9,0
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	18,0	15,4	13,4	11,7	10,4	9,5
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,9	11,0	10,4	10,1
Polen	-	-	13,3	16,1	17,9	9,7	9,7	10,1	10,7	10,8	10,5
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	7,0	7,3	7,1	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	8,0	8,1	7,9	7,4
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
EU	-	-	-	8,9	9,1	9,7	9,7	10,5	11,1	11,0	10,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,5	6,9	6,5
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,9	3,8

 $Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no ruttoinlan	ominalen dprodukts	5
	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>	2011	2012	2013 <sup>1</sup>	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+2,1	+3,4	+10,1	+6,5	+6,5	+5,9	4,4	2,9	2,1	1,6
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+1,5	+3,0	+8,4	+5,1	+6,7	+5,7	5,1	3,7	2,9	2,3
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,4	+1,5	+8,0	+0,6	+0,0	+1,9	-6,3	-8,4	-7,3	-7,4
Asien	+7,8	+6,4	+6,3	+6,5	+6,3	+4,7	+5,0	+4,7	0,9	0,9	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,7	+7,6	+7,3	+5,4	+2,6	+2,7	+3,0	1,9	2,3	2,5	2,
Indien	+6,3	+3,2	+3,8	+5,1	+8,4	+10,4	+10,9	+8,9	-4,2	-4,8	-4,4	-3,8
Indonesien	+6,5	+6,2	+5,3	+5,5	+5,4	+4,3	+7,3	+7,5	0,2	-2,7	-3,4	-3,
Malaysia	+5,1	+5,6	+4,7	+4,9	+3,2	+1,7	+2,0	+2,6	11,6	6,1	3,5	3,6
Thailand	+0,1	+6,5	+3,1	+5,2	+3,8	+3,0	+2,2	+2,1	1,7	0,0	0,1	-0,
Lateinamerika	+4,6	+2,9	+2,7	+3,1	+6,6	+5,9	+6,7	+6,5	-1,4	-1,9	-2,4	-2,4
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+3,5	+2,8	+9,8	+10,0	+10,5	+11,4	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Brasilien	+2,7	+0,9	+2,5	+2,5	+6,6	+5,4	+6,3	+5,8	-2,1	-2,4	-3,4	-3,2
Chile	+5,8	+5,6	+4,4	+4,5	+3,3	+3,0	+1,7	+3,0	-1,3	-3,5	-4,6	-4,0
Mexiko	+4,0	+3,6	+1,2	+3,0	+3,4	+4,1	+3,6	+3,0	-1,0	-1,2	-1,3	-1,!
Sonstige												
Türkei	+8,8	+2,2	+3,8	+3,5	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-6,1	-7,4	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,0	+2,9	+5,0	+5,7	+5,9	+5,5	-3,4	-6,3	-6,1	-6,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

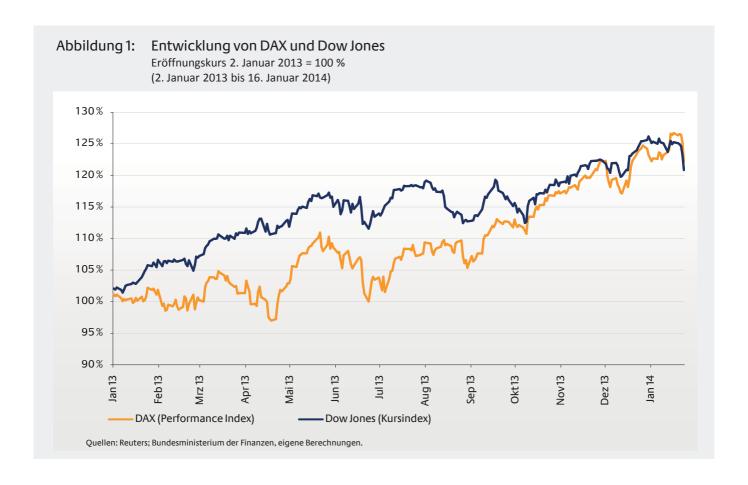
Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

	• •			
Tabelle 9:		<b>·</b> -	I- 1 \ A / - I 1 C'	nanzmärkte
I andlid u	1 I I I	SARCIC	nt Walttir	nanzmarvta
Tabelle 3.		76131	1 II V V <del>C</del> II I I I	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	17.01.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	16 459	16 577	-0,7	13 329	16 577
Euro Stoxx 50	3 154	3 109	+1,5	2 512	3 169
Dax	9 743	9 552	+2,0	7 460	9 734
CAC 40	4328	4296	+0,7	3 596	4332
Nikkei	15734	16 291	-3,4	10 487	16291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	17.01.2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,84	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,77	1,95	-1,1	1,18	2,01
Japan	0,68	0,74	-2,2	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,85	3,07	+0,0	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	17.01.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,36	1,38	-1,5	1,28	1,38
Yen/US-Dollar	104,29	105,30	-1,0	87,03	105,30
Yen/Euro	141,80	144,72	-2,0	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,83	0,83	-0,9	0,81	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6	5,5	5,4	5,3	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,7	+1,8	+2,0	5,5	5,4	5,4	5,2
IWF	+0,9	+0,5	+1,4	+1,4	+2,1	+1,6	+1,8	+1,8	5,5	5,6	5,5	5,5
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1	8,1	7,5	6,9	6,5
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,8	+1,9	8,1	7,5	6,9	6,3
IWF	+2,8	+1,6	+2,6	+3,4	+2,1	+1,4	+1,5	+1,8	8,1	7,6	7,4	6,9
Japan												
EU-KOM	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2	4,3	4,0	3,9	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,2	+2,3	+1,8	4,3	4,0	3,9	3,8
IWF	+2,0	+2,0	+1,2	+1,1	-0,0	+0,0	+2,9	+1,9	4,4	4,2	4,3	4,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3	10,2	11,0	11,2	11,3
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+1,2	+1,2	9,8	10,6	10,8	10,7
IWF	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,5	+1,5	10,3	11,0	11,1	10,9
Italien												
EU-KOM	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5	10,7	12,2	12,4	12,1
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,4	+1,3	+1,0	10,7	12,1	12,4	12,1
IWF	-2,4	-1,8	+0,7	+1,1	+3,3	+1,6	+1,3	+1,2	10,7	12,5	12,4	12,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1	7,9	7,7	7,5	7,3
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,4	+2,3	7,9	7,8	7,5	7,2
IWF	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+2,8	+2,7	+2,3	+2,0	8,0	7,7	7,5	7,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+2,0	7,3	7,1	7,0	6,9
IWF	+1,7	+1,6	+2,2	+2,4	+1,5	+1,1	+1,6	+1,9	7,3	7,1	7,1	7,0
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,2	12,2	11,8
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,4	+1,2	+1,2	11,3	12,0	12,1	11,8
IWF	-0,6	-0,4	+1,0	+1,4	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,3	12,2	12,0
EZB	-0,6	-0,4	+1,1	+1,5	+2,5	+1,4	+1,1	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6	10,5	11,1	11,0	10,7
IWF	-0,3	+0,0	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,7	+1,7	-	-	_	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2013.$ 

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; September 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Belgien													
EU-KOM	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5	7,6	8,6	8,7	8,4	
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,1	+1,1	+1,3	7,6	8,6	9,1	9,0	
IWF	-0,3	+0,1	+1,0	+1,3	+2,6	+1,4	+1,2	+1,2	7,6	8,7	8,6	8,4	
Estland													
EU-KOM	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1	10,2	9,3	9,0	8,2	
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,6	+3,2	+3,3	10,1	8,4	8,1	7,7	
IWF	+3,9	+1,5	+2,5	+3,5	+4,2	+3,5	+2,8	+2,5	10,2	8,3	7,0	6,3	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8	7,7	8,2	8,3	8,1	
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,3	+2,2	+1,8	7,7	8,3	8,3	8,0	
IWF	-0,8	-0,6	+1,1	+1,4	+3,2	+2,4	+2,4	+2,2	7,8	8,0	7,9	7,8	
Griechenland													
EU-KOM	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3	24,3	27,0	26,0	24,0	
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-1,6	-1,4	24,2	27,2	27,1	26,6	
IWF	-6,4	-4,2	+0,6	+2,9	+1,5	-0,8	-0,4	+0,3	24,2	27,0	26,0	24,0	
Irland													
EU-KOM	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2	14,7	13,3	12,3	11,7	
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,6	+0,8	+1,0	14,7	13,6	13,2	12,3	
IWF	+0,2	+0,6	+1,8	+2,5	+1,9	+1,0	+1,2	+1,4	14,7	13,7	13,3	12,8	
Lettland													
EU-KOM	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1	15,0	11,7	10,3	9,0	
OECD	-	-	-	-	_	-	-	-	_	-	-	-	
IWF	+5,6	+4,0	+4,2	+4,2	+2,3	+0,7	+2,1	+2,3	15,0	11,9	10,7	10,1	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6	5,1	5,7	6,4	6,5	
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,6	+2,0	6,1	6,9	7,1	7,2	
IWF	+0,3	+0,5	+1,3	+1,6	+2,9	+1,8	+1,9	+2,8	6,1	6,6	7,0	7,1	
Malta													
EU-KOM	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1	6,4	6,4	6,3	6,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,0	+1,1	+1,8	+2,0	+3,2	+2,0	+2,0	+2,1	6,3	6,4	6,3	6,2	
Niederlande													
EU-KOM	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6	5,3	7,0	8,0	7,7	
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,8	+1,6	+0,9	5,2	6,7	7,8	8,1	
IWF	-1,2	-1,3	+0,3	+1,6	+2,8	+2,9	+1,3	+0,8	5,3	7,1	7,4	7,0	
Österreich													
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	5,1	5,0	4,7	
OECD	+0,6	+0,4	+1,7	+2,2	+2,6	+2,0	+1,6	+1,7	4,4	4,8	4,7	4,3	
IWF	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	4,8	4,8	4,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2	15,9	17,4	17,7	17,3
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,5	+0,6	+0,4	15,6	16,7	16,1	15,8
IWF	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,7	+1,0	+1,5	15,7	17,4	17,7	17,3
Slowakei												
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9	14,0	13,9	13,7	13,3
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,6	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,2	13,7
IWF	+2,0	+0,8	+2,3	+2,8	+3,7	+1,7	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,4	13,9
Slowenien												
EU-KOM	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5	8,9	11,1	11,6	11,6
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+2,2	+1,7	+1,3	8,8	10,7	11,2	11,4
IWF	-2,5	-2,6	-1,4	+0,9	+2,6	+2,3	+1,8	+2,1	8,9	10,3	10,9	10,5
Spanien												
EU-KOM	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6	25,0	26,6	26,4	25,3
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,6	+0,5	+0,6	25,0	26,4	26,3	25,6
IWF	-1,6	-1,3	+0,2	+0,5	+2,4	+1,8	+1,5	+1,2	25,0	26,9	26,7	26,5
Zypern												
EU-KOM	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	16,7	19,2	18,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	17,0	19,5	18,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1	12,3	12,9	12,4	11,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,8	+0,5	+1,6	+2,5	+2,4	+1,4	+1,5	+2,3	12,4	12,4	11,4	10,4
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7	7,5	7,3	7,2	7,0
OECD	+7,5	+7,0	+6,7	+6,5	+2,4	+0,7	+1,2	+1,6	7,5	7,0	6,7	6,5
IWF	-0,4	+0,1	+1,2	+1,5	+2,4	+0,8	+1,9	+1,8	7,5	7,1	7,1	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0	15,9	16,9	16,7	16,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-0,6	+1,5	+2,0	+3,4	+3,0	+2,5	+2,7	16,2	16,6	16,1	15,2
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4	13,4	11,7	10,4	9,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,6	+3,4	+3,4	+3,5	+3,2	+1,3	+2,1	+2,3	13,2	11,8	11,0	10,0
Polen												
EU-KOM	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2	10,1	10,7	10,8	10,5
OECD	+10,1	+10,5	+10,6	+10,3	+3,6	+1,1	+1,9	+2,2	10,1	10,5	10,6	10,3
IWF	+1,9	+1,3	+2,4	+2,7	+3,7	+1,4	+2,0	+2,1	10,1	10,9	11,0	10,8
Rumänien												
EU-KOM	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4	7,0	7,3	7,1	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+2,0	+2,2	+2,5	+3,3	+4,5	+2,8	+2,9	7,0	7,1	7,1	6,9
Schweden												
EU-KOM	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8	8,0	8,1	7,9	7,4
OECD	+8,0	+8,0	+7,8	+7,5	+0,9	+0,1	+1,0	+1,2	8,0	8,0	7,8	7,5
IWF	+1,0	+0,9	+2,3	+2,3	+0,9	+0,2	+1,6	+2,4	8,0	8,0	7,7	7,5
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6	7,0	7,1	7,0	6,7
OECD	+7,0	+7,0	+6,9	+6,8	+3,3	+1,4	+1,0	+1,3	7,0	7,0	6,9	6,8
IWF	-1,2	-0,4	+1,5	+2,1	+3,3	+1,8	+1,8	+2,0	7,0	7,4	7,5	7,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0	10,9	11,0	10,4	10,1
OECD	+10,9	+10,4	+10,1	+10,3	+5,7	+1,9	+2,1	+3,5	10,9	10,4	10,1	10,3
IWF	-1,7	+0,2	+1,3	+1,5	+5,7	+2,4	+3,0	+3,0	10,9	11,3	11,1	11,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2013.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	bilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,1	0,2	81,0	79,6	77,1	74,1	7,0	7,0	6,6	6,4
OECD	0,1	0,2	0,6	-	81,0	78,8	76,1	73,6	7,1	7,0	6,1	5,6
IWF	0,1	-0,4	-0,1	0,0	81,9	80,4	78,1	75,2	7,0	6,0	5,7	5,4
USA												
EU-KOM	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-2,7	-2,6	-2,7	-3,0
OECD	-6,5	-5,8	-4,6	-	102,1	104,1	106,3	106,5	-2,7	-2,5	-2,9	-3,1
IWF	-8,3	-5,8	-4,7	-3,9	102,7	106,0	107,3	107,0	-2,7	-2,7	-2,8	-2,9
Japan												
EU-KOM	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8	232,0	237,5	243,6	242,9	1,0	1,2	1,8	2,3
OECD	-10,0	-8,5	-6,8	-	218,8	227,2	231,9	235,4	1,1	0,9	1,2	1,5
IWF	-10,1	-9,5	-6,8	-5,7	238,0	243,5	242,3	242,4	1,0	1,2	1,7	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7	90,2	93,5	95,3	96,0	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5
OECD	-4,2	-3,7	-3,0	-	90,3	94,0	96,7	97,8	-2,2	-2,2	-2,4	-2,3
IWF	-4,9	-4,0	-3,5	-2,8	85,8	90,2	93,5	94,8	-2,2	-1,6	-1,6	-1,1
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5	127,0	133,0	134,0	133,1	-0,5	1,0	1,2	1,1
OECD	-3,0	-2,8	-2,0	-	127,0	133,2	132,6	-	-0,6	1,2	1,8	2,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,1	-1,8	127,0	132,3	133,1	131,8	-0,7	0,0	0,2	0,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3	88,7	94,3	96,9	98,6	-3,8	-4,3	-4,4	-4,3
OECD	-6,9	-5,9	-4,7	-	88,7	91,8	95,2	98,5	-3,8	-3,4	-2,5	-2,3
IWF	-7,9	-6,1	-5,8	-4,9	88,8	92,1	95,3	97,9	-3,8	-2,8	-2,3	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,0	-2,2	-1,3	-	96,1	97,0	97,1	96,6	-3,4	-3,1	-2,9	-2,5
IWF	-3,4	-3,4	-2,9	-2,3	85,3	87,1	85,6	84,9	-3,4	-3,1	-3,1	-2,8
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4	92,6	95,5	95,9	95,4	1,8	2,7	2,9	3,0
OECD	-2,9	-2,5	-1,8	-	92,7	95,2	95,9	95,6	1,9	2,6	2,6	2,8
IWF	-3,7	-3,1	-2,5	-2,1	93,0	95,7	96,1	95,3	1,9	2,3	2,5	2,6
EU-27												
EU-KOM	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6	86,6	89,7	90,2	90,0	0,9	1,6	1,7	1,8
IWF	-4,2	-3,4	-2,9	-2,5	86,8	89,5	90,0	89,7	0,9	1,5	1,6	1,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö.	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,0	-2,8	-2,6	-2,5	99,8	100,4	101,3	101,0	-0,2	0,9	0,9	0,8
OECD	-4,1	-2,7	-2,4	-1,1	99,7	100,2	100,4	98,5	-2,0	-1,9	-0,6	-0,3
IWF	-4,0	-2,8	-2,5	-1,5	99,8	100,9	101,2	100,2	-1,6	-0,7	-0,3	0,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,4	-0,1	-0,1	9,8	10,0	9,7	9,1	-2,8	-2,1	-2,2	-2,2
OECD	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	9,8	9,5	9,3	8,9	-1,8	-1,7	-2,5	-1,8
IWF	-0,2	0,3	0,2	0,1	9,7	11,0	10,4	9,8	-1,8	-0,7	-0,2	0,3
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0	53,6	58,4	61,0	62,5	-1,8	-1,2	-1,3	-1,1
OECD	-2,2	-2,5	-2,3	-1,8	53,6	56,4	60,0	62,7	-1,9	-0,7	-1,0	-0,5
IWF	-2,3	-2,8	-2,1	-1,6	53,6	58,0	59,8	60,5	-1,8	-1,6	-1,8	-1,7
Griechenland												
EU-KOM	-9,0	-13,5	-2,0	-1,1	156,9	176,2	175,9	170,9	-5,3	-2,3	-1,9	-1,6
OECD	-9,0	-2,4	-2,2	-1,4	157,0	176,6	181,3	183,0	-3,4	-0,4	1,3	2,3
IWF	-6,3	-4,1	-3,3	-2,1	156,9	175,7	174,0	168,6	-3,4	-1,0	-0,5	0,1
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0	117,4	124,4	120,8	119,1	4,4	4,1	4,6	4,9
OECD	-8,1	-7,4	-5,0	-3,1	117,4	122,2	120,7	118,5	4,4	4,3	3,9	3,4
IWF	-7,6	-7,6	-5,0	-2,9	117,4	123,3	121,0	118,3	4,4	2,3	3,1	3,1
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0	40,6	42,5	39,3	33,4	-2,5	-1,6	-2,0	-2,6
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,4	-0,5	-0,7	36,4	38,4	34,6	28,0	-1,7	-1,1	-1,3	-1,6
Luxemburg												
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7	21,7	24,5	25,7	28,7	5,9	6,7	6,8	5,8
OECD	-0,6	-0,3	-0,3	-1,1	21,7	24,4	26,1	28,2	6,6	6,7	7,1	5,4
IWF	-0,8	-0,7	-0,9	-1,6	20,8	22,9	24,6	26,6	5,7	6,0	6,6	5,7
Malta												
EU-KOM	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5	71,3	72,6	73,3	74,1	1,1	1,8	1,4	0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-3,5	-3,6	-3,6	71,6	73,4	74,0	74,4	1,1	1,1	0,8	0,9
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0	71,3	74,8	76,4	76,9	7,7	9,6	10,0	11,0
OECD	-4,0	-3,0	-3,0	-2,3	71,2	75,4	77,0	77,5	9,4	10,3	10,1	10,9
IWF	-4,1	-3,0	-3,2	-4,8	71,3	74,4	75,6	76,7	10,1	10,9	11,0	11,4
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5	74,0	74,8	74,5	73,5	1,8	2,5	2,8	3,1
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,2	74,1	75,7	76,1	75,5	1,6	3,1	3,4	3,8
IWF	-2,5	-2,6	-2,4	-1,9	74,1	74,4	74,8	74,2	1,8	2,8	2,4	2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssc	huldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	124,1	127,8	126,7	125,7	-1,9	0,9	0,9	1,0
OECD	-6,5	-5,7	-4,6	-3,6	124,1	124,9	127,4	129,5	-1,5	0,5	1,2	2,1
IWF	-6,4	-5,5	-4,0	-2,5	123,8	123,6	125,3	124,2	-1,5	0,9	0,9	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8	52,4	54,3	57,2	58,1	1,6	4,3	4,3	5,4
OECD	-4,5	-3,0	-2,8	-2,6	52,4	54,6	56,9	56,4	2,3	3,9	4,5	5,5
IWF	-4,3	-3,0	-3,8	-3,2	52,1	55,3	57,5	58,2	2,3	3,5	4,2	4,3
Slowenien												
EU-KOM	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8	54,4	63,2	70,1	74,2	3,1	5,0	6,0	6,5
OECD	-3,8	-7,1	-5,9	-2,9	54,4	63,1	70,5	74,7	3,3	6,0	6,2	7,1
IWF	-3,2	-7,0	-3,8	-3,9	52,8	71,5	75,3	77,6	3,3	5,4	7,0	6,9
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6	86,0	94,8	99,9	104,3	-1,2	1,4	2,6	3,1
OECD	-10,6	-6,7	-6,1	-5,1	86,0	92,8	98,0	101,8	-1,1	0,6	1,6	3,1
IWF	-10,8	-6,7	-5,8	-5,0	85,9	93,7	99,1	102,5	-1,1	1,4	2,6	3,8
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3	86,6	116,0	124,4	127,4	-6,6	-2,0	-0,6	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-6,7	-7,5	-5,3	85,8	114,1	123,0	125,7	-6,5	-2,0	-0,6	-0,9

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8	18,5	19,4	22,6	24,1	-1,3	0,3	0,0	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,5	-1,8	-1,7	-1,2	17,6	16,0	19,0	18,3	-1,3	1,2	0,3	-1,5	
Dänemark													
EU-KOM	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7	45,4	44,3	43,7	45,1	5,8	5,4	5,6	5,8	
OECD	-3,9	-1,5	-1,5	-1,9	45,4	44,8	46,0	47,5	5,9	6,1	6,1	6,0	
IWF	-4,2	-1,7	-2,0	-2,9	45,6	47,1	47,8	49,2	5,6	4,7	4,8	4,9	
Kroatien													
EU-KOM	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2	55,5	59,6	64,7	69,0	-0,2	0,1	0,7	0,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-4,7	-4,7	-4,2	53,7	57,8	60,7	62,2	0,1	0,4	-0,7	-0,9	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9	40,5	39,9	40,2	39,6	-1,1	-0,5	-0,8	-1,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	41,2	42,0	42,3	42,3	-0,5	-0,3	-1,2	-1,7	
Polen													
EU-KOM	-3,9	-4,8	4,6	-3,3	55,6	58,2	51,0	52,5	-3,3	-1,5	-1,3	-1,4	
OECD	-3,9	-4,8	4,6	-3,1	55,6	59,2	52,0	52,1	-3,7	-2,6	-2,7	-2,7	
IWF	-3,9	-4,6	-3,4	-2,8	55,6	57,6	50,0	50,7	-3,5	-3,0	-3,2	-3,2	
Rumänien													
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8	37,9	38,5	39,1	39,5	-4,0	-1,2	-1,5	-1,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,3	-2,0	-1,8	38,2	38,2	38,1	37,2	-3,9	-2,0	-2,5	-2,8	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5	38,2	41,3	41,9	41,0	6,2	5,9	5,6	5,3	
OECD	-0,4	-1,4	-1,7	-1,1	38,2	41,4	42,9	42,8	6,0	5,2	5,2	5,5	
IWF	-0,7	-1,4	-1,5	-0,5	38,3	42,2	42,2	40,5	6,0	5,7	5,5	5,5	
Tschechien													
EU-KOM	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5	46,2	49,0	50,6	52,3	-2,6	-1,6	-1,1	-1,0	
OECD	-4,4	-2,9	-2,9	-2,9	46,2	49,0	51,6	53,9	-2,4	-2,1	-2,3	-1,9	
IWF	-4,4	-2,9	-2,9	-2,6	45,9	47,6	48,9	49,6	-2,4	-1,8	-1,5	-1,5	
Ungarn													
EU-KOM	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7	79,8	80,7	79,9	79,4	1,1	3,0	2,7	1,8	
OECD	-2,1	-2,7	-2,9	-2,9	79,8	78,5	78,4	77,8	0,9	1,8	2,1	2,4	
IWF	-2,0	-2,7	-2,8	-3,0	79,2	79,8	80,0	79,7	1,7	2,2	2,0	1,3	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

## Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

#### Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

#### Stand

Januar 2014

#### Gestaltung, Lektorat und Satz

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

#### Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

#### Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

#### Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf\_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X